



universität
wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

„Macht- und Un-Machtverhältnisse im Kontext des
kolumbianischen bewaffneten Konfliktes und
Friedensvertrages“

verfasst von / submitted by

Katja Mayr

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2017 / Vienna, 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 190 456 353

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Lehramtsstudium
UF Geographie und Wirtschaftskunde
UF Spanisch

Betreut von / Supervisor:

em. O. Univ.-Prof. Dr. Michael Metzeltin

Eidesstaatliche Erklärung

Ich erkläre hiermit, dass die ich die vorliegende Diplomarbeit selbstständig verfasst und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Ich habe dieses Diplomarbeitsthema bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt und diese Arbeit stimmt mit der vom Begutachter beurteilten Arbeit vollständig überein.

Wien, am 08. August 2017

Unterschrift
(Katja Mayr)

Gender Erklärung

Da ich mich für die Gleichberechtigung von Männern und Frauen in der Gesellschaft einsetze und mir bewusst ist, dass Sprache Vorstellungsbilder im Kopf erzeugt und damit die gesellschaftliche Entwicklung beeinflusst, habe ich in meiner Arbeit eine Gender-inklusive Ausdrucksweise gewählt. Der Datenlage entsprechend wurde teilweise aber nur die männliche Form verwendet.

Danksagung

An erster Stelle möchte ich mich bei meinem Diplomarbeitsbetreuer Herrn Prof. Metzeltin für seine Unterstützung bedanken. Er hat während des Schreibprozesses durch sein positives Feedback, sein Interesse und seine Anregungen zu meiner Motivation beigetragen und mir ein großes Vertrauen entgegengebracht, das mir Freiraum in der Gestaltung und Strukturierung der Arbeit einbrachte.

Ein großer Dank gilt meinen Eltern, die mich das ganze Studium über nicht nur finanziell, sondern auch seelisch tatkräftig unterstützt haben. Besonders möchte ich an dieser Stelle meiner Mama danken, die die „Mühen“ auf sich nahm, die Korrekturlesung dieser Diplomarbeit vorzunehmen.

Weiters gilt der Dank meinen Freundinnen, die ich während des Studiums kennenlernen durfte und mich bis zum Schluss angespornt, aufgebaut und motiviert haben. Astrid, Caro, Cathi, Anna, Nora, Sarah, Nina, Lina, Christina ihr habt meine Studienzeit erheblich positiv beeinflusst. Besonderer Dank gilt Cathi, die „harte“ sechs Monate an meiner Seite in der Bibliothek verbrachte.

Zu guter Letzt möchte ich mich bei meiner Schwester Lisa und meinen Freundinnen Lisa, Magdalena, Klara, Marlene und Barbara bedanken, die mir immer ein offenes Ohr schenken und aufbauende Worte für mich parat haben.

Inhalt

1	Einleitung	3
2	Begriffsdefinitionen.....	5
2.1	Bewaffneter Konflikt.....	5
2.2	Bürgerkrieg	5
2.3	Guerilla	6
2.4	Paramilitär	7
3	Kolumbien – ein Land der sozialen Ungleichheit	8
4	Der Nährboden für die Etablierung von Guerillagruppen	9
5	Der Ablauf des Konfliktes unter verschiedenen Blickwinkeln	12
5.1	Die Violencia als Triebfeder des bewaffneten Konfliktes	15
5.2	Ein Überblick über die Entstehung und Entwicklung der Guerillapräsenz ...	19
5.2.1	FARC (-EP).....	22
5.2.1.1	Von Selbstschutzgruppen der bäuerlichen Bevölkerung zu einer bewaffneten Guerillagruppe.....	22
5.2.1.2	Von der Agrarreform zum politischen Player	23
5.2.1.3	Die illegalen Wege der Geldschöpfung	24
5.2.1.4	Das Auf und Ab während des Konfliktes	25
5.2.2	ELN.....	27
5.2.3	EPL.....	28
5.2.4	M-19.....	29
5.3	Die Rolle der Kommunistischen Partei in Zusammenhang mit der FARC ...	30
5.4	Die politische Entwicklung neben den anhaltenden Spannungen	33
5.4.1	Der Versuch einer repressionsgeführten Politik	33
5.4.2	Die Möglichkeit der Teilhabe am politischen Geschehen – erste Friedensanzeichen.....	35
5.4.3	Ein Schritt zurück.....	37
5.4.4	Ein weiterer Versuch den Frieden zu finden	40
5.4.5	Uribes Politik der „eisernen Hand“	40
5.4.6	Die endgültige Beilegung des jahrzehntelangen Konfliktes?	43
5.5	Der kurze Ruhm der Unión Patriótica	44
5.6	Das Pendant zur Guerilla – das gefürchtete Paramilitär	48
5.6.1	Entstehungsgründe, Absichten und Vorgehensweisen.....	48
5.6.2	Paramilitärgruppen, die sich einen Namen machten.....	50

5.6.3	Die Rolle der Verbündeten, Machtausweitung und Ausbreitung	52
5.7	Die Unzufriedenheit der Bevölkerung	55
5.8	Die Rolle der USA im kolumbianischen Konflikt	57
5.9	Das Interesse der Drogenkartelle im Konflikt	60
6	Zwischenfazit	62
7	Aufdeckung von Macht- und Un-Machtverhältnissen im Friedensvertrag	64
7.1	Methode	64
7.2	Gegenstand der Forschung – der Friedensvertrag	66
7.2.1	Strukturanalyse des Textes.....	68
7.2.1.1	Themen	68
7.2.1.2	Textoberfläche.....	70
7.2.2	Diskursanalytische Interpretation von Machtverhältnissen	71
7.2.2.1	Erste Ebene: Aktant Regierung und Aktant ländliche Bevölkerung	73
7.2.2.2	Zweite Ebene: Aktant Regierung und Aktant FARC	83
8	Fazit	90
9	Ausblick.....	92
10	Literaturverzeichnis.....	93
11	Abbildungsverzeichnis	97
12	Tabellenverzeichnis	97
13	Anhang	98
13.1	Abstract	98
13.2	Spanische Zusammenfassung – resumen español	99
13.3	Gliederung des Friedensabkommens.....	109
13.4	Teilabkommen	119

1 Einleitung

Kolumbien ist seit Jahrzehnten Austragungsort eines bewaffneten Konfliktes. Seit den 1950er Jahren wird dieses Land von Gewalt und Leid heimgesucht. Erst die Unterzeichnung eines Friedensabkommens zwischen der Guerillaorganisation FARC und der Regierung im Jahr 2016 scheint dem Krieg ein Ende zu setzen.

Der Konflikt und der Friedensvertrag sind Gegenstand dieser Diplomarbeit. Dafür ergeben sich folgende relevante Forschungsfragen:

- Wie ist der kolumbianische Konflikt entstanden und wie hat er sich entwickelt?
- Welche Akteure sind involviert und welche Interessen verfolgen sie?
- Welche Macht- und Un-Machtverhältnisse können aus dem Teilabkommen „*Hacia un Nuevo Campo Colombiano: Reforma Rural Integral*“ des Friedensvertrages sichtbar gemacht werden?
- Welche Einflussnahmen seitens der Verhandlungspartner lassen sich aus dem ersten Teilabkommen festmachen?

Eine besonders intensive und umfassende Auseinandersetzung mit der Entwicklung des Konfliktes und involvierten Akteure findet sich in den Werken von HÖRTNER W. (2007², 2013), DUDLEY S. (2004), ZELIK R. (2009) und ZELIK R. und AZZELLINI D. (1999). Von großem Wert waren ebenso Artikel aus der GIGA Fokus Zeitschrift, insbesondere jene von KURTENBACH S. (2001, 2012, 2015), die auch außerhalb dieser Zeitschrift Publikationen herausgegeben hat.

Ziel der Diplomarbeit ist die verständliche und strukturierte Aufarbeitung des bewaffneten Konfliktes, seiner Entwicklung und Ausdehnung mittels ausführlicher Literaturrecherche. Es sollen die Rollen der bedeutendsten und einflussreichsten Akteure, dabei handelt es sich vor allem um die Regierung, die Guerillagruppierungen, das Paramilitär und die DrogenhändlerInnen, dargelegt werden. Die Beschreibung des Konfliktes aus den unterschiedlichen Positionen heraus soll den Konflikt so breit wie möglich darstellen und so zu einem umfassenden Verständnis und einer Erkenntnisgewinnung beitragen.

Eine weitere Absicht der Diplomarbeit ist die Aufdeckung von Macht- und

Un-Machtverhältnissen anhand der Diskursanalyse von FELLERER und METZELTIN (2008). Der Friedensvertrag dient dazu als Untersuchungsgegenstand. Dabei liegt der Fokus zuerst auf den im Teilabkommen angesprochenen AkteurInnen und ihren Machtstrukturen und die daraus resultierenden veränderten Umstände. Des Weiteren wird auf die Einflussnahme der beiden Verhandlungsparteien Regierung und FARC-Guerilla Bezug genommen.

2 Begriffsdefinitionen

Aufgrund der in der Literatur häufig erwähnten Begriffe „bewaffneter Konflikt“ und „Bürgerkrieg“ hinsichtlich des in Kolumbien vorherrschenden Konfliktes, bedarf es vorerst einer theoretischen Erklärung dieser, um nachfolgend die Kategorisierung des kolumbianischen Konfliktes vornehmen zu können. Außerdem wird auf die Begriffe „Guerilla“ und „Paramilitär“ eingegangen, die zwei bedeutungsvolle Akteure des Konfliktes darstellen.

2.1 Bewaffneter Konflikt

Es ist zu unterscheiden zwischen

1. innerer bewaffneter Konflikt und
2. internationalisierter innerer bewaffneter Konflikt.

Die Abgrenzung des zweiten Konzeptes begründet sich in der Einmischung externer Staaten im internen Konflikt. Der Konsens beider Begriffe besteht in der Konfliktsituation zwischen Regierung und im Staat präsente oppositionelle Gruppierungen. (vgl. GERSOVITZ und KRIGER 2013: 163)

Die Situation in Kolumbien kann dem internationalisierten Konflikt zugeordnet werden, da die Präsenz der USA durchwegs gegeben war (vgl. DUDLEY 2004: 34).

2.2 Bürgerkrieg

Laut PETER WALLENSTEEN, der sich mit dem Begriff in den 1990er Jahren auseinandersetzte, handelt es sich um einen Bürgerkrieg, sofern es innerhalb eines Staates zu einer bewaffneten Konfrontation kommt, die mehr als tausend Opfer pro Jahr zu beklagen hat. Der direkte Einbezug der Mehrheit der Zivilbevölkerung in die Kampfhandlungen ist aufgrund der seltenen Vorkommnisse nicht notwendigerweise in der Definition zu beachten, obwohl die Rede von einem „Krieg der Bürger“ ist. (vgl. NASI et al. 2003: 119) Dieses Kriegskonzept zielt auf die „reconstitución alrededor de un determinado proyecto hegemónico“ (NASI et al. 2003: 121) ab. So kann der bewaffnete Konflikt in Kolumbien, nicht nur zu Zeiten der *Violencia*, sondern auch ab Mitte der 80er Jahre, als Bürgerkrieg klassifiziert werden (vgl. KURTENBACH 2001a: 95; NASI et al. 2003: 119). Über die Definition herrscht jedoch Uneinigkeit im akademischen Raum (vgl. NASI et al. 2003: 120; GERSOVITZ und KRIGER 2013: 161) ERIC LAIR bringt den Begriff der *civitas*, welcher BürgerInnen derselben politisch organisierten Gemeinschaft bezeichnet, in den Diskurs mit ein. Bürgerkrieg ist in

diesem Sinne dann gegeben, wenn diese Bevölkerungsgruppen eine dominante Rolle in der Konfliktentwicklung spielen. Miteingeschlossen sind ebenso jene, die sich auch nur mit einem bewaffneten Akteur identifizieren und so ihren Beitrag, beispielsweise durch finanzielle oder moralische Unterstützung, zum Krieg leisten. Dieser Ansatz hätte zur Folge, dass die Bevölkerung der Nation sich auf verschiedene ideologisch behaftete Konfliktparteien aufspaltet. Da ein Teil der kolumbianischen Bevölkerung aber keine Position bezieht, ist laut LAIR nur bedingt von einem Bürgerkrieg die Rede. (vgl. NASI et al. 2003: 120) Er charakterisiert den kolumbianischen Konflikt wie folgt:

„eminente privatizada en sus actores, representaciones e intereses, la cual no ha logrado crear las condiciones de una movilización popular estable de gran magnitud a favor de los beligerantes („guerra civil“ parcial o forzada para la población)” (NASI et al. 2003: 121).

Ähnlicher Ansicht sind GERSOVITZ und KRIGER (2013: 160f), die Bürgerkrieg als

„politically organized, large-scale, sustained, physically violent conflict that occurs within a country principally among large/numerically important groups of its inhabitants or citizens over the monopoly of physical force within the country“ (GERSOVITZ und KRIGER 2013: 161).

definieren. Bedeutung kommt hier zum einen der Gruppe von Bevölkerung, die um das angesprochene Machtmonopol kämpfen und zum anderen diesem Ziel, das Machtmonopol zu erlangen, zu. Um auf erstes näher einzugehen, sei zu erwähnen, dass die kriegsführende Gruppe zumindest mit der Zeit zu anzahlmäßig großen Herausforderern anwachsen muss, um von Bürgerkrieg sprechen zu können. Dieses Charakteristikum entspricht annähernd dem Konzept der *civitas*. Zweites Merkmal, das Ziel, ist deswegen wichtig, um sich beispielsweise von Drogenkartellen abzugrenzen, die ebenso einen „Krieg“ gegen den Staat führen, aber nicht die Macht an sich reißen wollen. (vgl. GERSOVITZ und KRIGER 2013: 161)

Bezogen auf den kolumbianischen Konflikt ist die Unterkategorie des Bürgerkrieges, angeführt von NASI et al (2003: 119), der Bürgerkrieg der Guerillas, wohl die treffendste.

2.3 Guerilla

Die Guerilla und ihre Absichten können beschrieben werden als

„actores sociales no institucionales con el fin de acceder a los beneficios económicos, políticos y socio-culturales del ordenamiento

social o para sustituir este ordenamiento” (ALONSO ESPINALES 1993: 51).

Guerillabewegungen können als Vertreterorganisation einer alternativen politischen Entwicklung angesehen werden, die sich bestehenden staatlichen Strukturen und Formen entgegensetzen. Sie sind eine Art Widerstandsform, die insbesondere von der marginalisierten Bevölkerungsschicht ausgeübt wird. Der Anschluss an eine Guerillaorganisation eröffnet den von der Exklusion betroffenen Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit der Zugehörigkeit zu einer sozialen, kulturellen, ökonomischen und politischen Gemeinschaft. (vgl. ALONSO ESPINALES 1993: 52ff)

In dieser Arbeit relevante Guerillagruppen sind FARC(-EP) (*Fuerzas Armadas de la República Colombiana – Ejército del Pueblo*), ELN (*Ejército de Liberación Nacional*), EPL (*Ejército Popular de Liberación*) und M-19 (*Movimiento 19 de Abril*). Ich verwende die Abkürzungen dieser subversiven Bewegungen in dieser Arbeit und durchwegs die Kurzfassung der FARC.

2.4 Paramilitär

HÖRTNER (2013: 27f) beschreibt das Paramilitär als

„nichtstaatliche, militärisch organisierte Gruppierungen, die außergesetzlich agieren und sich die Kompetenzen staatlicher Sicherheitskräfte anmaßen – und die häufig in Zusammenarbeit mit dem Staat oder mit gewissen staatlichen Institutionen, wie den Sicherheitskräften und den Geheimdiensten, agieren.“

ZELIK und AZZELLINI (1999: 105) erwähnen die von der FARC gebrauchte Bezeichnung, die das Paramilitär als „uneheliches Kind des Staates“ ansah. Es konnte als „versteckte[n] staatliche[n] Strategie der Aufständischenbekämpfung“ angesehen werden (vgl. HÖRTNER 2007: 108).

Eine eindeutige und allgemeine Definition aller paramilitärischer Gruppen ist jedoch, angesichts der mit der Zeit unterschiedlichen Entwicklung und Interessensvertretung, abwegig (vgl. ebd.: 28). Aufgrund ihrer Absichten, ihrem Aktionsfeld und ihren AuftraggeberInnen kann unterschieden werden zwischen drei Arten von Paramilitärorganisationen: jener Gruppe, meist in Kooperation mit staatlichen Sicherheitskräften, die im ländlichen Raum agiert und die dort ansässige Bewohnerschaft zum Anschluss ihrerseits oder zum Verlassen des Gebietes aufruft. Weiters, die im Auftrag von Drogenkartellen oder Unternehmen arbeitet und drittens,

jenes Paramilitär, das vorwiegend in Ballungsräumen aktiv ist und unrechtmäßigen Tätigkeiten, beispielsweise Auftragsmorden, nachgeht. (vgl. HÖRTNER 2007: 230f)

3 Kolumbien – ein Land der sozialen Ungleichheit

Kolumbien ist geprägt von Kriegen und kämpferischen Auseinandersetzungen, die bis ins 16. Jahrhundert zurückgehen. Mit einher gehen soziale Ungerechtigkeiten, ungleiche Verteilungen und die Entwicklung unterschiedlich wohlhabender Bevölkerungsschichten. (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 23ff, 43) Im Jahr 2008 gehörte das Land zu jenen Staaten der Welt, das noch immer eine der größten sozialen Ungleichheiten in der Gesellschaft aufwies. 46 % der Bevölkerung lebten in Armut, davon 16 % unter extremen Bedingungen. (vgl. LAROSA und MEJÍA 2012: 131) Zurückzuführen ist dieses Ungleichgewicht auf die Faktoren Einkommen, Arbeitsplatz, Bildung und Lebensstil (vgl. DIX 1987: 69). Santos, derzeitiger Präsident Kolumbiens, nahm sich erstmals diesem sozialen Problem, durch den Entwurf eines Entwicklungsplanes, an (vgl. KURTENBACH 2012: 4f).

Die Behandlung weiter zurückliegender historischer Ereignisse, die diese sozioökonomischen Vorgänge beeinflussen, würde den Rahmen meiner Diplomarbeit sprengen, weswegen ich mich auf einen Zeitpunkt im 20. Jahrhundert festlege, der meiner Meinung nach ein geeigneter Ausgangspunkt für die Beschreibung des sozialen Bevölkerungsungleichgewichtes und bestehender Interessenskonflikte, die in den bewaffneten Konflikt übergehen, ist: die 30er Jahre des 20. Jahrhunderts. Die immer wiederkehrende Diskussion der Landverteilung, durch politische Maßnahmen, bauschte sich zu dieser Zeit auf. Die Zusammenlegung von Landflächen, welche wenige, aber dafür mächtige GroßgrundbesitzerInnen zu Tage führte, war häufiger Auslöser von Konflikten. (vgl. LAROSA und MEJÍA 2012: 83) Kolumbien befand sich auch Jahre später, 1970, an fünfter Stelle der höchsten Landkonzentrationen. Nicht einmal 10 % der LandwirtInnen hatten beinahe 80 % der Ackerfläche zur Verfügung. (vgl. DIX 1987: 69) Die rurale Bevölkerung fühlte sich von der Regierung vernachlässigt und unerhört (vgl. LAROSA und MEJÍA 2012: 83). Sie sahen keinen anderen Ausweg, als den des bewaffneten Kampfes, um ihren Unmut, zum einen gegen die ungerechte Landverteilung, zum anderen gegen vorherrschende prekäre Arbeitsverhältnisse, Ausdruck zu verleihen. Ein weiterer Konfliktpunkt war, die von GroßgrundbesitzerInnen fokussierte Industrialisierung ihrer landwirtschaftlichen Tätigkeiten, um am globalen Markt teilnehmen zu können. (vgl. DUDLEY 2004: 5) In

Folge dessen fanden in ganz Kolumbien Protestmärsche statt, die in einigen Gebieten zu kämpferischen Auseinandersetzungen zwischen GroßgrundbesitzerInnen und Kleinbauern und -bäuerinnen führten (vgl. DUDLEY 2004: 5; RATHGEB 2009: 27).

Außerdem setzte im 20. Jahrhundert ein ökonomischer Wandel ein, der die Kluft zwischen Arm und Reich immer mehr vorantrieb (vgl. RATHGEB 2009: 24f). Die wirtschaftliche Neuausrichtung auf ein kapitalistisches System brachte neben aufkommenden Produktionsformen und Konsumgütern, einen enormen Städtezuwachs, der vor allem durch die einst in der Landwirtschaft tätigen Personen vorangetrieben wurde (vgl. SAFFORD und PALACIOS 2002: 297). Zudem kam es im 20. Jahrhundert zu einer allgemeinen Populationszunahme, die folglich nicht nur eine arme ländliche, sondern auch eine neue untere städtische Schicht aufkommen ließ. Erstere wurde von der hervorgegangenen Agroindustrie von ihrem Land vertrieben, letztere bildete sich aus dem Kapitalismussystem als VerliererInnen heraus. (vgl. LAROSA und MEJÍA 2012: 37)

4 Der Nährboden für die Etablierung von Guerillagruppen

Es stellt sich die Frage, warum in Kolumbien die Guerillapräsenz in den letzten sechzig Jahren so groß war und auch, wie diese Bewegung derart lange bestehen bleiben konnte. Während in anderen lateinamerikanischen Staaten wie El Salvador, Guatemala und Peru diese Art von Gruppierungen bereits zwischen 1992 und 1996 entweder mit der Regierung zu einer Lösung kamen oder sie besiegt wurden, schafften es Guerillaorganisationen in Kolumbien bis in die heutige Zeit fortzuwähren. (vgl. LAROSA und MEJÍA 2012: 92; DIE PRESSE 2016a; DIE PRESSE 2016b) Dieses Phänomen ist auf zwei ganz unterschiedliche Gründe zurückzuführen: der natürlichen Beschaffenheit des kolumbianischen Territoriums und der mangelnden Präsenz des Staates als Regulierungs- und Organisationsorgan.

Um ersteres aufzugreifen, die geographischen Gegebenheiten in Kolumbien begünstigten, sowohl die Entwicklung von Guerillagruppen, als auch das Operieren dieser selbst. Ihr Aktionsraum in den hinteren und abgelegenen Gebieten der Peripherie, vor allem in den Grenzregionen zu Panama, Venezuela und Ecuador (vgl. MERTINS 2001: 38f), boten zahlreiche Rückzugs- und Angriffsmöglichkeiten. Diese ländlich geprägten Territorien vergrößerten sich im Laufe der Zeit. Ursache dafür war eine enorme Veränderung bei der Stadt-Land-Bevölkerung. Waren es 1938 nur 31 %,

die eher in urbanen Verhältnissen lebten, wuchs diese Gruppe um das 2,5-fache, auf 86 %, im Jahr 2005 an. Der Großteil, rund zwei Drittel der KolumbianerInnen, lebt im Andengebiet, 20 % an der Karibikküste und nur 7 % in der Amazonasregion bzw. in den Urwäldern der Pazifikküste. (vgl. LAROSA und MEJÍA 2012: 31f) Die Anden, die Kolumbien von Süd nach Nord durchschneiden, bereiteten Schwierigkeiten beim Ausbau des Transportnetzwerkes. Ebenso der Informationsaustausch und die Einführung von Telekommunikationstechnologien wurden dadurch erschwert. Dies ging einher mit der Tatsache, dass es dem Staat unmöglich war, seine Präsenz auf das gesamte Territorium auszubauen. Viele Regionen blieben isoliert, ein Ausdruck der zweiten Ursache, ausbleibende staatlich regulierte Strukturen. Vor allem ländliche Gebiete sind und waren auf sich alleine gestellt. Ökonomische Tätigkeiten beschränkten sich auf städtische Zentren, in denen der Staat die Kontrolle ausüben konnte. (vgl. JONSSON 2014: 96) Politik fand gleichfalls in den urbanen Räumen statt, in denen Angelegenheiten der ruralen Bevölkerung kein Gehör fanden. (vgl. LAROSA und MEJÍA 2012: 85) Die Absenz des Staates führte nicht nur zur Bildung von Guerillabewegungen, sondern trug auch dazu bei, dass paramilitärische Strukturen entstanden. Letztere beriefen sich auf die fehlende Schutzfunktion des Staates für BürgerInnen, die stattdessen das Paramilitär übernahm. (vgl. BLUMENTHAL 2001: 151; HÖRTNER 2013: 77.)

Des Weiteren ist ein Zusammenhang zwischen dem großen Bevölkerungswachstum und der Zunahme von *Guerrilleros* und Paramilitärmitgliedern gegeben. In den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts kam es zu einem Bevölkerungsboom. Diese Generation befindet sich seit den letzten zehn Jahren in der Blüte ihres Lebens. Aufgrund des Arbeitsplatzmangels endeten viele in der Armut. Folglich schlossen sich diese oftmals subversiven oder kriminellen Organisationen an. (vgl. LAROSA und MEJÍA 2012: 31)

Politische Karte Kolumbien



Abbildung 1: politische Karte Kolumbiens

Quelle: KOOPERATION INTERNATIONAL (<http://www.kooperation-international.de/laender/amerika/kolumbien/allgemeine-landesinformationen/>)

5 Der Ablauf des Konfliktes unter verschiedenen Blickwinkeln

Der Ausgangspunkt des Konfliktes, der bis heute stattgefunden hat bzw. noch immer nicht ganz ausgetragen wurde, bleibt umstritten. LAROSA und MEJÍA (2012: 85) listen HistorikerInnen, die die 1930er Jahre als Vorläufer datieren, da es bereits in diesem Zeitraum durch Agrarkonflikte zu heftigen Auseinandersetzungen kam. Dennoch wird die Phase der *Violencia*, der Zeitraum zwischen 1948 und 1958 mit durchwegs blutigen Kämpfen (vgl. GUZMÁN CAMPOS et al. 1962: 36f), oftmals als Auftakt des langanhaltenden bewaffneten Konfliktes gesehen. Erste Strukturen der Guerilla als auch des Paramilitärs etablierten sich. (vgl. DUDLEY 2004: 7) Der entbrannte Konflikt galt in erster Hand der Austragung politischer Interessenskonflikte zwischen Konservativen und Liberalen (vgl. SAFFORD und PALACIOS 2002: 345). Im Laufe der Zeit bildeten sich auf beiden Seiten Schutzorganisationen heraus, auch ein weiterer Akteur, der kommunistische Ansichten vertrat, manifestierte sich. Erstmals war die Rede von Guerillabewegungen. (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 53f; DUDLEY 2004: 6f) Der Militärputsch im Jahr 1953 brachte nicht den erhofften Stillstand des Konfliktes, woraufhin die beiden Großparteien, Liberale und Konservative, einen 16 Jahre langen Pakt schlossen und sich zur Nationalen Front zusammenschlossen. (vgl. GUZMÁN CAMPOS et al. 1962: 102; PEARCE 1992: 60)

Während der Jahre veränderten sich Interessen, Ziele und Strukturen des Konfliktes. Die subversiven Organisationen fanden in der Bevölkerung mehr Zulauf, wuchsen stark an und wurden allmählich zur Gefahr für Staat und Regierung. (vgl. DUDLEY 2004: 52f, 170; JONSSON 2014: 98) Die Entstehung eines Paramilitärs und die erhöhte Drogenproduktion führten zu neuem Konfliktpotenzial und staatlicher Bedrohung ab Mitte der 70er bzw. während der 80er Jahre (vgl. DUDLEY 2004: 71).

Über die Jahre hinweg kam es zu rund 20 Friedensgesprächen zwischen Guerillagruppierungen und der Regierung, später wurde auch das Paramilitär in die Verhandlungen miteinbezogen. Das eine oder andere Gespräch führte dazu, dass ein Demobilisierungsprozess in Gang gesetzt wurde (vgl. HÖRTNER 2013: 143, 156; RETTBERG und QUIROGA 2014: 4). Im Jahr 2016 gelang es der Regierung mit der mächtigsten Guerilla, der FARC-EP, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen. Regierungsmitglieder und internationale Medien sprachen von einem historischen Ereignis und der endgültigen Beendigung des über 50 Jahre anhaltenden Konfliktes, der insgesamt über 220.000 Personen das Leben kostete. (vgl. DIE PRESSE 2016a; EL

TIEMPO 2016d; NUSSIO 2016: 1) Die Realität sieht jedoch anders aus und zeigt die Fortführung von gewaltsamen Vertreibungen, Todesdrohungen und Erpressungen seitens des Paramilitärs (vgl. VAN OFFEL 2017: Minuten 04:00-05:17). Auch die Guerillagruppe ELN ist noch aktiv, befindet sich jedoch gerade in Gesprächen mit der Regierung (vgl. DIE PRESSE 2016b).

Konfliktintensität und Kokaanbau zwischen 1990 und 2012

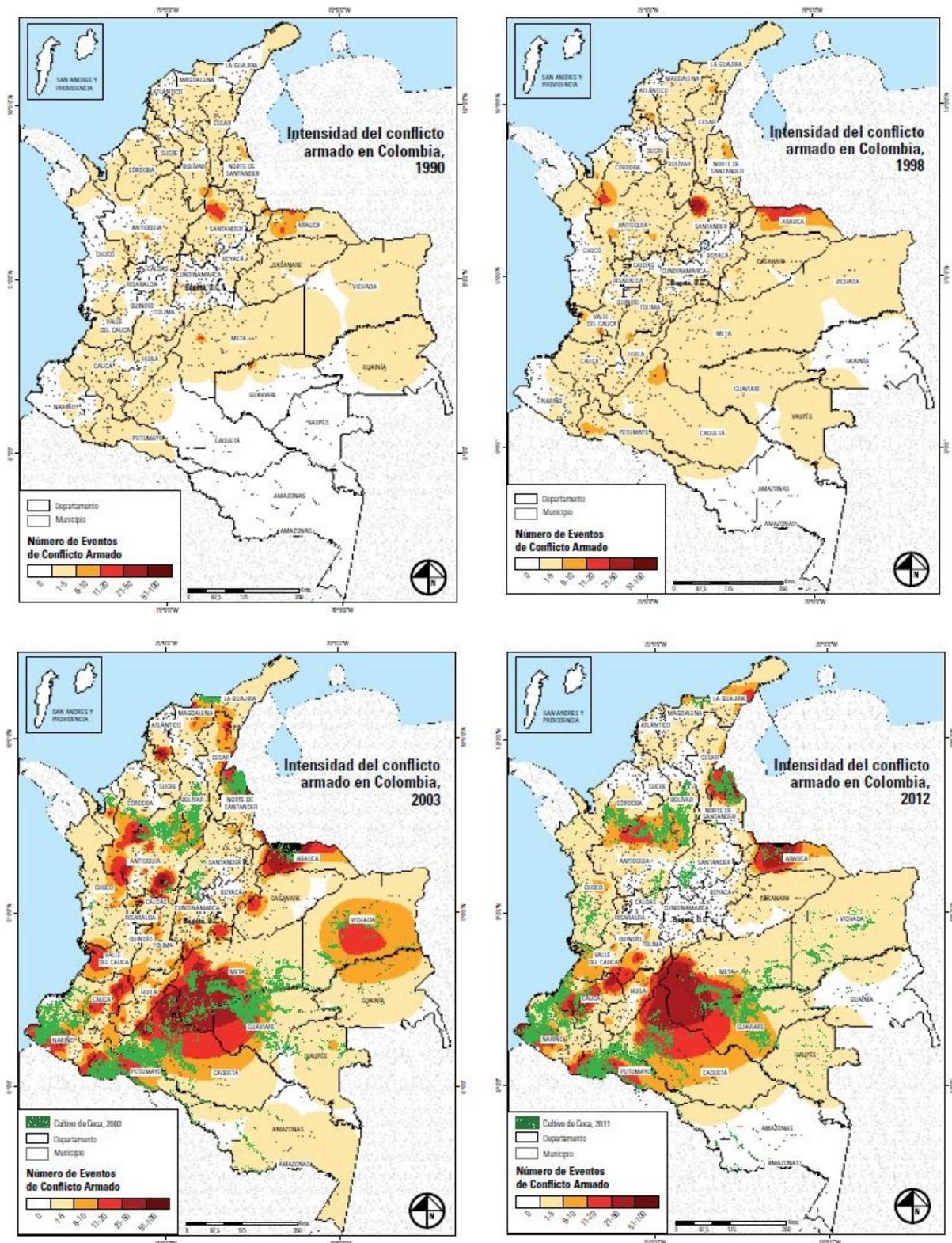


Figura 4. Dinámica espacial del conflicto armado y cultivos de coca, 1990-2012.
 Datos: IGAC 2011; Programa Presidencial de Derechos Humanos y Derecho Internacional Humanitario, Presidencia de la República 2013; UNODC y Gobierno de Colombia 2013.

Abbildung 2: Verbreitung des Konfliktes und des Kokainanbaus

Quelle: SALAS SALAZAR 2015: 166

In den folgenden Kapiteln wird der Konflikt unter verschiedene Gesichtspunkte gestellt und auf Interessen, Funktionen, Entwicklungen und Abläufe eingegangen. Die Vorläufer- bzw. Auslöserphase bildet den Einstieg in diese Thematik, gefolgt von der Aufarbeitung vier einflussreicher Guerillabewegungen. Der politische Aspekt wird anhand der Regierungszeiten der Präsidenten thematisiert. Die Zusammenhänge der Kommunistischen Partei mit den *Guerrilleros* und die von der subversiven Gruppe FARC gegründete politische Partei *Unión Patriótica* (kurz UP) werden in einem eigenen Kapitel beschrieben. Weitere in den Konflikt involvierte Akteure, und zwar paramilitärische Gruppen, Drogenkartelle, die USA und die Bevölkerung sind ebenso Gegenstand dieser Arbeit.

5.1 Die *Violencia* als Triebfeder des bewaffneten Konfliktes

Vorweg ist die Rolle des, aus der Liberalen Partei entsprungenen Präsidentschaftskandidaten, Gaitán, für die im Jahr 1946 stattgefundenen Wahlen zu erklären, dessen Ermordung die gewalttätige Phase der *Violencia* einleitete (vgl. PEARCE 1992: 9). Er galt als Held der Kleinbauern- und bäuerinnen, ermöglichte ihnen die Einrichtung eines Bauernsyndikates, um gegen GroßgrundbesitzerInnen vorzugehen, trat ein für soziale Gerechtigkeit und die Rückeroberung der Staatskontrolle in den bekämpften Gebieten der Politparteien. (vgl. DUDLEY 2004: 5f; RATHGEB 2009: 27) Er war ein Kritiker der vorherrschenden Politik und mobilisierte die Masse mit seinen populistischen Reden. Aufgrund der innerparteilichen Aufspaltung, mit dem offiziell von der Liberalen Partei ernannten Präsidentschaftskandidaten Turbays, verhalfen die Liberalen indirekt dem konservativen Kandidaten Ospina Pérez zu einem, wenngleich auch stimmenschwachen, Sieg. (vgl. SAFFORD und PALACIOS 2002: 316) Eine angespannte politische Lage sowie eine Polarisierung der Bevölkerung war die Folge. Die Liberale Partei wollte ihre Macht nach 16 Jahren Regierungszeit nicht wieder an die Konservativen abgeben. (vgl. LAROSA und MEJÍA 2012: 85)

Am 09. April 1948 ging der als *Bogotazo* bekannte Aufstand in Bogotá gegen den Tod Gaitáns in die Geschichte ein. Es war die Bevölkerung der unteren Schicht, die Marginalisierten, welche sich durch die betriebene Politik in der Hoffnungslosigkeit wiederfand und mit Protesten die Straßen eroberte. (vgl. PEARCE 1992: 49) Dieser Tag forderte mehr als 3.000 Menschenleben, Plünderungen, in Brand gesetzte Gebäude und Vandalismus waren ebenfalls Ausdruck ihres Ressentiments (vgl. RATHGEB 2009: 31f). Während der *Bogotazo* in Bogotá sich mit explosionsartigen Unruhen und

Zerstörungen manifestierte, kam es in einzelnen ländlichen Gebieten zur offenen Austragung von Kämpfen zwischen ParteianhängerInnen der Liberalen Partei mit jenen der Konservativen. Die Provinzen Caldas, Tolima, Antioquia und Norte de Santander waren besonders von der Gewaltwelle betroffen. (vgl. PEARCE 1992: 49, 53f; RATHGEB 2009: 32)

Verbreitung der Auseinandersetzungen während der Violencia

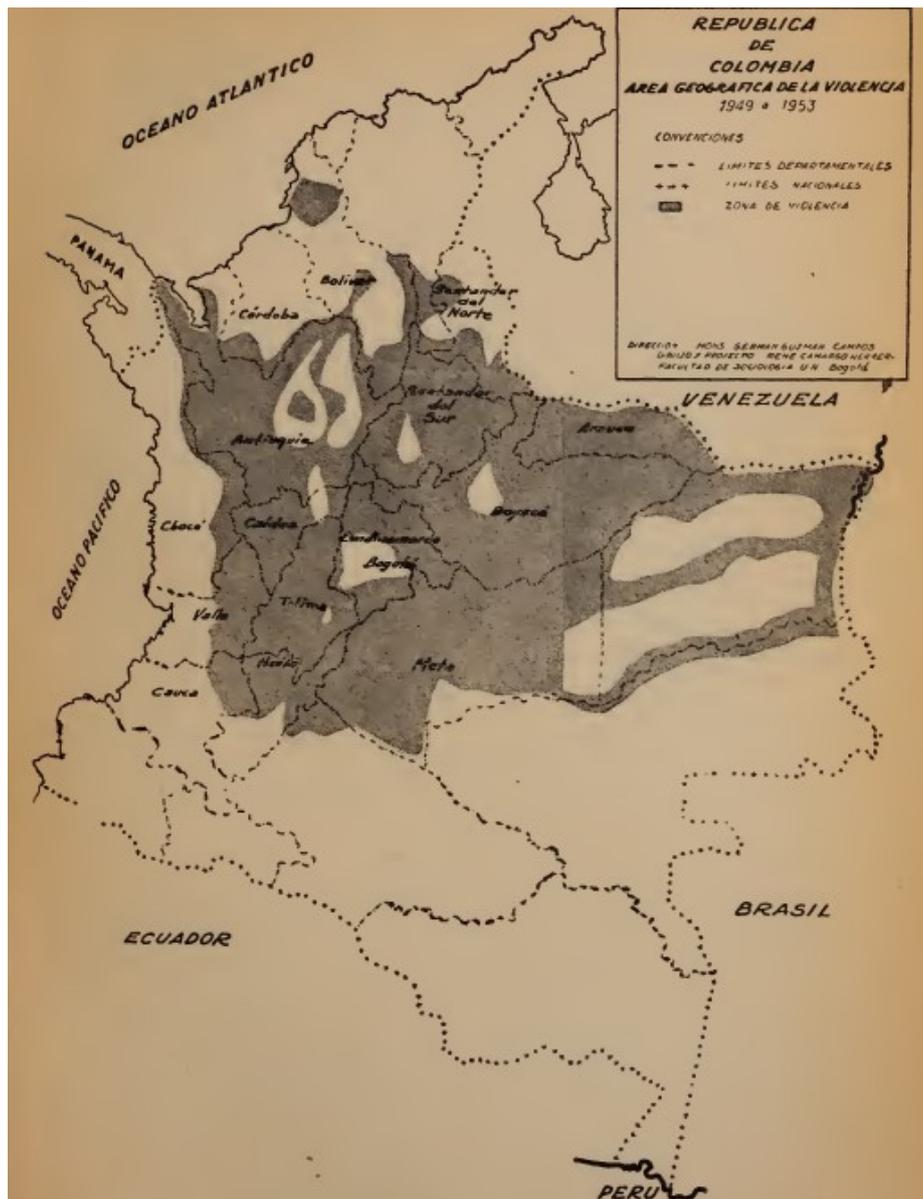


Abbildung 3: betroffene Gebiete der Violencia

Quelle: GUZMÁN CAMPOS et al. 1962: 97

Die Ursache des Konfliktes resultierte aus den unterschiedlichen politischen Vorstellungen der beiden nationalen Großparteien und breitete sich durch lokale

Parteilichkeit, in denen SympathisantInnen aus allen sozialen Schichten vertreten waren, auf verschiedene Teile des Landes aus (vgl. SAFFORD und PALACIOS 2002: 345). Es war ein Kampf zwischen Armen und Reichen, deren politische Ansichten ungleich waren, zwischen städtischen und ländlichen BewohnerInnen, die andere Interessen vertraten (vgl. LAROSA und MEJÍA 2012: 86). Die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei und die Loyalität waren zu diesen Zeiten sehr intensiv. BürgerInnen neigten dazu, als eine/einer der Liberalen oder Konservativen Partei Angehörige/Angehöriger geboren zu werden. Familien und ganze Communities oder gar Dörfer identifizierten sich mit einer Partei. Dieser Umstand war Motor der entflammten Auseinandersetzungen. (vgl. DIX 1987: 92f)

Zum Schutz, zur Selbstverteidigung und zur Wahrung ihrer Interessen, stellten beide Seiten ein eigenes Heer auf. Erstmals war die Rede von Guerillagruppen, die als Antwort auf die Verweigerung politischer Partizipation, vorherrschender staatlicher Gewaltanwendung und Ungleichheiten, aus der Liberalen Partei heraus, entstanden. Auf der Seite der Konservativen, die zu diesem Zeitpunkt die Staatsmacht in Händen hielten, gesinnten sich die staatlichen Streitkräfte, das Militär, die Polizei und von der Regierung finanzierte Todesschwadronen. Letztere galten als Vorläufer der sich später etablierenden paramilitärischen Gruppen. Sie setzten die Bevölkerung mit ihren grausamen Methoden, wie Enthauptung, Verstümmelung, Vergewaltigung und Raub in Angst und Schrecken. Betroffen waren oftmals liberale und kommunistische AnhängerInnen sowie GewerkschafterInnen. (vgl. PEARCE 1992: 53, 55; ZELIK und AZZELLINI 1999: 53f; DUDLEY 2004: 6f; RATHGEB 2009: 38, 64)

Neben der Bildung dieser zwei kämpferischen Parteien, gründeten sich Selbstverteidigungsgruppen aus einem weiteren politischen Akteur, der Kommunistischen Partei, heraus (vgl. DUDLEY 2004: 7). Gleich zu Beginn der *Violencia*, im Jahr 1949, riefen Parteimitglieder dazu auf, sich zu Selbstschutzorganisationen zu formieren und gegen jene zu kämpfen, die auf Seiten der Konservativen standen. Diese doppelte Strategie „Politik und Krieg“ wurde bekannt unter dem Ausdruck *la combinación de todas las formas de lucha*. Die von ihnen eingenommenen Gebiete in den Provinzen Cauca, Cundinamarca, Huila, Meta und Tolima waren Ausgangsbasis der, später von der FARC eingerichteten, *repúblicas independientes*. (vgl. LAMBERG 1972: 119f; 123; DUDLEY 2004: 8)

Auch auf politischer Ebene spielten sich bizarre Momente ab. Obwohl auf nationaler Ebene in der Regierung bis 1949 beide Großparteien vertreten waren und diese gemeinsam führten, konnte sie keinen Einfluss auf den herrschenden Konflikt nehmen. (vgl. RATHGEB 2009: 32). Eine im genannten Jahr durchgeführte Wahl wurde seitens der Liberalen Partei für ungültig erklärt, woraufhin die Konservative Partei beschloss, eine autoritäre Alleinregierung einzuführen (vgl. ebd.: 35). Liberale PolitikerInnen wurden nach und nach aus dem Kabinett verwiesen. Die Forderung nach Neuwahlen wurde mit der Ermordung von drei ihrer Mitglieder stillgelegt. All jene, die sich gegen die politische Staatsmacht, im Grunde gegen die Konservative Partei mit ihrem Präsidenten Gómez (vgl. ZELIK UND AZZELLINI 1999: 53), äußerten, standen auf der Abschussliste. (vgl. PEARCE 1992: 51) Erst 1953 gelang es durch einen Militärputsch, diese Regierung aus dem Amt zu entheben (vgl. RATHGEB 2009: 35).

Rojas Pinilla, der neue Präsident, der eine Militärdiktatur ausübte (vgl. DUDLEY 2004: 19), erließ ein Straffreiheitsgesetz für Guerillagruppen, um der Phase der *Violencia* ein Ende zu setzen. Bis September entschieden sich rund 6.500 KämpferInnen für die Abgabe der Waffen. Der Konflikt schien beinahe in allen Gebieten zum Stillstand gebracht worden zu sein. Die Resozialisierung demobilisierter Personen gestaltete sich allerdings schwierig, angekündigte Agrarreformen wurden nicht durchgesetzt und soziale Programme zeigten sich ineffektiv. (vgl. GUZMAN CAMPOS et al. 1962: 99ff) Der Waffenstillstand, den Rojas Pinilla zusammen mit liberalen Guerillabewegungen unterzeichnet hatte, hielt nur kurze Zeit (vgl. DUDLEY 2004: 19).

Die erste Phase der *Violencia*, die den grausamsten Zeiten der kolumbianischen Geschichte angehört, ging, mit dem missglückten Versuch von Rojas Pinilla den Kampf zu beenden, direkt in die zweite Phase der *Violencia*, die bis 1958 andauerte, über (vgl. GUZMÁN CAMPOS et al. 1962: 37, 102; PEARCE 1992: 53). Die Kämpfe zwischen liberalen Subversiven, KommunistenanhängerInnen und staatlichen Streitkräften setzten fort (vgl. GUZMÁN CAMPOS et al. 1962: 104). Jene Personen, die sich dem Demobilisierungsprozess angeschlossen hatten, widmeten sich entweder erneut dem Kampf oder wurden Opfer dessen (vgl. PEARCE 1992: 59; DUDLEY 2004: 19). Die Methoden gegen die Guerillagruppen verschärften sich, das Militär setzte Panzer und Kampfflugzeuge ein. Es nahm die Auseinandersetzungen zum Anlass, um sowohl für den Staat, als auch für sich selbst, Profite heraus zu schlagen. Sie vertrieben LandwirtInnen von ihren Grundstücken und Höfen, massakrierten diese teilweise, um ihr Hab und Gut zu beschlagnahmen, damit selbst gewirtschaftet werden

konnte bzw. verkauften das neu gewonnene Staatseigentum teuer an GroßgrundbesitzerInnen weiter. Letztere unterstützten die staatlichen Streitkräfte mit Geldmitteln. (vgl. GUZMÁN CAMPOS et al. 1962: 102-110; RATHGEB 2009: 39f, 44) Der zu Beginn entstandene Konflikt zwischen den beiden Großparteien stellte im Laufe der Zeit immer mehr sozioökonomische Interessen in den Vordergrund (vgl. KERNMAYER 1991: 19).

Rojas Pinilla veranlasste währenddessen zahlreiche Festnahmen all jener, die gegen den Staatsstreich protestierten, darunter konservative KollegInnen, unter anderen, den in der darauffolgenden Amtszeit amtierenden Präsidenten, als auch kommunistische Parteimitglieder (vgl. DUDLEY 2004: 19). In weiterer Folge, um die Unterdrückung kommunistischer Strukturen voranzutreiben, erklärte der Militärdiktator die Kommunistische Partei für illegal (vgl. LAMBERG 1972: 121).

Die Gewaltphase nahm ein abruptes Ende mit der Machtübernahme einer Militärjunta. Sie trat in Dialog mit Bauern und Bäuerinnen, versuchte deren Vertrauen zu gewinnen, verhandelte mit ihnen. Das Ergebnis zeigte sich in 52 Friedensverträgen, welche aus 20.000 Interviews entstanden sind. (vgl. GUZMÁN CAMPOS et al. 1962: 110f) Außerdem veranlasste sie die Rückkehr der Kommunistischen Partei in die Legalität (vgl. TREJOS und GONZÁLEZ 2013: 69). Die Junta agierte als Zwischenlösung, bis sich die *Frente Nacional* (Nationale Front), ein neues politisches Projekt in Zusammenarbeit der Liberalen und Konservativen Partei, 1958 etablierte (vgl. PEARCE 1992: 60). Alle Hoffnung, den ursprünglich parteitragenden Konflikt beiseite zu legen, wurde in dieses Vorhaben gesetzt. Kommunistische ParteiführerInnen sahen gar den Frieden in dem neuen Politikprojekt. (vgl. DUDLEY 2004: 19)

Obwohl keine exakten Zahlen von Todesopfern genannt werden können, da dazu geführte Statistiken fehlen, fielen laut Schätzungen und Teilstudien rund 180.000 Menschen diesen 10 Jahre anhaltenden blutigen Auseinandersetzungen zum Opfer (vgl. GUZMAN CAMPOS et al. 1962: 287; 292). Ein Auszug eines Gedenkbriefes drückt die Gedanken von betroffenen Bauern und Bäuerinnen aus.

„Cadáveres de nuestros hermanos hemos tenido que dejar a la intemperie y huir. Hijos agónicos hemos tenido que recoger en nuestros brazos” (GUZMÁN CAMPOS et al. 1962: 115).

5.2 Ein Überblick über die Entstehung und Entwicklung der Guerillapräsenz

Die während der *Violencia* gelegten Grundsteine für Guerillaorganisationen verfestigten sich in den 60er Jahren in drei bekannte subversive Gruppen, der FARC,

ELN und EPL (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 61). Weitere kleinere Bewegungen waren zu dieser Zeit ebenso aktiv, die zum Teil bis Ende des 20. Jahrhunderts bzw. bis in die heutige Zeit fortbestehen. Es handelte sich um voneinander unabhängige, selbständig agierende Gruppierungen mit unterschiedlich kommunistischen Ideologien. Die besetzten Gebiete blieben meist einer subversiven Bewegung vorbehalten, folgende Abbildung zeigt aber auch Überschneidungen auf. Die FARC nahm flächenmäßig die größten Aktionsräume ein. (vgl. PEARCE 1992: 273; ZELIK und AZZELLINI 1999: 61, 65)

Aufzeichnung der Guerillapräsenz zwischen 1985 und 1987

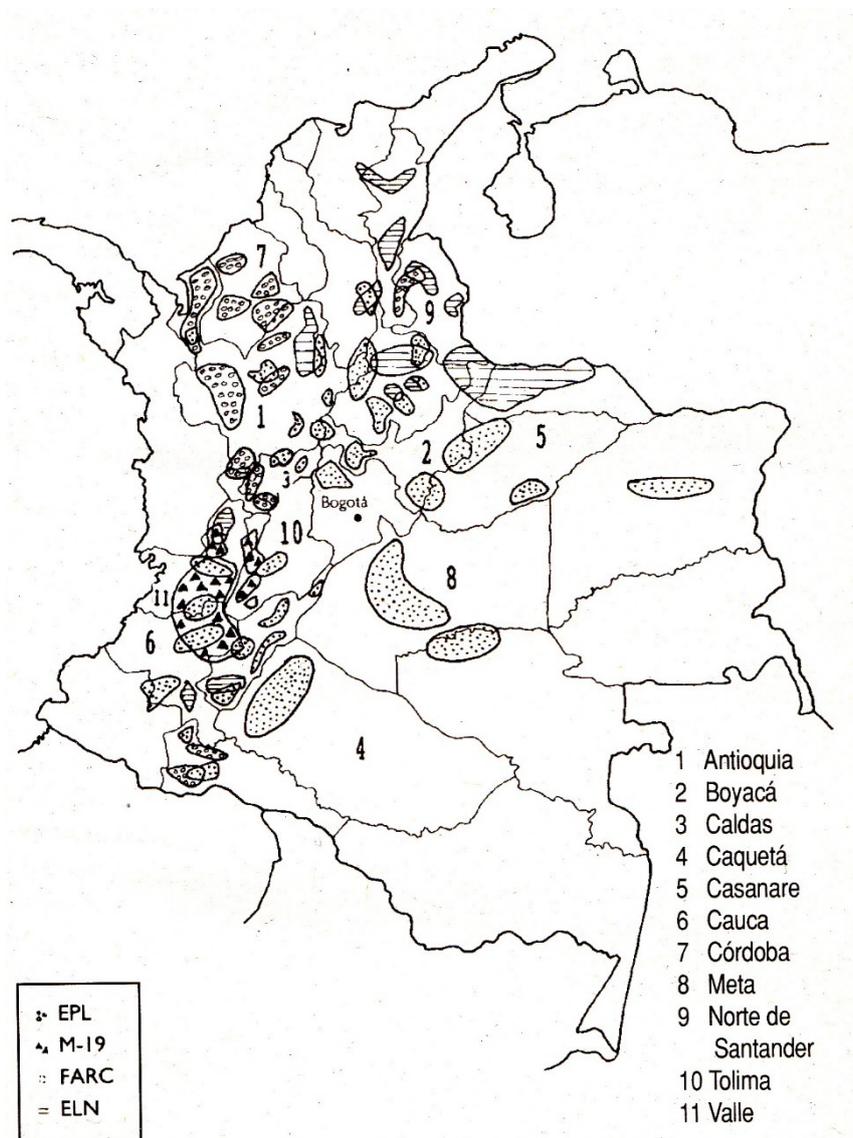


Abbildung 4: Guerillapräsenz zwischen 1985 und 1987

Quelle: PEARCE 1992: 273

Rund 600 Mitglieder zählte die Guerilla gesamt in ihren Anfängen. Der Zustrom zu bzw. die Formation von neuen Gruppierungen wurde durch die Einführung der *Frente Nacional* weiter vorangetrieben. (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 61; JONSSON 2014: 98) Obwohl das kolumbianische Heer bereits ab dem Aufkommen subversiver Bewegungen hart gegen diese vorging, führten weder Verhaftungen noch Tötungen und Bombardierungen zu deren Auslöschung (vgl. PEARCE 1992: 64). In den 70er Jahren kam es zwar zu einer drastischen Schwächung der Aufständischen durch heftige Angriffe seitens des staatlichen Militärs, dieser wurde aber indirekt durch die politische Führung des Präsidenten Turbays gegengesteuert. Seine angewandte Repressionspolitik, die mangelnde Umsetzung von Reformen und die Unfähigkeit, der sozialen Ungleichheit entgegen zu wirken, verhalf der Guerilla zu einem Aufschwung und Erstarben in den späten 70er bzw. Anfang der 80er Jahre. Sie konnte sich auf ca. 4.000 KämpferInnen berufen. (vgl. PEARCE 1992: 10f; ZELIK und AZZELLINI 1999: 64; DUDLEY 2004: 32)

Die vorrangig ausgeübte Funktion des Selbstschutzes zu Zeiten der *Violencia* rückte immer weiter in den Hintergrund. Strategische Änderungen, von einer eher defensiven zu einer offensiven Haltung, verstärkt durch die Entstehung mobiler Guerillagruppen, gingen einher mit der Verlagerung ihres Kampfmotives von einer geforderten Agrarreform zu einer grundlegenden Veränderung des politischen Systems. Im Grunde genommen zielten sie darauf ab, Druck und Einfluss auf die schon seit Ewigkeiten herrschende Zweiparteienregierung auszuüben. Inspiriert und motiviert von der in Nicaragua stattgefundenen Revolution und dem Volksaufstand in El Salvador und Guatemala Anfang der 80er Jahre, wurde ebenfalls die Erringung der Staatsmacht angestrebt. (vgl. PEARCE 1992: 10, 64; ZELIK und AZZELLINI 1999: 61, 65) Damit dieses Vorhaben realisiert werden konnte, erfolgte ein Zusammenschluss verschiedener subversiver Bewegungen im Jahr 1985. Mit dem Anschluss der FARC-EP zum Bündnis zwei Jahre später, wurde der Dachverband unter dem Namen *Coordinadora Guerrillera Simón Bolívar* bekannt. (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 68f) Simón Bolívar war ein Unabhängigkeitskämpfer im 19. Jahrhundert, der als Befreier von Kolumbien in die Geschichte einging. (vgl. DUDLEY 2004: 128) Die verbündete Guerillaeinheit scheiterte aufgrund differenzierter Interessen Anfang der 90er Jahre (vgl. HÖRTNER 2007: 126).

Bis zum Jahr 1991 entschieden sich unter anderen die M-19 und EPL für eine Demobilisierung ihrer Einheit (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 154ff).

Die beiden anderen großen Organisationen FARC-EP und ENL verstärkten laufend ihre Armee, verzeichneten Zugewinne von Territorien und führten die Kämpfe bis in die heutige Zeit fort, wobei sie immer wieder Niederschläge hinnehmen mussten (vgl. SAFFORD und PALACIOS 2002: 362; HÖRTNER 2007: 108f; HÖRTNER 2013: 201). Auseinandersetzungen zwischen den zwei Guerillagruppen als auch zwischen staatlichen Streitkräften und den beiden Akteuren brachten nach der Jahrhundertwende weitere Verlusten, einerseits von Mitgliedern, andererseits von Gebieten (vgl. ÁVILA MARTÍNEZ 2010.: 8). Ab 2002 kam es generell zu einer stetigen Abnahme der Guerillapräsenz, die Resultat harter politischer Maßnahmen und militärischer Bekämpfungen war (vgl. HÖRTNER 2013: 127; JONSSON 2014: 101). Diese Tatsache führte letztendlich zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages seitens der FARC bzw. zu Verhandlungen mit der ELN, um dem Konflikt endgültig den Rücken zu kehren (vgl. DIE PRESSE 2016a; DIE PRESSE 2016b).

Nachfolgend wird auf die vier bedeutendsten Guerillaorganisationen eingegangen. Dabei liegt der Schwerpunkt mit einer genaueren und ausführlicheren Beschreibung auf der FARC, da sie einerseits die größte, beständigste und einflussreichste Bewegung ist und war, andererseits in meinem zweiten Teil der Arbeit, der Diskursanalyse des Friedensvertrages, als Protagonist eine wichtige Stellung einnimmt.

5.2.1 FARC (-EP)

FERRO und URIBE (2002: 30) definieren in ihrem Werk die FARC wie folgt:

„La guerrilla se define como una organización política porque asume ese planteamiento político de los comunistas, y una organización militar con una táctica propia guerrillera, de la movilidad, de la trashumancia, con unas normas más definidas en su comportamiento militar interno, con una disciplina”.

Das Zitat spricht sowohl den politischen Aspekt als auch die militärische Komponente an, die im Folgenden, neben ihren Finanzierungstechniken und einem Entwicklungsüberblick, noch ausführlicher behandelt werden.

5.2.1.1 Von Selbstschutzgruppen der bäuerlichen Bevölkerung zu einer bewaffneten Guerillagruppe

Die älteste und größte Guerillaorganisation, die FARC, angeführt von Manuel Marulanda, dem militärischen Kopf, und Jacobo Arenas, dem ideologischen Führer, kann dem Gründungsjahr 1966 zugeordnet werden. (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999:

58; FERRO und URIBE 2002: 32; DUDLEY 2004: 89) Die Wurzeln der Entstehung liegen aber bereits in der Zeit der *Violencia*. Während sich zahlreiche Selbstschutzorganisationen 1953 dem Demobilisierungsprozess unter Rojas Pinillas anschlossen und ihre Waffen abgaben, besetzten einige kommunistische Bauernzusammenschlüsse kolumbianische Gebiete und gründeten sogenannte *repúblicas independientes*, unabhängige Republiken, die sie selbst verwalteten. (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 57f) Es handelte sich dabei flächenmäßig um rund 24.000 Quadratkilometer, auf denen sich 175.000 BewohnerInnen befanden (vgl. LAMBERG 1972: 123). Eine eigens eingeführte Judikative, Legislative und Exekutive unterdrückten staatlichen Einfluss. Es war jener Ort, der zur Ausbildung von *Guerrilleros* genutzt wurde und zugleich als Arbeitsort der Kommunistischen Partei galt. (vgl. RATHGEB 2009: 47f, 76). Die *repúblicas independientes* stellten eine „potentielle Herausforderung der demokratischen Regierung“ (LAMBERG 1972: 122) dar, weswegen sie ab 1962 drei Jahre lang von der staatlichen Armee militärisch besetzt wurden. Bereits in den Anfangsjahren der Entwicklung bekämpften die kolumbianischen Streitkräfte, unter Beihilfe der USA, ein immer wieder auftretender Akteur und Unterstützer des bewaffneten Konfliktes, diese Gebiete. Auslöser für die Gründung des Vorgängerblockes der FARC, *Bloque Guerrillero del Sur de Colombia*, war der Angriff auf die unabhängige Republik Marquetalia im Jahr 1964, die in der Provinz Tolima situiert ist. (vgl. LAMBERG 1972: 123f; RATHGEB 2009: 66). Zwei Jahre später folgte die offizielle Gründung der FARC. (vgl. DUDLEY 2004: 10) Die neu ins Leben gerufene Gruppierung mit anti-studentisch und ruralen Charakterzügen, richtete sich nach dem sowjetischen Kommunismus aus, und nahm die Stellung als offizielle militärische Streitmacht der Kommunistischen Partei ein (vgl. LAMBERG 1972: 124; ZELIK und AZZELLINI 1999: 57f; RATHGEB 2009: 66).

5.2.1.2 Von der Agrarreform zum politischen Player

Die Struktur, Ziele und Methoden der FARC-KämpferInnen haben sich in den vergangenen Jahren seit Beginn der Selbstschutzorganisationen in der *Violencia* durchaus verändert. Die anfänglich in den Vordergrund gestellte Agrarreform mit der Zerschlagung des Großgrundbesitzums und mit dem Schutz sowie der Verteidigung der ländlichen, bäuerlichen, in ärmlichen Verhältnissen lebenden Bevölkerung gegen die politische Oligarchie gerieten mehr und mehr in Vergessenheit. Auch der Ruf nach besseren Arbeitsbedingungen für LandwirtInnen und PlantagenarbeiterInnen und nach autonomer Landbesiedelung versiegte Mal zu Mal. (vgl. SAFFORD und PALACIOS

2002: 354; JONSSON 2014: 98). Mehr galt ihre Zielvorstellung, anhand des Einsatzes von Waffen, der Erlangung von Kontrolle und Macht in Kolumbien (vgl. DUDLEY 2004: 218f). Die Umbenennung zur Armee des Volkes, FARC-EP, *ejército del pueblo*, 1982, soll, zum einen die Identifizierung mit dem einfachen Volk (vgl. FERRO und URIBE 2002: 30), zum anderen ihrem Vorhaben mehr Ausdruck verleihen. Kommandant Arenas entwickelte einen 8-Jahresplan für den Umsturz der Regierung. Vorgesehen war die Rekrutierung von bis zu 28.000 Mann, um die Städte bis 1990 umzingeln zu können. (vgl. DUDLEY 2004: 52f; JONSSON 2014: 98) Die Verlagerung der Zielvorstellungen ging einher mit der Wandlung einer eher defensiven zu einer offensiveren, kämpferischen Haltung (vgl. SAFFORD und PALACIOS 2002: 355). Diese Strategie des offenen Kampfes verfolgte die FARC bis 1982 und nahm sie, nach dem Scheitern der Friedensverhandlungen unter Betancur/Barco Ende der 80er, wieder auf. In der Zwischenphase ergriffen sie die Chance, sich auf legale und politische Weise, mit der Einführung einer eigenen Partei, der *Unión Patriótica*, Einfluss zu verschaffen. (vgl. HÖRTNER 2007: 116ff) Es blieb nicht nur bei diesem einen gescheiterten Versuch politisch Fuß zu fassen, dennoch war es der bedeutendste. Zur Jahrhundertwende bildete sich erneut eine, diesmal klandestine, politische Partei, *el Movimiento Bolivariano para la Nueva Colombia*. Im Sinne der doppelten Strategie „Politik und Krieg“, schickten sie im Rahmen dieser Partei Gruppen in Städte aus, die ihre politischen Ideen an KolumbianerInnen weitertragen sollen. Die Zugehörigkeit zur FARC blieb dabei verschwiegen. (vgl. DUDLEY 2004: 175)

5.2.1.3 Die illegalen Wege der Geldschöpfung

Anfangs zählte die Kommunistische Partei, durch die enge Verbundenheit zur FARC, zu den primären Geldgebern der Aufständischen. Da sie nach und nach ihre Unabhängigkeit bis zur vollständigen Loslösung der Partei fokussierten, musste die finanzielle Lücke auf andere Weise geschlossen werden. (vgl. DUDLEY 2004: 51) Zu ihren Finanzierungstechniken zählte neben der Erwirtschaftung aus dem Drogengeschäft, auch die Erpressung von Geldern, die sie aufgrund von Entführungen und Geiselnahme erzwingen konnten. Letztere Einnahmequelle betraf vor allem GroßgrundbesitzerInnen, PolitikerInnen, Geschäftsmänner und -frauen, Polizeibeamte und Militärmitglieder, die entweder selbst Opfer von Entführungen wurden oder von Lösegeldforderungen. Die Erweiterung der Strategie bestand darin, dass die FARC anstatt von Geld, einen Austausch staatlich gefangen genommener RebellInnen gegen entführte PolitikerInnen forderte. Erst im Februar 2012 legte die Guerillagruppe

offiziell die Ausübung von Entführungen ab. (vgl. PEARCE 1992: 8f; DUDLEY 2004: 51, 216; HÖRTNER 2013: 222; JONSSON 2014: 100) Während die Einkünfte aus dem illegalen Benzinhandel nur einen kleinen Teil aller Einnahmen ausmachte, nahm die Bedeutung des Drogengeschäfts im Laufe der Jahre erheblich zu. Begonnen hatte die FARC mit der Versteuerung jeglicher Schritte der Vermarktung von Drogen, vor allem von Kokain. Steuergelder wurden eingehoben für die Coca Paste, für Laboratorien, die auf kontrollierten FARC-Gebieten errichtet wurden, für die Verschiffung der Ware etc. Für die Bewachung von Laboratorien schöpfte sie ebenfalls Geld. Nach und nach involvierten sich die Aufständischen in das profitreiche Geschäft und waren letztendlich selbst im Drogenanbau und -vertrieb aktiv. (vgl. DUDLEY 2004: 41f, 51f, 98; LAROSA und MEJÍA 2012: 91; JONSSON 2014: 99)

Während die Geldsummen, die aus den Lösegeldforderungen entstanden, zu Spitzenzeiten rund 200 Millionen Dollar pro Jahr ausmachten, schlugen sie aus dem Drogenhandel und der Versteuerung dieser Geschäfte rund 500 Millionen Dollar pro Jahr (vgl. DUDLEY 2004: 175). Die großen Geldmengen investierte die FARC in die Bezahlung von KämpferInnen, in die Rekrutierung von neuen Mitgliedern, Waffen, Uniformen und Kommunikationsmittel (vgl. SAFFORD und PALACIOS 2002: 364; DUDLEY 2004: 51f).

5.2.1.4 Das Auf und Ab während des Konfliktes

Die von der FARC besetzten und umkämpften Gebiete breiteten sich während der 60er und 70er Jahre von Tolima aus, über Huila, Caquetá, Magdalena Medio und Meta. Neben der geographischen Ausbreitung löste die Repressionspolitik vom Präsidenten Turbay Ende der 70er Jahre eine Rekrutierungswelle aus. Die Anzahl der Mitglieder erreichte die 1.000 Mann-Marke, aufgeteilt auf elf Fronten. Es folgte im Zuge der Ausarbeitung des 8-Jahresplanes 1982, die Entscheidung, ihr Einflussgebiet auch auf die Städte auszuweiten. (vgl. DUDLEY 2004: 51f; JONSSON 2014: 98f) Zwischen 1984 und 1988, in der Phase in der sich ihre Partei, die *Unión Patriótica*, kurz UP, etablierte, rekrutierte die FARC zahlreiche Mitglieder, sodass sich die Anzahl verdoppelte und 14 neue Fronten hinzukamen. Regelrechten Zulauf erhielt die subversive Bewegung von vertriebenen Bauern und Bäuerinnen, die aufgrund des Drogengeschäftes ihr Hab und Gut zurücklassen mussten. Dem Zuwachs an RekrutInnen folgte das Vordringen in Gebiete, deren Bürgermeisterämter von der UP geführt wurden. (vgl. DUDLEY 2004: 94, 211) Es handelte sich meist um abgeschiedene ländliche Gebiete, in denen oftmals mangelnde Staatspräsenz und Infrastruktur vorzufinden war und der FARC

ermöglichte, ein Polizei- und Rechtssystem aufzubauen, in dem genauso Verbrechen bestraft und Steuern eingehoben wurden. (vgl. DUDLEY 2004: 51f)

Nachdem Arenas im Jahr 1990 eines natürlichen Todes verstarb, geriet die FARC kurzerhand ins Taumeln. Sie verlor ihre klare politische Richtung und zeichnete sich aus mit einer gewalttätigen und grausamen Kriegsführung. Sein Nachfolger Alfonso Cano befand sich vorerst in einer schwierigen Situation, die Kontrolle über die KämpferInnen zurückzugewinnen. (vgl. ebd.: 174) Ein Angriff seitens der kolumbianischen Streitkräfte 1991 auf das Casa Verde, das Zuhause der RebellInnen und historischen Ort für Friedensverhandlungen, brachte erneut zahlreiche RekrutInnen hervor. Die bisher bestandenen 30 Fronten verdoppelten sich. (vgl. ebd.: 171) Dies trug zur Ausweitung der von ihnen kontrollierten Gebiete bei. Ein Bewegungskrieg, der im gesamten kolumbianischen Territorium verstreut war, entstand. (vgl. HÖRTNER 2007: 108f)

Bis zum Jahr 2000 hatten sich 18.000 Personen entschlossen, der FARC beizutreten und als aktive KämpferInnen zu agieren. 12.000 Milizen zählten zu den UnterstützerInnen der Aufständischen. Weitere 35.000 KolumbianerInnen gehörten ihrem Netzwerk an. Nach dem Tod des Präsidentschaftskandidaten der UP und der endgültigen Verweigerung genannter Partei am politischen Leben mitwirken zu lassen, stieg die Zahl der Mitglieder erneut rasant an. Die größte und gefürchtetste Volksarmee der Hemisphäre befand sich nun in Kolumbien. (vgl. DUDLEY 2004: 169f; JONSSON 2014: 99) Während ihrer Spitzenzeiten gliederte sich die FARC in sechs Blöcke, wobei ein Block bis zu 25 Fronten zählte, denen wiederum jeweils zwischen 50 und mehrere Hundert KämpferInnen angehörten. (vgl. JONSSON 2014: 98f) Mit zunehmender Größe und Verbreitung ihrer Präsenz, stellten sie eine ernsthafte Bedrohung für die Stabilität des Staates dar. 16 Provinzen der insgesamt 32 fanden Strukturen und Organisationen der Guerilla vor. (vgl. DUDLEY 2004: 170)

Ab 2002 nahm die Anzahl der FARC Mitglieder stetig ab. Die erfolglose Beendigung der Friedensgespräche unter Präsident Pastrana kostete viele AnhängerInnen (vgl. HÖRTNER 2013: 127). Der Kampf in den ländlichen Gebieten, welcher 50 % des Gesamtterritoriums und 40 % der Bevölkerung involvierte, nahm dennoch kein Ende. (vgl. ÁVILA MARTÍNEZ 2010: 8) Im Gegensatz dazu, verdrängte das staatliche Heer mit seinen neuen Methoden unter Präsident Uribe, in den darauffolgenden sechs Jahren, die FARC vor allem aus den Zentren Kolumbiens (vgl. JONSSON 2014: 101). Einen enormen Rückgang erlitt die subversive Gruppe zwischen 2003 und 2005 in den

Städten Bogotá, Medellín und Barranquilla. Das kolumbianische Militär schlug drei Fronten vollständig nieder, drei weitere erfuhren eine große Verringerung der Anzahl ihrer Mitglieder. (vgl. ÁVILA MARTÍNEZ 2010.: 7) Die Strategieveränderung des Militärs und die damit einhergehende Schwächung der FARC führten zu neuen Angriffsmaßnahmen. Ein vermehrter Einsatz von Scharfschützen, Bomben und Landminen, die Steigerung von Blitzattacken, die Neurekrutierung und Formation in Kleingruppen und der Rückzug von bewohnten Gebieten, forderte viele, unter anderem auch zivile, Opfer. (vgl. HÖRTNER 2013: 200; JONSSON 2014: 102) Zwischen 2004 und 2007 kam es zu starken Einbußen der FARC KämpferInnen mit einem jährlichen Verlust von rund 1.500 Mitgliedern. Die Mehrheit kam durch Kämpfe mit dem Paramilitär oder staatlichen Streitkräften um. (vgl. JONSSON 2014: 101) Grund für den Rückgang war jedoch nicht nur der Tod vieler Mitglieder, sondern der große Zulauf des Demobilisierungsprozesses zu dieser Zeit. Alleine 2008 waren es 3.000 Personen, die beschlossen, ihre Waffen niederzulegen. (vgl. JONSSON 2014: 101) Der Tod von ranghohen Guerillamitgliedern trug ebenso zum allmählichen Niedergang bei. Im Jahr 2009 zählten die Aufständischen ca. 8.300 KämpferInnen und 3.300 Milizen, was weniger als die Hälfte bzw. nur mehr ein Drittel, verglichen mit jenen Zahlen zur Hochphase, entsprach. Der Rückschlag betraf nicht nur die Beteiligten selbst, auch die Gebiete, die sie kontrollierten, sanken auf die historische Präsenz zu Zeiten der *Violencia*. Die Transformation von der einst stärksten Guerillaeinheit schritt schnell voran. (vgl. HÖRTNER 2013: 200f; JONSSON 2014: 102f)

5.2.2 ELN

Die ELN (*Ejército de Liberación Nacional*), die nationale Befreiungsarmee, bildete sich simultan zur FARC. Im Jahr 1964 aus StudentInnenbewegungen hervorgegangen (vgl. RATHGEB 2009: 66), folgte diese Organisation der Philosophie von Che Guevaras Befreiungskampf in Kuba. Dieser war bekannt für seine Strategie der kurzfristigen Massenaufstände. Neben Bauern und Bäuerinnen zählten hier vor allem StudentInnen und Intellektuelle zu den UnterstützerInnen. (vgl. KERNMAYER 1991: 49; ZELIK und AZZELLINI 1999: 59f) Vorzufinden war diese subversive Gruppe hauptsächlich in den Grenzgebieten zu Venezuela (vgl. RATHGEB 2009: 66).

Der wohl größte Unterschied zur FARC liegt in ihren Finanzierungstechniken. Die ELN beteiligt sich weder an Drogengeschäfte, noch führt sie Entführungen durch. Ihre bevorzugte Strategie an Geldmittel zu kommen, ist der Angriff auf Erdöl-Pipelines. Dadurch setzen sie UnternehmerInnen und die Regierung unter Druck und erpressen

sie mit Schutzgeldzahlungen. (vgl. SAFFORD und PALACIOS 2002: 363; HÖRTNER 2007: 115)

Ähnlich wie die Stellung der FARC im Konflikt, ergaben sich Höhen und Tiefen für diese RebellInnengruppe. Von großer Bedeutung sind zwei niederträchtige Ereignisse für die Guerilla sowie die Versuche Frieden zu schließen. 1973 erlitt die ELN einen schweren Niederschlag durch das Militär, die eine Großoperation durchführte, welcher beinahe das Ende für die Aufständischen bedeutete (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 62). Sie verlangten Friedensverhandlungen, die von der Regierung abgelehnt wurden. Daraufhin zogen sie sich noch tiefer in die Wälder zurück, formierten sich neu und erkämpften sich ihr Gebiet zurück. 1988 kam es erneut zu einem herben Rückschlag durch von paramilitärischen Gruppen verübten Bombardierungen auf ihr Hauptquartier. Zusammen mit kolumbianischen Streitkräften richteten sie ein Massaker an, das wiederum viele zivile Opfer mit sich brachte. (vgl. DUDLEY 2004: 118) Dennoch stieg die Zahl der KämpferInnen zwischen 1986 und 2000 von 800 auf 5.000 Mitglieder. Gleich wie die Entwicklung der FARC, breitete sich die ELN auch territorial aus. (vgl. SAFFORD und PALACIOS 2002: 362)

Es gab bereits Versuche von Friedensverhandlungen, Ende der 90er unter Präsident Pastrana sowie 2005 mit Uribe, die aber zu keiner Lösung führten. (vgl. HÖRTNER 2007: 115f) Stattdessen musste die ELN in diesen Zeiten herbe Niederlagen einstecken (vgl. HÖRTNER 2013: 201).

In den Friedensdialog, den Santos mit der FARC seit 2012 vier Jahre lang führte, wurde die ELN nicht mit einbezogen. Gesonderte Verhandlungen mit ihr sind zu heutigem Zeitpunkt jedoch gerade am Laufen. (vgl. DIE PRESSE 2016a; DIE PRESSE 2016b)

5.2.3 EPL

Wenige Jahre später, 1967, kristallisierte sich eine weitere Guerillagruppe heraus, *el Ejército Popular de Liberación*, kurz EPL, welche maoistische Züge aufwies (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 60). Es waren vor allem Jugendliche, die in dieser Bewegung Anschluss fanden. Studierende und Bürgerliche übernahmen Organisation und Kontrolle. (vgl. LAMBERG 1972: 138) Sie setzten sich vordergründig für die Verbesserung von Arbeitsrechten ein, die durch die Schaffung von BürgerInnenbewegungen und ArbeitnehmerInnenvertretungen ermöglicht werden sollen. (vgl. KERNMAYER 1991: 51) Auch diese RebellInnengruppe ließ sich den politischen Willen nicht nehmen, nach ihrer Auflösung, eine eigene Partei zu gründen.

Mit den gleichen Initialen EPL stand sie nun für *Esperanza, Paz y Libertad* (Hoffnung, Friede und Freiheit). (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 101)

Nachdem sie anfänglich Schwierigkeiten hatten, sich aufgrund herber Niederschläge seitens der staatlichen Streitkräfte, zu etablieren (vgl. LAMBERG 1972: 138f), erreichte die Gruppierung während der 70er Jahre ihren Höhepunkt (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 61). Eine angestrebte Ausdehnung ihres Einflusses auf städtische Gebiete blieb aber erfolglos (vgl. KERNMAYER 1991: 51). Besonders bekämpft wurde die EPL von paramilitärischen Gruppen, geführt von ViehzüchterInnen, die Todesschwadronen einsetzten. Ein Abkommen zwischen den bereits genannten AkteurInnen und der Regierung soll die Morde stoppen und die Demobilisierung der Guerillagruppe einleiten. (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 100) Die Waffenübergabe erfolgte im Gegenzug der ihnen gegebenen Möglichkeit, bei den Verhandlungen der Verfassungsänderung 1991 eine beobachtende Rolle einzunehmen (vgl. ebd.: 156). Legalisierte Mitglieder gliederten sich entweder in den Staatsdienst ein, meist als PolizistIn oder als Security von PlantagenbesitzerInnen tätig, oder schlossen sich dem Paramilitär an. Ein höchst unnachvollziehbarer Akt, ruft man sich das eigentliche Ziel dieser Gruppe ins Gedächtnis, gegen kommunistische SympathisantInnen vorzugehen. Anreiz für diese Entscheidung war der Erhalt von Land, Vieh und Geld, der mit der Kooperation mit paramilitärischen Einheiten einherging. (vgl. ebd.: 100f)

5.2.4 M-19

Ein im Jahr 1970 stattgefundenen Wahlbetrug war Auslöser für die Entstehung einer weiteren Gruppierung von Aufständischen. Hervorgegangen aus ANAPO SympathisantInnen, einer Allianz, die sich aus verschiedenen Oppositionsgruppen zusammenschloss und FARC RebellInnen, etablierte sich die M-19, Bewegung 19. April. Bekannt wurde diese Organisation, die, im Gegensatz zu den anderen subversiven Einheiten, vor allem in der Stadt ihre Tätigkeiten ausübte und vorwiegend unter Studierenden großen Zulauf erfuhr, mit ihren spektakulären Anschlägen und Auftritten. (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 61f) Sie überfielen Milchlastwägen, verteilten Essen und Medizin in den Armenvierteln und hielten ausbeuterische UnternehmerführerInnen so lange gefangen, bis ihre Angestellten eine Lohnerhöhung zugesprochen bekamen. (vgl. DUDLEY 2004: 49) Ihr erster Angriff erfolgte auf einen Militärposten in Bogotá 1979, bei dem sie über 4.000 Waffen stahlen. (vgl. ebd.: 37) 1980 schaffte es die M-19 mit der Besetzung der dominikanischen Botschaft und der Geiselnahme von 42 Personen in die internationalen Medien. (vgl. ZELIK und AZZELLINI

1999: 62; DUDLEY 2004: 37) Den Lösegeldforderungen in Millionenhöhe kam Turbay nach, konterte in Folge mit einer Repressionswelle und ließ ganze Dörfer in der Region Caquetá bombardieren, in der sich unzählige bäuerlich Gesinnte der M-19 befanden. Anfang der 80er Jahre nahm die Anzahl der Mitglieder, getrieben von Propaganda und beeindruckt von Besetzungen der Städte, zu. Die Guerillabewegung konnte sich auf ein Heer von 5.000 Personen stützen. (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 64f)

Der wohl größte und aufsehenerregendste Auftritt der M-19 fand im November 1985 statt. Nachdem das Waffenstillstandsabkommen, das ein Jahr zuvor mit der Regierung Betancurs unterzeichnet wurde, gescheitert war, antworteten die Aufständischen mit der Stürmung und Besetzung des Justizpalastes in Bogotá. Von der Guerilla geforderte Aufnahmen zur Verhandlung, wurden vehement vom staatlichen Militär untersagt. Der Angst eines erneuten Militärputsches nachgebend, war die Entscheidung getroffen, den Justizpalast militärisch wieder zurückzugewinnen. Der Einsatz von Panzern kostete dabei unzählige Guerillamitglieder, RichterInnen und weiteren Angestellten das Leben. Die größte Niederlage bedeutete beinahe das Aus für die M-19 Bewegung. (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 66, 69; HÖRTNER 2013: 44) Kurze Zeit später verloren die Aufständischen an Popularität und ihr endgültiger Abstieg folgte (vgl. DUDLEY 2004: 55). 1989 unterzeichnete die M-19 einen Friedensvertrag, woraufhin sie vor laufender Kamera ihre Waffen übergaben. Sie gründeten, gleich wie die FARC und EPL, eine Partei. Sowohl dieses linksorientierte Bündnis, als auch die von der FARC gegründete *Unión Patriótica*, wurden von den traditionellen Parteien als Gefahr angesehen. (vgl. ebd: 156) Obwohl die neu eingeführte M-19-Partei kleine Erfolge bei den Kongresswahlen und Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung verzeichnete, bedeutete dies zeitgleich den Untergang dieser selbst (vgl. HÖRTNER 2007: 127). Die Partei löste sich auf, nachdem das Paramilitär begann, deren Mitglieder zu ermorden (vgl. DUDLEY 2004: 165).

5.3 Die Rolle der Kommunistischen Partei in Zusammenhang mit der FARC

Die Zusammenarbeit zwischen kämpferischen Aufständischen und der legalen Partei geht zurück auf die Zeit der *Violencia*, in der die Kommunistische Partei (PCC, *Partido Comunista Colombiano*) mit der Ausführung ihrer Doppelstrategie *la combinación de todas las formas de lucha* (übersetzt: die Kombination aller Formen des Kampfes) auf sich aufmerksam machte. Gemeint ist dabei die gleichzeitige Ausübung von Krieg und Politik. Während die am Land lebenden SympathisantInnen sich einen blutigen Kampf

mit der Opposition zugehörigen Mitgliedern, Liberalen und Konservativen, lieferten, versuchte die Partei in den Städten, die Bevölkerung für ihre politische Tätigkeit für sich zu gewinnen. Diese Tatsache war Grundlage dafür, dass die Verbindung zwischen der sich daraus entwickelnden FARC und der Kommunistischen Partei fortwährte. (vgl. DUDLEY 2004: 8ff) Die Verwobenheit wurde ebenfalls durch die Mitgliedschaft der beiden Anführer Marulanda und Arenas im Zentralkomitee der PCC, während der 60er Jahre, ersichtlich (vgl. TREJOS und GONZÁLEZ 2013: 77). Obwohl die Partei ideologische Ansichten und Prinzipien in die FARC infiltrierte, ist die subversive Bewegung keineswegs einem Produkt der PCC gleichzusetzen (vgl. FERRO und URIBE 2002: 29f). Die FARC galt eher als Instrument, das zusätzlich, neben der politischen Arbeit, zur Erlangung von staatlicher Macht und Kontrolle beitragen soll (vgl. TREJOS und GONZÁLEZ 2013: 74).

Die Bezeichnung der FARC als verlängerten militärischen Arm der Kommunistischen Partei bzw. umgekehrt als verlängerter politischer Arm, ist umstritten. Diese Ansicht differiert mit den Akteuren, sowie im zeitlichen Ablauf. Die FARC sah sich beispielsweise als unabhängige Organisation an, während der Begriff verlängerter Arm in der Literatur, vor allem die 60er und 70er Jahre betreffend, mehrmals zu finden war. (vgl. FERRO und URIBE 2002: 30f; DUDLEY 2004: 10) So beschreibt auch EDUARDO PIZARRO die Guerillaeinheit als:

“[...] un actor subordinado a un proyecto político partidista el cual ejerce funciones de dirección sobre el aparato armado. Se trata de una suerte de guerrilla intermedia, entre lo limitadamente ‘militar’ y la amplitud de lo ‘societal’” (FERRO und URIBE 2002: 31).

Die zu Beginn vorhandene offizielle Befürwortung, zum einen der Existenz der FARC und zum anderen der militärischen Lösung des Konfliktes, ließ die Guerillaorganisation zur Avantgarde der Kommunistischen Partei aufsteigen. RebellenführerInnen wurden in Reden und Artikeln der Kommunistischen Partei idealisiert. Die aktive Unterstützung erfolgte in Bogotá beispielsweise über ein Solidaritätskomitee. Sie sammelten Gelder, um damit Gegenstände wie Zahnbürsten, Schuhe etc. zu kaufen, die an die Aufständischen weitergeleitet wurden. (vgl. DUDLEY 2004: 24f)

Im Laufe der Zeit veränderten sich die Verbindung und Zusammenarbeit zwischen den beiden Akteuren. Ansichten und Meinungen drifteten auseinander, weswegen der Bruch zwischen der Kommunistischen Partei und ihrem militärischen Arm absehbar war. Uneinigkeiten bei der Finanzierungstechnik durch Drogengeschäfte und die Ausübung von Entführungen, die anfänglich von der PCC aus politischen Gründen

angeordnet wurden, später aber dann durch die FARC ausgeweitet wurden, waren nicht alleiniger Auslöser für die Auseinanderentwicklung. Vielmehr ging diese auf die zwei Einflüsse, einerseits auf die Entwicklung einer Eigendynamik und Organisationsstruktur, andererseits auf die unterschiedlichen Aktionsräume, der Stadt bzw. dem Land, zurück. (vgl. FERRO und URIBE 2002: 31; DUDLEY 2004: 49, 51f, 98) Um ersteres aufzugreifen, zahlreiche militärische Siege seitens der FARC verhalfen ihnen zur Gewinnung von politischer Macht. Ihre offensive Strategie trug dazu bei, immer mehr die Kontrolle der politischen Orientierung und Interessensvertretung zu übernehmen. (vgl. DUDLEY 2004: 10) Die PCC war sich, nach der Ernennung der FARC zur Armee des Volkes, durchaus bewusst, dass sie den aggressiven Kampf, zumindest offiziell, nicht mehr unterstützen konnte. Sie sah die FARC zwar an als eine die kommunistischen Ideologien vertretene Organisation, die aber mit eigenen Mitteln und Strategien handelte. (vgl. TREJOS und GONZÁLEZ 2013: 76f) In Bezug auf die zweite Ursache, die Problematik des Austragungsortes ihrer Tätigkeiten, waren sich die beiden Akteure uneins. Während die Partei den Aktionsraum ihres militärischen Armes auf den ländlichen Raum beschränken wollte, sah die Rebellen-Gruppe die Städte als wichtigen Austragungsort, sowohl des politischen als auch des militärischen Kampfes. Auseinandersetzungen führten zur Abspaltung von GuerillanführerInnen von der Kommunistischen Partei, die daraufhin die M-19-Bewegung gründeten und ihr Aktionsfeld auf die Städte verlagerten. (vgl. DUDLEY 2004: 49) Parteimitglieder der PCC gestanden sich nach und nach ein, den Einfluss und die Führung über ihren militärischen Arm verloren zu haben. (vgl. ebd.: 10) Bemühungen, durch die Eingliederung von zwei kommunistischen Parteimitgliedern in das Sekretariat der FARC, die Zentrale der Organisation der Guerillagruppe, die Kontrolle wiederzugewinnen, schwanden schnell, haben sich beide Parteimitglieder dem Willen Arenas unterworfen. (vgl. ebd.: 54) Umgekehrt nahm die FARC mit ihren Sitzen, die sie im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei innehatte, noch immer Einfluss in deren politische Arbeit (vgl. ebd.: 26).

Erste Bestätigung der Trennung von FARC und PCC erfolgte im Jahr 1977. Jacobo Arenas, langjähriger Anführer der Guerillaorganisation (vgl. ebd.: 47), beschloss, nach der blutigen Antwort der staatlichen Streitkräfte auf den Generalstreik, sich jeglichen Befehlen der Kommunistischen Partei zu widersetzen. (vgl. ebd.: 50) Eine noch größere unangenehme Überraschung für die PCC war das Ergebnis der Verhandlungen der FARC mit Betancur. Da der Prozess unter Ausschluss der

Öffentlichkeit geführt und somit geheim gehalten wurde, wurde die Kommunistische Partei mit der Einführung der *Unión Patriótica* und der damit einhergehenden politischen Machtübertragung vollkommen überrumpelt. Die Abtrennung der FARC von ihren Gründern, den kommunistischen Guerillagruppen in Zeiten der *Violencia*, war endgültig vollzogen. (vgl. DUDLEY 2004: 54)

Nach dem Untergang der aufständischen Partei UP blühte die Kommunistische Partei erneut mit der vollkommenen Macht des linken Flügels auf. Mit der Festhaltung an der altbekannten doppelten Strategie, setzten sie die Zusammenarbeit mit der FARC fort. (vgl. ebd.: 166).

5.4 Die politische Entwicklung neben den anhaltenden Spannungen

Welche Position vertraten Regierungen und Präsidenten in Bezug auf den Konflikt und die Guerilla bzw. paramilitärischen Gruppen? Welche Mittel wurden zur Bekämpfung, welche zur Lösung eingesetzt? Mit welchen weiteren Problemen musste sich die Politik im Laufe der Zeit auseinandersetzen? Dieses Kapitel widmet sich vorwiegend diesen Fragen. Die kolumbianische Politikwelt ist geprägt von leeren Reformversprechungen, gescheiterten Friedensgesprächen und zahlreichen politischen Morden. Weder der Zusammenschluss von Liberaler und Konservativer Partei zur Nationalen Front, noch Reformpolitiker wie Betancur oder Uribe schafften den Spalt der sozialen Ungleichheit zu verringern, die Drogengeschäfte zu unterbinden oder den jahrzehntelangen Konflikt zu beenden. (vgl. KERNMAYER 1991: 61; PEARCE 1992: 9ff, 65)

5.4.1 Der Versuch einer repressionsgeführten Politik

Die *Frente Nacional*, kurz FN, Nationale Front, wurde per Dekret als Regierungsform 1958 eingeführt. Sie entsprach einer antidemokratischen Abmachung zwischen Liberaler und Konservativer Partei, die jegliche linksgerichtete Parteien 16 Jahre lang von der politischen Teilhabe ausschloss. (vgl. RATHGEB 2009: 61f; JONSSON 2014: 98) Alle vier Jahre soll ein Machtwechsel zwischen den beiden Politikeliten stattfinden und Absprache über die Geltungsbereiche gehalten werden. (vgl. PEARCE 1992: 9, 60) Es

„..., sollten alle gesetzgebenden und öffentlichen Körperschaften (Senat, Repräsentantenhaus, Bezirks- und Gemeinderäte) sowie Posten im Kabinett, in der Justiz und auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung zwischen beiden Parteien aufgeteilt werden“ (PEARCE 1992: 64f).

Nicht die zahlreichen linken Bewegungen und Guerillaorganisationen bedrohten die Politikoligarchie der *Frente Nacional*, sondern der von der ANAPO in den Präsidentschaftswahlkampf geschickte Rojas Pinilla, der einst die Militärdiktatur ausübte, hatte Potential, dem Bündnis ein Ende zu setzen. Nur mit einem offensichtlichen Wahlbetrug der Konservativen Partei konnte 1970 ihr Kandidat Pastrana zum Präsidenten gekürt werden. Vier Jahre später schaffte sie es selbst, die *Frente Nacional*, nach 16 Jahren Bestand, sich aufzulösen, da durch die Wahl erneut ein konservativer Kandidat, López Michelsen, an die Staatsspitze gelangte. (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 61f) In seiner Amtszeit kam es 1977 erstmals in der kolumbianischen Geschichte zu einem Generalstreik, der zahlreiche Menschenleben forderte. Unter Anleitung der Regierungsspitze wurde dieser blutig niedergeschlagen. Auslöser war die allgemeine Unzufriedenheit der Politikwelt und nicht umgesetzte Reformvorschläge. (vgl. ebd.: 63)

Unter der nachfolgenden Regierung Turbays ab 1978, ein Liberaler aus dem rechten Flügel, kam es zum ersten Höhepunkt des Konfliktes (vgl. ebd.: 64) Seiner Strategie zufolge setzte er auf den Krieg mit den bewaffneten Gruppen (vgl. ebd.: 66). Die Zahl der Opfer von Verfolgungen, Folter, Entführungen und Ermordungen nahm drastisch zu, nicht nur Guerillamitglieder befanden sich darunter, auch gegen die Opposition wurde hart vorgegangen und Anschläge auf regierungskritische Zeitungsherausgeber sowie den Sitz der PCC verübt (vgl. ebd.: 64, 76). KommunistInnen wurden meist aufgrund politischer Gesinnung oder gewerkschaftlichen Aktivitäten gefangen genommen und verurteilt. Mit der neu eingeführten Sicherheitspolitik, welche an die Nationale Doktrin der Sicherheit der USA erinnerte, waren Polizeikräfte und GeheimdienstmitarbeiterInnen in die staatlichen Aktivitäten des „Verschwinden Lassens“ involviert. (vgl. ebd.: 64) Hinter diesen Verbrechen steckten die *Triple A (Acción Americana Anticomunista)* Todesschwadronen, die Mitglieder dieser beiden Akteure und staatlicher Streitkräfte involvierte (vgl. ZELIK 2009: 89ff). Unter den größten Verursachern der Gräueltaten befand sich das Militär, das von Turbay mit einer noch nie zuvor vorhandenen Macht ausgestattet wurde und zu den Befürwortern seiner Strategien zählte. Demzufolge wurden Universitäten geplündert, geheime Unterschlüpfen angegriffen, in denen die Guerilla operierte, Folterungen und Ermordungen durchgeführt. (vgl. DUDLEY 2004: 32f) Die Übertragung eines größeren Aufgabenbereiches auf die staatlichen Sicherheitskräfte war durch den Ausruf des Ausnahmezustandes möglich, der seit der Ermordung Gaitáns, ein häufig eingesetztes

Regierungsmittel darstellte (vgl. PEARCE 1992: 9). In Turbays Amtszeit nahm auch dieser davon Gebrauch (vgl. HÖRTNER 2013: 40).

5.4.2 Die Möglichkeit der Teilhabe am politischen Geschehen – erste Friedensanzeichen

Betancur, Politiker der Konservativen, folgte 1982 als Präsident. Seine Absichten waren stets denen von Turbay gegensätzlich. Er propagierte Friedensverhandlungen mit den bewaffneten Gruppen aufzunehmen und setzte sich für eine demokratische Öffnung und einen Umbruch in politischen, sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten ein. (vgl. KERNMAYER 1991: 61; DUDLEY 2004: 18) Doch auch während seiner Amtszeit wurde aufgrund der brenzligen Lage in verschiedenen Regionen, in denen die Sicherheit gefährdet war, der Ausnahmezustand verhängt, der wenige Monate später für ganz Kolumbien bis zu seiner Amtsübergabe galt (vgl. KERNMAYER 1991: 94).

Seinem Vorhaben, den Konflikt zu beschwichtigen, räumte er gleich zu Beginn höchste Priorität ein. So setzte er politisch Gefangene durch die Einführung eines Amnestiegesetzes auf freien Fuß und er schaffte es, eine Verhandlungsbasis mit den Guerillamitgliedern von FARC, EPL und der in dieser Zeit größten und mächtigsten Guerillagruppe (vgl. DUDLEY 2004: 18), M-19, herzustellen. (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 66) Die im Herbst 1984 (vgl. HÖRTNER 2007: 149) aufgenommenen Gespräche, unter Ausschluss der Öffentlichkeit, fanden in den peripheren Guerillagebieten statt (vgl. DUDLEY 2004: 20). Anliegen der FARC waren

„[...] die Modernisierung der politischen Institutionen des Landes und die Einbringung einer umfassenden politischen Reform im Parlament (darunter Garantien für die Opposition, Direktwahl der Bürgermeister, Wahlrechtsreform, Verbesserung der Effizienz der Justiz, Verbesserung der öffentlichen Verwaltung);
[...] die Einleitung einer Politik der Agrarreformen mit dem Ziel, die Lebensbedingungen auf dem Land zu verbessern“ (KURTENBACH 2001a: 100).

Weitere Verhandlungspunkte betrafen Gratisbildung, Erhöhung des Staatsbesitzes bei ausländischen Betrieben und die Kompensation von GroßgrundbesitzerInnen geschädigter Personen (vgl. KERNMAYER 1991: 72). Das Resultat der Gespräche zeigte sich anhand eines Waffenstillstandsabkommen, das 1984 in Kraft trat und die Ermöglichung der politischen Teilnahme der Guerillabewegungen besiegelte. (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 66) Einen Demobilisierungsprozess lehnte die FARC aufgrund der negativen Erfahrungen unter Rojas Pinilla ab. Sollten die Idee und das

Politikprojekt der aus der FARC entsprungenen Partei *Unión Patriótica* fruchten, könnten sie sich vorstellen, die Waffen abzulegen. (vgl. DUDLEY 2004: 28)

Die Regierung Betancurs versprach zum einen der UP als auch FARC Mitgliedern, die sich politischen Aktivitäten widmeten, für ihre Sicherheit zu garantieren, weiters sicherte sie ihnen die Teilnahme an Wahlen und das Bestrafen von Tätern, die gegen die UP vorgehen, zu. (vgl. DUDLEY 2004: 47)

"The government, in accordance with the Constitution and the laws, will give the *Unión Patriótica* the guarantees and security it needs so that it can campaign as well as participate in elections in the same way other political parties do", the agreement read. „The government will use all the force of the law against any citizen or authority that inhibits these rights or denies, ignores, or refuses to recognize the rights that they [the members of the new party] have. The government will also guarantee security and liberty to the FARC during the process of incorporating its members into political activity" (DUDLEY 2004: 47).

Außerdem bestätigte die Regierung Initiative in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wohnen und Arbeit zu ergreifen, sowie sich für eine brüderliche Demokratie einzusetzen, die ein Vergeben und Vergessen voraussetzt. Im Gegenzug verpflichtete sich die FARC, den Entführungen, Erpressungen und dem Terror ein Ende zu setzen. (vgl. ebd.: 46)

Innerhalb der Politikgesellschaft standen nicht alle Mitglieder auf Seiten des Präsidenten Betancur und äußerten sich kritisch gegenüber seinen Handlungen. Es war Landazábal, zu diesen Zeiten Verteidigungsminister, Anti-Kommunist und im Militär als General involviert, der nicht an das Friedensinteresse der FARC und Kommunistischen Partei glaubte. (vgl. ebd.: 31f, 56) Er war Befürworter der Nationalen Sicherheitsdoktrin, setzte sich für die Auslöschung jeglicher kommunistischen Systeme in Kolumbien ein und übte Kritik an der Gestaltung des politischen Budgets sowie an der Beziehung zwischen Regierung und Militär aus. Der geringe Anteil des Bruttoinlandproduktes (zwischen 1,5 und 2 %), das in das Militär und Waffen investiert wurde, hatte ein sehr kleines Heer zur Folge, das lediglich auf drei SoldatInnen pro 1000 Personen kam. Die Verweigerung, seitens der Regierung, die Streitkräfte aufzustocken, lag an der Befürchtung eines erneuten Militärputsches. Außerdem diente das Heer oftmals als Sündenbock für, durch die Regierung verursachte, missglückte Taten, deren Verantwortlichkeit auf diese übertragen wurde. (vgl. ebd.: 31, 36f) Landazábals Vorhaben, die Friedensgespräche zu torpedieren, indem er seine Truppen ins Verhandlungsgebiet schickte, scheiterte jedoch. Sein Wille und seine

Überzeugung, nur durch den Kampf gegen die Guerillagruppen gewinnen zu können, veranlassten ihn, eine neue Strategie zu finden. (vgl. DUDLEY 2004: 40) Ein Dekret von 1965 besagte:

"all Colombians, men and women ... will be used by the government in activities and work that contribute to the reestablishment of order" (DUDLEY 2004: 41).

Das Dekret wurde drei Jahre später als Gesetz festgelegt (vgl. HÖRTNER 2007: 138). Der Zusammenschluss von Zivilpersonen zu einer Militärgruppe, um gegen subversive Bewegungen vorzugehen, wurde demnach legalisiert. Landazábal berief sich auf dieses Dekret und veranlasste eine zwanghafte Rekrutierung von Bauern und Bäuerinnen, die im Valle Magdalena eingesetzt wurden. Dieses Gebiet, welches über eine Ölindustrie, die größten Gold- und Nickelvorkommen, Kokafelder verfügte, befand sich unter der Kontrolle von FARC und ELN. Die Hilfe vom General wurde von der dort ansässigen Bevölkerung herzlich willkommen geheißen. (vgl. DUDLEY 2004: 41f)

Nachdem Landazábal öffentlich den Friedensprozess kritisierte, wurde er von der Regierung zum Rücktritt seines Dienstes gezwungen (vgl. ebd.: 46). Nicht nur er war misstrauisch, auch die am Friedensprozess beteiligten Akteure beschuldigten sich gegenseitig, nicht vollkommen hinter den Verhandlungen zu stehen (vgl. HÖRTNER 2007: 150). Es stellte sich heraus, dass Guerillaauführer Arenas die Gelegenheit nutze, während dem Dialog, Mitglieder zu rekrutieren, die Einheit neu zu organisieren und Waffen zu erwerben (vgl. DUDLEY 2004: 56).

Der Waffenstillstand hielt nicht lange und wurde seitens der M-19 und EPL im Sommer 1985, nachdem es immer wieder zu militärischen Angriffen gegen die subversiven Organisationen kam, aufgelöst (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 68). Ende desselben Jahres, nach knapp 12 Monaten Gespräche führend, war das Ausmaß mit rund 1.700 Todesopfern Zeichen des weiterführenden Krieges (vgl. HÖRTNER 2007: 152).

5.4.3 Ein Schritt zurück

Die Friedensverhandlungen kamen in der Amtsperiode von Barco Vargas, einem Liberalen, der 1986 zum Präsidenten gewählt wurde, nach zahlreichen blutigen Ereignissen letztendlich zum Stillstand. Die während des Dialogs diskutierten Reformvorschläge fanden keinen Eingang im Kongress, die Eliteparteien hatten sich zur Wehr gesetzt. Mit einem militärischen Übergriff drohte die Regierung, sollten die RebellInnen ihre Waffen nicht niederlegen. (vgl. DUDLEY 2004: 102; HÖRTNER 2007: 161) Das Ergebnis des Verhandlungsprozesses war somit ernüchternd. Mit seiner

Beendigung erreichte der Konflikt unter Barco eine neue Dimension. Die Rede war von einem Staatsterrorismus, der über 9000 Tote zur Folge hatte (vgl. HÖRTNER 2007: 161f). Seine neoliberale Orientierung führte zu einer weiteren Verarmung der breiten Bevölkerungsmasse und ließ folglich den Konflikt wieder aufflammen. (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 69) Des Weiteren trug der Kampf mit den Drogenkartellen dazu bei, dass sich der bewaffnete Konflikt immer mehr zum schmutzigen Krieg verwandelte, der eine noch größere Präsenz und Einbezug der kolumbianischen Streitkräfte mit sich zog (vgl. DUDLEY 2004: 41). Grund für die Transformation lag unter anderem an der Ermordung des Präsidentschaftskandidaten der Liberalen Partei, Galán, der die Regierung veranlasste zu handeln. Galán fand den Tod durch einen Auftragsmord von den Drogenbossen Escobar und Gacha, da er sich dem Kampf mit den Drogeneliten widmete. Demzufolge erklärte die Regierung Selbstverteidigungsgruppen, die in der Zwischenzeit vor allem mit *Narcos* kooperierten, für illegal. Deren AnführerInnen mussten mit Haftbefehlen rechnen. Der Konflikt zwischen der Regierung, die beschlossen hatte, hart gegen die *Narco*-Paramilitärs vorzugehen, und genannter Gruppierungen spitzte sich zu. Als Antwort auf das Vorgehen ordneten die Drogenbosse mehr als 150 Bombardements an. (vgl. ebd.: 148f) Die unzähligen Ermordungen unschuldiger Zivilisten durch paramilitärische Gruppen führte zu einem öffentlichen Aufruf an die Regierung dagegen vorzugehen und in Folge dessen, zur Bestellung der Armee, diese Aufgabe zu übernehmen. (vgl. HÖRTNER 2013: 44-48) Außerdem, mit dem Versuch der Lage Herr zu werden, erklärte Barco Vargas das Gesetz von 1968, welches die rechtliche Grundlage für die Entstehung von paramilitärischen Strukturen bildete, als ungültig. Ein neu eingeführtes Dekret verbot die finanzielle Unterstützung als auch die allgemeine Förderung von paramilitärischen Organisationen. (vgl. HÖRTNER 2007: 138f) Nichtsdestotrotz gewährleistete die, in ländlichen Gebieten, vorhandene Verweigerung staatlicher Anweisungen den Fortbestand der Paras.

In der Regierungszeit des liberalen Präsidenten Gavirias, mit seinem Amtsantritt 1990, passierten drei einschneidende Ereignisse. Gleich zu Beginn kam es zu einer Verfassungsänderung. (vgl. HÖRTNER 2013: 48f) Das kolumbianische Volk setzte alle Hoffnung in die Reformation, die zur Beilegung des Konfliktes führen soll (vgl. RETTBERG und QUIROGA 2014: 4). Durch die Beteiligung der revolutionären M-19 Partei in der verfassungsgebenden Versammlung, die von 75 Sitzen 20 innehatte, sahen die *Guerrilleros* die Möglichkeit erheblich Einfluss zu nehmen. (vgl. HÖRTNER 2013: 50)

Unter anderem wurde dabei eine demokratische Öffnung, die einen größeren Einbezug der Bevölkerung vorsah und die Kreierung neuer Parteien erleichterte, erzielt (vgl. LAROSA und MEJÍA 2012: 62; HÖRTNER 2013: 84). Dennoch bedeutete die Verfassungsänderung einen Sieg für die Eliteparteien, deren Kontrolle und Macht abermals ausgeweitet wurde. (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 156)

Der zweite Einschnitt geschah mit der Einführung von *Convivir*, einem staatlichen Instrument zur Bildung privater Sicherheitskooperativen. Sie sollten dem Militär unterstützend unter die Arme greifen, im Kampf gegen Subversive und Paramilitärs, vor allem durch die Überwachungs- und Spitzelarbeit. Der Waffeneinsatz blieb ihnen dabei verwehrt. Als Ausnahme galt die Verwendung von Waffen für die persönliche Gegenwehr. Das umstrittene Projekt wurde nach fünf Jahren aufgrund kritischer Stimmen, die dies als Legalisierung paramilitärischer Strukturen anprangerten, 1999 aufgekündigt. (vgl. HÖRTNER 2007: 140f; VELÁSQUEZ RIVERA 2007: 139)

Drittens, konnte ein großer Erfolg mit der Ermordung von Pablo Escobar verzeichnet werden. Das Medellín-Kartell wurde somit zerschlagen, der Konflikt mit den Drogenkartellen beschwichtigt. Trotz allem kostete der bewaffnete Kampf zwischen allen Akteuren in der Amtsperiode von Gaviria 15.000 Menschen das Leben. (vgl. HÖRTNER 2013: 90) Die Schuld der zahlreichen Toten verwies die Regierung meist auf die Drogenbarone (vgl. DUDLEY 2004: 191). Allgemein wird von 4.000 politisch motivierten Morden pro Jahr in den 90er Jahren ausgegangen (vgl. ebd.: 182).

Präsident Samper, erneut ein Angehöriger der Liberalen Partei, geriet mit seiner aus Drogengeldern gesponserten Wahlkampagne gleich zu Beginn ins Wanken. Finanzielle Unterstützungen seitens der Drogenkartelle für die Regierung bzw. Präsidenten stand im Austausch mit der Zusicherung künftiger Kooperation. Der Lobbyismus nahm dabei immer eine große Rolle ein. Im Falle Sampers war ein Strafverfolgungsverfahren und Verhaftungen von Beteiligten die Folge. Weder die Rücktrittsforderungen der US-Regierung, die sich aufgrund des Drogenskandals hintergangen fühlte, noch Gerüchte eines geplanten Militärputsches, konnten Samper aus seinem Amt entheben. (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 163f) Der Aufruhr rund um den Präsidenten trug dazu bei, dass sich die Guerilla und andere bewaffnete Gruppierungen verstärkt auf ihre Tätigkeiten konzentrierten. Der Konflikt spitzte sich wieder einmal zu. (vgl. KURTENBACH 2001a: 95)

5.4.4 Ein weiterer Versuch den Frieden zu finden

Mitte der 90er Jahre kam es zu aggressiven Kämpfen, welche über Hunderte Truppen der Armee das Leben kostete und weitere Hunderte in Gefangenschaft der Guerillabewegungen trieb. Ein herber Verlust für die Regierung und das Heer. (vgl. DUDLEY 2004: 172) Eine im Jahr 1999 durchgeführte Umfrage belegte den Glauben an einen militärischen Sieg der FARC gegenüber den staatlichen Streitkräften. Der Staat könne die Kontrolle verlieren, so die Meinung der Befragten. (vgl. JONSSON 2014: 100) Als Folge dessen, sah sich die Regierung unter dem Konservativen Pastrana zur Aufnahme von Friedensverhandlungen gezwungen. 1999 führte sie eine demilitarisierte Zone ein, in der die Gespräche stattfanden. Es handelte sich dabei um eine Fläche so groß wie die Schweiz. Medien berichteten von der Entstehung *Farlandias*, einem der FARC gewidmeten Territorium, auf dem sie die Kontrolle ausübten. Internationalen BeobachterInnen und RepräsentantInnen der Regierung, die nicht in den Dialog involviert waren, blieb der Zutritt abermals verwehrt. Die Taktik der Guerillaeinheit schien sich zu wiederholen. Auf gleiche Weise, wie bei den ersten Friedensverhandlungen unter Betancur, nutzte die FARC diesen Zeitraum für den Ausbau ihrer Armee und der Infrastruktur (vgl. DUDLEY 2004: 172f) Der Drogenanbau in dieser Zone wurde intensiviert, militärisches Training vollzogen und Workshops für Zivilisten angeboten. Weder die Regierung, noch die FARC waren bereit, die Verhandlungen ernst zu nehmen und wurden mehrmals von der subversiven Bewegung unterbrochen. Die Regierung nahm währenddessen Gespräche mit den USA auf, um einen *Plan Colombia* zu verwirklichen. 2002 kamen die Verhandlungen, nachdem die FARC einen Friedenskommissar in ihre Gefangenschaft genommen hatte (vgl. HÖRTNER 2007: 188), letztendlich zum Erliegen. (vgl. JONSSON 2014: 100f) Daraufhin ordnete Präsident Pastrana die Rückeroberung des Territoriums durch die staatlichen Streitkräfte an (vgl. LAROSA und MEJÍA 2012: 92). Ein weiterer Versuch scheiterte aufgrund fehlenden Vertrauens, Willens und Ernsthaftigkeit.

5.4.5 Uribes Politik der „eisernen Hand“

Folgender Präsident, Uribe, der als unabhängiger Kandidat an den Wahlen teilnahm, erfreute sich hoher Beliebtheit in der Bevölkerung. Er sicherte sich eine zweite Amtsperiode, obwohl Uribe immer wieder mit Skandalen Schlagzeilen machte (vgl. HÖRTNER 2013: 149ff). Sein Politikstil war zwiespältig, zum einen erreichte er in seinen beiden Amtsperioden eine deutliche Reduzierung der Mitglieder subversiver Organisationen und schaffte demnach mehr Sicherheit im Land. Zum anderen wurde

er aufgrund seines harten Vorgehens mit teils unrechten Mitteln und Verstrickungen in undurchsichtigen Angelegenheiten angeprangert. Ihm selbst wurden Beziehungen zum Drogengeschäft und mit einflussreichen ViehzüchterInnen nachgesagt, daher galt die Initiierung, Entwicklung und Unterstützung von paramilitärischen Strukturen als sicher. (vgl. HÖRTNER 2013: 11f, 152, 200f)

Zu seinen Prioritäten zählten die Einführung der Demokratischen Sicherheit (gemeint ist der Schutz des Volkes, der in Zusammenhang mit der Aufrüstung staatlicher Streitkräfte und dem Vorgehen gegen den Terrorismus steht), die Rückeroberung von besetzten Gebieten illegal bewaffneter Gruppen, die Befreiung der Straßen von Guerillasperren, die Abrüstung des Paramilitärs, die Vernichtung der Drogenproduktion und der Ausbau der Kompetenzen von GeheimdienstmitarbeiterInnen (vgl. HÖRTNER 2013: 142f; JONSSON 2014: 101). Es erfolgte die Aufstockung auf rund 450.000 Polizeikräften und Militärmitglieder sowie die Aneignung von kritisch zu bewertenden Gegenangriffskompetenzen, präzisen Luftangriffen und Planungen von Operationen (vgl. JONSSON 2014: 101). Der als Präsident mit „eiserner Hand“ bekannte Uribe, wurde seinem Namen gerecht (vgl. HÖRTNER 2013: 134). Jegliche KritikerInnen des Regierungssystems setzte er mit Aufständischen gleich und galten umgehend zu entfernen (vgl. ebd.: 11). Die Zivilbevölkerung, die mit einer limitierten Militärrolle ausgestattet wurde, sogenannte *soldados campesinos*, verpflichtete er in den Gebieten zum Dienst, die eine fehlende Präsenz kolumbianischer Streitkräfte aufwiesen. Weiters erhielten BürgerInnen Zahlungen in hoher Summe, sofern sie Informationen über illegale AkteurInnen bereitstellten. (vgl. HÖRTNER 2007: 252; JONSSON 2014: 101) Der Staat übernahm die Strategie der Guerilla, verteilte Essen und stellte der Bevölkerung die nötigsten Bedarfsmittel zur Verfügung. Ein Rückgang der Unterstützung für subversive Bewegungen unter den lokalen BewohnerInnen war die Folge. (vgl. JONSSON 2014: 101)

Uribes Vorhaben der Demobilisierung paramilitärischer Gruppierungen begann Ende 2002, mit dem Ausruf eines Waffenstillstandes. Ein halbes Jahr später setzten die Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Paramilitär ein. (vgl. HÖRTNER 2013: 155f) Mit dem Gesetz *Ley de Justicia y Paz*, das 2005 beschlossen wurde, hatten sowohl Paramilitärmitglieder als auch jene von subversiven Gruppen die Möglichkeit, ihre Waffen niederzulegen, im Gegenzug wurde ihnen die Befreiung strafrechtlicher Verfolgung und Verurteilung zugesichert (vgl. LAROSA und MEJÍA 2012: 94). Im Zuge

des Demobilisierungsprozesses erfolgte eine erneute Begnadigung beteiligter Personen, mit Ausnahme von bereits laufenden Verfahren im Bereich der Menschenrechtsverletzung. Für jene, die nicht in den Genuss des Straferlasses kamen, galt das neu eingeführte Gesetz 975 Gerechtigkeit und Frieden, das die Anklage für deren Gewaltverbrechen regelte. (vgl. HÖRTNER 2013: 159f) Die Bereitstellung von Informationen über bewaffnete Organisationen brachte den demobilisierten Personen hingegen Bildungsmöglichkeiten, Arbeitstrainings, psychologische Hilfe oder ein geringeres Strafausmaß. (vgl. JONSSON 2014: 101f)

Die Abrüstung fand großen Anklang, nicht nur bei der ursprünglich vorrangig vorgesehenen Einheit der Paramilitärs, sondern auch bei den GuerillakämpferInnen. (vgl. HÖRTNER 2013: 160, 197; JONSSON 2014: 101) Über 50.000 Personen schlossen sich diesem Prozess an, der unter der Bevölkerung als sehr umstritten und als „Legalisierung der Paramilitärs (HÖRTNER 2013: 159)“ angesehen wurde. (vgl. ebd. 2013: 159f) Die Anzahl der Demobilisierten blieb jedoch zweifelhaft, was aus dem Umstand einer möglichen Inszenierung der Waffenübergabe zu schließen war. Zivilisten, die vorgaben Angehörige einer paramilitärischen bzw. subversiven Gruppen zu sein, händigten so öffentlich ihre Waffen aus. (vgl. ebd.: 158)

Aufsehen erregten die *falsos positivos* im Jahr 2009, während seiner zweiten Amtsperiode. Unter dem deutschen Ausdruck „die falschen Erfolgsmeldungen“ (vgl. ebd.: 226) bekannt, bezieht sich der Skandal auf Personen, die von staatlichen Streit- und Polizeikräften selektiv ausgewählt und umgebracht wurden. Dabei handelte es sich mehrheitlich um Menschen, die, wenn auch nur in geringster Weise, eine Verbindung mit sozialen Organisationen, der FARC oder der ELN aufwiesen. (vgl. ÁVILA MARTÍNEZ 2010: 9, 13) HÖRTNER (2013: 226) erwähnt die Ausweitung der Strategie auf am Rande von Bogotá angesiedelte Binnenflüchtlinge, die dort in ärmlichen Verhältnissen hausten. Es handelte sich dabei um kein neues Phänomen, bereits im Jahr 1999 veröffentlichte die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte in ihrem Bericht dieses Vorgehen der staatlichen Institutionen. Während der Regierungszeit von Uribe und dem von Santos besetzten Verteidigungsministerium schellte die Anzahl der *falsos positivos* in die Höhe. Die Opfer wurden als positives Ergebnis der von Uribe geführten Politik dargestellt. Auf diese Weise verloren über 1.500 Menschen ihr Leben und waren wieder einmal Beweis für die Straflosigkeit in Kolumbien, da nur ein Bruchteil zur Rechenschaft gezogen wurde. (vgl. ÁVILA MARTÍNEZ 2010: 13f)

Resultat der ausgeübten Politik Uribes war zwar ein deutlicher Rückgang von Gewalttaten, welcher sich zeigte durch geringere Tötungsdelikte und reduzierte Entführungsoffer. Dies steht aber im Widerspruch mit der Zahl der sogenannten *desaparecidos*, verschwundenen Personen, die in seiner Amtsperiode zugenommen hatte. Über 30.000 Personen waren davon betroffen. Diese Opfer können allerdings in Zusammenhang mit den *falsos positivos* gesehen werden. Ungeachtet dessen, schaffte Uribe es, das subjektive Sicherheitsempfinden der KolumbianerInnen positiv zu beeinflussen, das primär auf die wieder frei passierbaren Straßen zurückführbar war. (vgl. HÖRTNER 2013: 222ff)

5.4.6 Die endgültige Beilegung des jahrzehntelangen Konfliktes?

Mit der Amtsübernahme von Santos erfolgt ein konträrer Wandel zum Vorgänger in der Politik. Gleich zu Beginn unterzeichnete er das *Ley de Víctimas y Restitución de Tierras*, welches über 7,6 Millionen KolumbianerInnen betrifft. Es sieht eine finanzielle Entschädigung der Opfer vor, sowie die Bestrebung, illegale Landentziehungen an die rechtmäßigen BesitzerInnen zurückzugeben. Letzteres gestaltet sich, unter dem Aspekt der bereits vollzogenen Landnutzungstransformation großflächiger Plantagen wieder zurück in kleinbäuerliche Strukturen, als sehr schwierig. (vgl. LAROSA und MEJÍA 2012: 215; KURTENBACH und LUTSCHER 2015: 2, 5f) Ein weiterer Wendepunkt, nachdem die FARC bereits ein Jahr davor anklingen ließ, für Verhandlungen mit der Regierung bereit zu sein, ereignete sich mit der Verkündung der Aufnahme eines erneuten Friedensprozesses durch Präsident Santos im August 2012, der die Beendigung des Konfliktes offiziell als Ziel festlegte. Es wurde kein Waffenstillstand vereinbart, dennoch kam es häufig während des Prozesses zu einem seitens der FARC ausgerufenen, der aber nicht für die staatlichen Streitkräfte galt. (vgl. KURTENBACH 2012: 2, 6; HÖRTNER 2013: 258, 264; KURTENBACH und LUTSCHER 2015: 6) Im November desselben Jahres begannen in Havanna RepräsentantInnen der FARC sowie der Regierung, sich mit der aufgestellten Agenda, die sechs Themen umfasste, auseinanderzusetzen (vgl. HÖRTNER 2013: 260; JONSSON 2014: 103). In Betracht gezogen wurden nicht nur Interessen dieser beiden Akteure, sondern auch des Militärs und der Bevölkerung (vgl. RETTBERG und QUIROGA 2014: 2). Ursprünglich sollte der Konflikt nach einem Jahr der Geschichte angehören, die Verhandlungen gingen aber nur schleppend voran und endeten letztendlich vier Jahr später im Jahr 2016. (vgl. JONSSON 2014: 103; EL TIEMPO 2016e)

Nicht nur bei der ersten Fassung des Friedensvertrages, die bei einer Volksabstimmung mit einer knappen Mehrheit abgelehnt wurde, war die Polarisierung der breiten Bevölkerung vorhanden. Schon während der Friedensverhandlungen kam es zu gespaltener Meinung (vgl. KURTENBACH und LUTSCHER 2015: 6). Die Negation des Prozesses beruhte vor allem auf dem fehlenden Vertrauen in die Guerillaorganisation (vgl. NUSSIO 2016: 1). Bezüglich der politischen Beteiligung und des Straferlasses war die Skepsis groß und die Akzeptanz in der Bevölkerung mehrheitlich nicht vorhanden (vgl. MATHIEU 2013: 4). Das Gewähren des Straferlasses für schwere Menschenrechtsverletzungen ist seit 2002 mit der Einführung des Internationalen Gerichtshofes nicht mehr möglich, weswegen die Einigung angemessener Verurteilungen durchaus eine herausfordernde Angelegenheit war. Straftaten, die einen politischen Hintergrund aufweisen, sollen vorwiegend unter die Amnestie fallen oder zumindest mit Strafreduktion verbunden werden. Der Entschluss, welche Taten als politische Verbrechen eingestuft werden, obliegt dem Parlament und Gerichten. (vgl. KURTENBACH und LUTSCHER 2015: 2f)

Die Legitimation der Verhandlungsergebnisse durch ein Volksreferendum im Oktober 2016 bedeutete für die Regierung Santos zuerst eine herbe Niederlage. Mit nur knapp über 50 % stimmten die KolumbianerInnen gegen die Umsetzung des Vertrages. Obwohl die notwendige Schwelle der 13 %, die sich für den Frieden ausgesprochen hatten, überschritten wurde, erhielt das „Nein“ um rund 60.000 Stimmen mehr. Die Wahlbeteiligung lag unter 40 %. (vgl. EL TIEMPO 2016a) Zusammen mit Uribes Partei, die sich gegen die Erstfassung des ausgehandelten Vertrages gestellt hatte, wurden verschiedene Punkte im Vertrag neu diskutiert, um danach mit der FARC erneut ausverhandelt zu werden. (vgl. EL TIEMPO 2016b) Am 30. November ratifizierte der Kongress schlussendlich den neuen Friedensvertrag, der somit ab diesem Zeitpunkt in Kraft trat. (vgl. EL TIEMPO 2016e) Präsident Santos erhielt für sein Bemühen den Friedensnobelpreis überreicht (vgl. EL TIEMPO 2016b). Nicht nur mit der FARC ist er in Dialog getreten, seit März 2016 erstmals auch mit der noch aktiven Guerillagruppe ELN (vgl. NUSSIO 2016: 2).

5.5 Der kurze Ruhm der *Unión Patriótica*

Die *Unión Patriótica*, kurz UP genannt, wurde 1985 im Zuge des Friedensdialoges mit Betancur ins Leben gerufen. Es handelte sich dabei um eine linksorientierte Partei, eine Kombination aus Interessen der Kommunistischen Partei und der FARC, zu deren AnhängerInnen GewerkschafterInnen, LehrerInnen, StudentInnen und Hausfrauen

zählten. Ein Funke Hoffnung, Einfluss in die Politik zu nehmen, die Zerrüttung der Eliteparteien von Konservativen und Liberalen und durch ihre nun legal verkündeten revolutionären Botschaften noch mehr SympathisantInnen zu gewinnen, ging von dieser Partei aus. (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 66; DUDLEY 2004: 4, 10, 47, 60) Sie war Inbegriff der *combinación de todas las formas de lucha* (DUDLEY 2004: 10). Die *Unión Patriótica* verkörperte beide Seiten dieser Strategie, KommunistInnen betrieben ihre Kampagnen in den Städten und versuchten die dort ansässige Bevölkerung zu mobilisieren, in den ländlichen Gebieten kämpften Selbstverteidigungsgruppen gegen die Regierungstruppen. (vgl. ebd.: 10, 56)

Während des Präsidentschaftswahlkampfes 1985 erhielt die Partei großen Zulauf aus den verschiedenen Bevölkerungsschichten. Armee und PolizistInnen fühlten sich dadurch bedroht, sie sahen die Mitglieder der UP als in Zivilkleidung gesteckte RebellInnen an, Festnahmen und Todesdrohungen folgten. FARC Führer Arenas ließ sich davon aber nicht abhalten, seine Kampagne weiterzuführen. (vgl. DUDLEY 2004: 78ff) Weiters kam es zu Anschuldigungen seitens der Opposition gegen die UP, die ihr vorwarf, die Bevölkerung durch Waffenbedrohungen zur Unterstützung zu zwingen. In Folge dessen verbot ein neu eingeführtes Gesetz Parteien, die in Zusammenhang mit bewaffneten Organisationen standen:

„Congress passed a new law that forbade parties from 'creating, maintaining, assisting or financing' armed groups ,who, even without guns, intimidate or hinder the participants in the elctoral processes" (DUDLEY 2004: 81).

Die Vorwürfe schädigten zwar den Ruf der *Unión Patriótica* und ließen Zweifel an ihrer Glaubwürdigkeit aufkommen, sie behielt aber ihren legalen Parteistatus. (vgl. DUDLEY 2004: 81)

Das blutige Ereignis des Justizpalastes, kurz vor der Verkündung des Präsidentschaftskandidaten der UP bei ihrer Nationalkonferenz, veranlasste den vorgesehenen Arenas zum Rücktritt. Die Entscheidung der Regierung und das harte Vorgehen des Militärs löste eine pessimistische Stimmung innerhalb der Partei aus. Die Vorstellung, die Parteimitglieder könnten die nächsten sein, auf diese Weise zu enden, führte dazu, die Wahlkampfstrategien noch einmal zu überdenken. (vgl. DUDLEY 2004: 84) Letztendlich kündigte sie Pardo Leal als Präsidentschaftskandidaten an, einen Anwalt, der der Kommunistischen Partei angehört hatte. Die im Jahr 1986 stattgefundene Wahl war ein großer Erfolg der UP. Innerhalb von zwei Jahren hat sie sich eine große politische Macht aufgebaut, mit Hilfe einer Vielzahl an

UnterstützerInnen des Volkes. (vgl. DUDLEY 2004: 86ff) Obwohl Barco Vargas als eindeutiger Sieger mit einem enormen Stimmenvorsprung hervorging, erzielte Pardo Leal die meisten Stimmen als linker Kandidat in der kolumbianischen Geschichte. Als Anerkennung, der von der Bevölkerung gewünschten Teilhabe der UP am politischen Geschehen, besetzte Barco Vargas 14 Bürgermeisterämter mit Mitgliedern der linken Partei und führte die Friedensverhandlungen mit der FARC fort. Außerdem konnte sich die UP bei lokalen sowie Kongresswahlen 275 GemeinderatsrepräsentantInnen, drei SenatorInnen und vier KongressrepräsentantInnen sichern. (vgl. DUDLEY 2004: 91f) Blutige Ereignisse trübten bald die Erfolge der *Unión Patriótica*, die von ihr beherrschten Gemeinden waren den Attacken des Militärs und der Paramilitärgruppen ausgesetzt (vgl. DUDLEY 2004: 108, HÖRTNER 2013: 47). Bereits im September 1986, vier Monate nach der Wahl, gab es 300 tote UP Mitglieder (vgl. DUDLEY 2004: 93). Innerhalb der Partei setzte aufgrund der Morddelikte ein Umdenken ein. Pardo Leal sprach sich gegen die doppelte Strategie „Krieg und Politik“ aus, die bis zu diesem Zeitpunkt angewendet wurde. Eine Führung der UP ohne Mitwirkung der FARC stand zur Debatte. (vgl. ebd.: 96) Nachdem die Friedensverhandlungen unter Barco Vargas abgebrochen wurden, zog die FARC wichtige Mitglieder der *Unión Patriótica* ab, um sie erneut in die Rebellengruppe aufzunehmen. Die Partei bekräftigte daraufhin die Unabhängigkeit von der FARC, in der Realität blieb diese jedoch umstritten (vgl. DUDLEY 2004: 102f).

Die staatliche Repression setzte fort, die Gründung sozialer Organisationen wurde verhindert, SympathisantInnen und UnterstützerInnen sozialdemokratisch Linksorientierter verschleppt und ermordet. Mitglieder der neu ins Leben gerufenen Partei wurden im Stundentakt ermordet. Dahinter steckten vorrangig Paramilitärgruppen, die die UP nur als Fassade von militärischen KommunistInnen, als FARC Mitglieder sah, sowie der Konservativen bzw. Liberalen Partei zugehörigen Gegner (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 67; DUDLEY 2004: 5, 11, 76; HÖRTNER 2007: 139) Gacha, einer der größten Drogenhändler zu dieser Zeit, der mit den Morden an der UP Rache an der FARC ausüben wollte, gab über 500 Tötungsaufträge. (vgl. DUDLEY 2004: 103) Er galt als der größte Feind der UP, neben Fidel Castaño, einst Anführer des Paramilitärs (vgl. ebd.: 118, 149f). Den Tiefpunkt erreichte die Partei mit der Ermordung des Präsidentschaftskandidaten Pardo Leal (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 69). Sein Nachfolger Bernardo Jaramillo galt als FARC Anhänger und Sympathisant der doppelten Strategieverwendung. (vgl. DUDLEY 2004: 128f) Durch die

wechselnden Ansichten der Führer bildeten sich innerhalb der *Unión Patriótica* im Laufe der Zeit unterschiedliche Stränge heraus. Es manifestierten sich Meinungsverschiedenheiten bezüglich der doppelten Strategie, der FARC und ihrer ausgeübten Methoden wie Entführung, Angriffe auf Pipelines und Produktionszentren etc. So kam es auch bei Bernardo zu einem politischen Umdenken, der sich mit der Zeit eher den Kritikern der FARC zuordnete, und sich von der Kommunistische Partei, weiterhin Unterstützer der subversiven Bewegung, abgrenzte. Diese innere Zerrüttung trug zur Schwächung der Partei bei. (vgl. DUDLEY 2004: 135f) Auch der neue Parteianführer wurde 1990 von einem Selbstmordattentäter, im Auftrag von Castaño, am Flughafen ermordet (vgl. DUDLEY 2004: 164, 169). Insgesamt fielen über 3.000 PolitikerInnen der *Unión Patriótica* bzw. SympathisantInnen den Bombardements auf UP Quartiere und gezielter Tötungen zum Opfer. (vgl. ebd.: 5, 80) Der Begriff „politischer Genozid“ prägte diese Ereignisse. Die Morde nahmen auch kein Ende, wenngleich die UP über keinerlei politische Macht mehr verfügt hatte. (vgl. ebd.: 11) Im Jahr 2002 gab es immer noch Opfer der Kommunistischen Partei und AnhängerInnen der *Unión Patriótica* (vgl. ebd.: 228). Obwohl sich die UP immer wieder dazu äußerte, keine Verbindung mehr zur FARC zu haben und Kritik an ihr ausübte, wurden die Linken dennoch bis zum Niedergang als Guerilla-Partei gesehen (vgl. ebd.: 165). Letztendlich löste sie sich 2002 rechtlich auf, die übrig gebliebenen AnhängerInnen und Mitglieder verteilten sich auf verschiedene politische Organisationen, andere widmeten sich wieder der FARC, die erneut durch den Entzug der politischen Teilhabe, einen Grund sah, ihren Kampf weiterzuführen (vgl. DUDLEY 2004: 166; HÖRTNER 2007: 159).

Die *Frente Social y Político* war ein weiterer Versuch ehemaliger AnhängerInnen der *Unión Patriótica*, der Kommunistischen Partei und der M-19 Bewegung im politischen Geschehen mitzumischen. Bei den Wahlen 2002 kam es abermals zu Morddrohungen und auch Ermordungen linker PolitikerInnen. (vgl. DUDLEY 2004: 209f) Die *Frente Social y Político* erhielt überraschenderweise einen Sitz im Kongress und im Senat (vgl. DUDLEY 2004: 220).

Nicht nur die FARC ergriff die Möglichkeit der legalen politischen Teilhabe, auch die Guerillagruppen EPL und M-19 gründeten linksausgerichtete politische Organisationen und Bündnisse. (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 66)

5.6 Das Pendant zur Guerilla – das gefürchtete Paramilitär

„ ... [Now] we are *autodefensa* groups, and we are fighting for the defense of honor and good of the Colombian citizens. We fight against the Communist Party, the FARC, and all the subversive groups of Colombia“ (DUDLEY 2004: 122).

Parallel zu den Friedensverhandlungen in der Regierungszeit von Betancur entwickelten sich ab 1981 paramilitärische Strukturen (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 67, 78). Die rechtliche Grundlage dafür festigte sich jedoch bereits im Jahr 1965 mit der Erlaubnis für Sicherheitsbedienstete, die Bevölkerung in Gruppen zu formieren, mit Waffen auszustatten und sie auszubilden, um gegen subversive Gruppen vorzugehen (siehe S. 37) (vgl. HÖRTNER 2007: 134).

5.6.1 Entstehungsgründe, Absichten und Vorgehensweisen

Fehlende staatliche Sicherheitseinrichtungen begünstigten das Hervorrufen dieser privat bewaffneten Gruppen, die vor allem im Auftrag von meist vermögenden Bevölkerungsschichten ihre Interessen vertraten und schützten. (vgl. HÖRTNER 2007: 27) Die Anfänge der paramilitärischen Strukturen lassen sich auf eine Kooperation zwischen ViehzüchterInnen, RegionalpolitikerInnen, Mitgliedern des Medellín-Kartells und Armee-GeheimdienstmitarbeiterInnen zurückführen. (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 67f) Sie begründeten sich im Erpressungs- und Drohungsumgang der *Guerrilleros* mit oftmals in Drogengeschäfte involvierten ViehzüchterInnen und GroßgrundbesitzerInnen. Diese hatten es satt, Steuern an die Aufständischen abzugeben bzw. in Angst leben zu müssen, entführt zu werden, sollten sie nicht Folge leisten. (vgl. ebd.: 68) Ein weiterer Vorteil für die Drogenkartelle, der aus der Kollaboration mit dem Paramilitär entstand, war die Schaffung eines rechtsfreien Gebietes, in dem es ihnen ermöglicht wurde, unter deren Obhut Kokain herzustellen. (vgl. ebd.: 82) In dieser Zeit war das Valle Medio Magdalena eines der wichtigsten Gegenden der Drogenherstellung, weshalb Land in Massen von Geschäftsinteressenten gekauft wurde. Die Präsenz von Guerillaeinheiten veranlasste die *Narcos* mit Paramilitärs zusammenzuarbeiten, um den Schutz der Laboratorien und den Vertrieb zu gewährleisten. (vgl. DUDLEY 2004.: 72f) Aufgrund der engen Verbundenheit zum Drogengeschäft, schöpften paramilitärische Organisationen zu zwei Drittel Geld aus diesem Bereich (vgl. HÖRTNER 2007: 143). Weitere Finanzierungsquellen stellten Subventionen von ViehzüchterInnen und GroßgrundbesitzerInnen dar (vgl. HÖRTNER 2013: 78).

Ihr ursprüngliches Ziel bzw. anfänglicher Zweck galt demnach der Bekämpfung und Abwehr von *Guerrilleros*, das sowohl im Interesse der DrogenhändlerInnen als auch des Staates lag. Ihre Vorgehensweise zählte zu den grausamsten und brutalsten. Sie zeichneten sich mit qualvollen Folterungen anhand von Elektroschocks und menschenunwürdigen Tötungsritualen wie Zerstückelung und Enthauptung etc. aus. (vgl. DUDLEY 2004: 70, 74) Zu ihren Methoden gehörten Drohungen, selektive Ermordungen, das „Verschwinden Lassen“ von Personen und kollektive Massaker (vgl. VELÁSQUEZ RIVERA 2007: 138). Den Paramilitärgruppen wird rund die Hälfte aller getätigten Blutbäder und die Mehrheit der Menschenrechtsverletzungen im bewaffneten Konflikt zugeschrieben. (vgl. KURTENBACH 2001a: 97; BLUMENTHAL 2001: 150) Durch immer wieder ausgeübte Massenmorde, vor allem ab dem Jahr 1987, in von Guerillagruppen stark besetzten Landstrichen, blieb die Zivilbevölkerung nicht verschont. Es handelte sich dabei um eine strategische Vorgehensweise, SympathisantInnen von subversiven Bewegungen zu ermorden, um diese zu entkräften. (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 68, 83f; HÖRTNER 2013: 74) FARC-BefürworterInnen waren durchwegs einem erhöhten Risiko ausgesetzt, Opfer des bewaffneten Konfliktes zu werden (vgl. JONSSON 2014: 100) Auf der Abschussliste der zu dieser Zeit rund 140 agierenden Paragruppen standen nicht nur AnhängerInnen der Guerilla, sondern auch zahlreiche Gewerkschaftsmitglieder. (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 82, 84; HÖRTNER 2007: 139) Im Grunde bestrafte sie aber jeden mit dem Tod, der ihnen in die Quere kam. Unschuldige Obdachlose, Prostituierte, PolizistInnen, RichterInnen, Kriminelle, StraßenverkäuferInnen etc. waren nicht ausgenommen. (vgl. DUDLEY 2004: 71).

Im Laufe des Konfliktes entwickelten sich die einzelnen paramilitärischen Einheiten sehr unterschiedlich, sodass sich ihre Funktion und Ziele verlagerten. Das Streben nach Akzeptanz als politischer Akteur entgegen der Guerillabewegungen und sozialer Organisationen ersetzte die zu Beginn verfolgte Intention der Interessevertretung unterschiedlicher AuftraggeberInnen. (vgl. HÖRTNER 2007: 138) Die dabei angewandte Strategie der Paragruppen umfasste die Schritte starke Unterdrückung der Bevölkerung, systematische Verdrängung vom Gebiet und die soziale Re-Organisation der verbleibenden BürgerInnen (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 80). Dabei geht der erste Schritt einher mit der Implementierung eines streng ausgeübten Kontrollsystems mit diversen Verboten und Einschränkungen für die Ansässigen, die zweite und dritte Phase waren verbunden mit der Besetzung politischer Ämter,

Gründung sozialer Organisationen und Einführung einer bestimmten sozialen und ökonomischen Ordnung. (vgl. ZELIK 2009: 140f) Entweder schloss sich die vorwiegend ländliche Bevölkerung der paramilitärischen Organisation zwanghaft an, bzw. untergliederte sich ihr, oder hatte aus dem Gebiet zu verschwinden. (vgl. ZELIK und AZZELINI.: 85) Die Aneignung von deren Besitztümern konnte durch die Zusammenarbeit mit lokalen PolitikerInnen und WirtschaftsakteurInnen, die sich dabei ebenfalls einen Profit herausschlügen, legalisiert werden. (vgl. KURTENBACH 2012: 5) Weitere Nebeneffekte der gewaltsamen Vertreibung stellten die Zerschlagung aufgebauter sozialer Strukturen der Guerilla, die Auflösung von Gewerkschaften und Bauernverbänden und die Kontrolle von Gemeinderäten, die zuvor von Mitgliedern der *Unión Patriótica* besetzt waren, dar. (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 85; DUDLEY 2004: 126) BürgermeisterInnen und Regierungsmitglieder wurden dabei von den Paras bestimmt und zur Wahl aufgestellt. BürgerInnen setzten sie unter Druck und drohten, die „richtige“ Wahl zu treffen. Wahlfälschung oder gar die Ermordung des Kontrahenten, der Kontrahentin waren ebenso eingesetzte Mittel an die Macht zu gelangen. (vgl. VELÁSQUEZ RIVERA 2007: 143) Die Gründung einer eigenen Partei der *Guerrilleros* wurde von den Paramilitärgruppen nicht einfach hingenommen. Im Jahr 1989 versuchten sie auf Vorschlag der ACDEGAM, es handelt sich dabei um eine Kooperation von ViehzüchterInnen und Bauern und Bäuerinnen, zusammen mit RepräsentantInnen aus Armee und Politik und DrogenhändlerInnen, ebenfalls politisch Fuß zu fassen. Mit ihrer Partei MORENA scheiterten sie im Endeffekt an ihrem wenig aussagekräftigen Parteiprogramm sowie aufgrund Uneinigkeiten innerhalb der Partei. (vgl. PEARCE 1992: 6; ZELIK und AZZELLINI 1999: 86; DUDLEY 2004: 121; HÖRTNER 2013: 46) Sie konnten aber immerhin bei lokalen Wahlen auf legale Weise sechs Bürgermeisterämter für sich gewinnen. (vgl. DUDLEY 2004: 121) Es blieb die einzige politische Offensive des Paramilitärs (vgl. HÖRTNER 2013: 46f).

5.6.2 Paramilitärgruppen, die sich einen Namen machten

Eine der bekanntesten und unter den erstgegründeten Paramilitärgruppen nannte sich MAS (*Muerte a los Secuestradores*), Tod den Entführern. Angeführt von Ochoa, einem im Drogengeschäft Beteiligten, zielten sie auf die Ermordung von *Guerrilleros* und das Ankämpfen der Entführungen ab. (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 68, 78) Sich als Privatarmee ausgebend, mit einer Mitgliederanzahl von über 2.000 Personen, war die Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen, allen voran dem Geheimdienst sowie SoldatInnen des Staatsmilitärs, bekannt, die versuchten die Kontrollübernahme der

Guerilla in ländlichen Gebieten zu unterbinden. (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 78, 101; DUDLEY 2004: 68) MAS löste eine Kette der Bildung von weiteren paramilitärischen Einheiten aus. (vgl. DUDLEY 2004: 74)

Die Castaño-Brüder Fidel und Carlos, deren Familie gleichfalls in Drogengeschäften involviert war, spielten eine bedeutende Rolle für das Paramilitär. Ihr Vater wurde von der FARC ermordet, kurz danach gründete Fidel 1988 eine nationale Paramilitär-Allianz. Die kolumbianischen Streitkräfte verbündeten sich mit seinen aufgestellten Selbstverteidigungsgruppen, die dem Staatsmilitär Schutz bei der Ausübung ihrer dreckigen Arbeit des Ermordens bot. (vgl. ebd.: 118, 144f) Mit der Aufstellung einer eigenen kleinen Armee ging Fidel Castaño selbst gegen die Guerilla, UP Mitglieder und jene der Kommunistischen Partei vor. (vgl. ebd.: 147) Die beiden Castaño-Brüder gründeten überdies eine Bürgerwehr, PEPES (*Perseguidos por Pablo Escobar*) genannt, die der Regierung unter die Arme griff, mit dem Ziel, Pablo Escobar zu ermorden. Sie pflegten eine sehr enge Zusammenarbeit mit der Polizei, welche, mit dem Fokus auf Escobar, die unzähligen Massaker der beiden Brüder ignorierte. Im Dezember 1993 gelang es ihnen, den einst mächtigsten Drogenbaron Kolumbiens zu töten. (vgl. ebd.: 196f)

Mit der Einführung der ACCU (*Autodefensas Campesinas de Córdoba y Urabá*) im Jahr 1994, die drei Jahre später als AUC (*Autodefensas Unidas de Colombia*) auftrat, wurden alle landesweit vorhandenen Paragruppen, zu dieser Zeit über 250, unter einem Dachverband zusammengefasst (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 102; HÖRTNER 2007: 143; ZELIK 2009: 109f). Sie versuchte sich mit ihrem vom Staatsapparat unabhängigen Charakter als politischer Akteur zu etablieren, was ihr in den folgenden Jahren jedoch nie vollständig gelang (vgl. ZELIK 2009: 109, 142). Carlos Castaño übernahm die Führungshand der Organisation und schaffte es, die Anzahl der Mitglieder auf ein Hoch zu treiben (vgl. DUDLEY 2004: 150). Sie übernahmen die Struktur der FARC und formierten sich in Blöcken zusammen. Das Auftreten des als Einheit gedachten Paramilitärs blieb dennoch so divers, dass Gruppierungen zum einen oftmals an die *Triple A* (Amerikanische Antikommunistische Allianz) erinnerten und als Todesschwadronen ihrer Arbeit nachgingen und sie zum anderen Zivilpatrouillen in Kooperation mit der staatlichen Armee glichen. (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 102)

5.6.3 Die Rolle der Verbündeten, Machtausweitung und Ausbreitung

Neben den Verbindungen zu DrogenhändlerInnen hatte das Paramilitär noch weitere Verbündete, die bei der Ausbreitung und zunehmenden Einflussgewinnung zur Seite standen. Ein wichtiger Partner war die ACDEGAM, ein Zusammenschluss von ViehzüchterInnen, HändlerInnen und PolitikerInnen des Valle Medio Magdalena, die sich den Gefahren und Erpressungen der FARC widersetzen wollte (vgl. DUDLEY 2004: 68; ZELIK 2009: 93). Die Organisation selbst war nicht gleichzusetzen mit einer paramilitärischen Gruppe, sie bildete vielmehr das Zentrum der Operationen der Selbstverteidigungsgruppen. Sie war Ort der Rekrutierung, Waffenlagerung, Kommunikation und medizinischen Versorgung. Durch ihre finanzielle Unterstützung, die zum Teil von Beteiligten des Drogengeschäftes subventioniert wurde, konnten Brücken, Straßen, Gesundheitszentren und Schulen, in denen eine antikommunistische und patriotische Erziehung das Umfeld bestimmten, errichtet werden. (vgl. DUDLEY 2004: 68; HÖRTNER 2013: 46) Bestätigt wurden ebenfalls die Zusammenarbeit mit der CIA und DAS, dem kolumbianischen Geheimdienst. Er ließ den Paras Informationen über GewerkschafterInnen und bedeutender Mitglieder der politischen Linken zukommen (vgl. DUDLEY 2004: 57; VELÁSQUEZ RIVERA 2007: 144). Unterstützung in der Ausbildung und vor allem im Erlernen neuer Taktiken erhielten sie primär von israelischen Söldnern. Diese lehrten sie im Bereich der Spionageabwehr, Terrorismus und Strategien der Ermordung. (vgl. DUDLEY 2004: 122f) Bei einem weiteren Unterstützer, nicht nur bei der Ausbildung von Mitgliedern und Mithilfe durch Waffenlieferungen, handelte es sich um den staatlichen Militärapparat, der eine lang anhaltende und enge Verbindung zu paramilitärischen Strukturen, bis zum Amtsantritt Uribes, pflegte (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 81; HÖRTNER 2013: 79). VELÁSQUEZ RIVERA (2007: 139) erwähnt, dass die staatlichen Streitorgane die „dreckige Arbeit“ der Ermordung linksorientierter SympathisantInnen oftmals an die Paras weiter delegierten. Von Paras getätigte Massaker, wie die von Segovia 1988 und Mapiripán 1997, bei denen kolumbianische Streitorgane zum Schutz der Arbeitsverrichtung dienten, sind Indizes dafür (vgl. DUDLEY 2004: 118; ZELIK 2009: 117). Angesichts dessen, dass es auch zu Allianzen zwischen PolitikerInnen und Paras kam, ist die vom Staatsapparat ausgehende Ignoranz außergerichtlicher Hinrichtungen und Duldung dieser Paragruppen nicht sehr verwunderlich. Die Verbindung zwischen diesen beiden Akteuren manifestierte sich beispielsweise durch die in den späten 80er Jahren angewandte doppelte Strategie von Parteimitgliedern

der Liberalen und 2006 erneut durch den Parapolitikskandal. (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 81, 105; DUDLEY 2004: 120; VELÁSQUEZ RIVERA 2009: 142; LAROSA und MEJÍA 2012: 90). Verbindungen zwischen Staatsbediensteten und paramilitärischen Organisationen wurden sowohl von Rechtsinstitutionen als auch der Regierung toleriert und vielfach keine Verfahren eingeleitet. Im Gegenteil, jene, die in diese zwiespältige Sache verwickelt waren, konnten oftmals mit hohen Posten im öffentlichen Sicherheitsdienst rechnen. (vgl. ZELIK 2009: 92f)

In Bezug auf ihre Aktionsfelder sind die Anfänge der Paragruppen im Gebiet Magdalena Medio auszumachen. Mit der Ausweitung ihrer Strukturen verbreiteten sie sich zunehmend in den Regionen Urabá, Santander und Cesar. Die FARC und ELN waren hier besonders aktiv und die Gewerkschaft stabil, weswegen es in diesen Gebieten eine große Angriffsfläche gab. (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 82; ZELIK 2009: 95) Allein im Jahr 1983 wurden rund 800 außergerichtliche Hinrichtungen im Valle Medio Magdalena verübt, mehr als die Hälfte davon von Paras getötet (vgl. DUDLEY 2004: 42). Zu dieser Zeit erfuhr das Paramilitär einen Aufschwung in Bezug auf ihre Mitglieder und Organisationsbildung, der sich aus dem von ihr missbilligten Friedensprozess unter Betancur mit der Guerilla begründete (vgl. VELÁSQUEZ RIVERA 2007: 138f). Obwohl unter Barco das Gesetz von 1965, die Grundlage der Legalisierung von paramilitärischen Gruppen, aufgehoben wurde und gleichzeitig jegliche Zusammenarbeit mit den Paras als strafbar galt, setzte sich dennoch die Kooperation mit staatlichen Institutionen, dem Geheimdienst und wirtschaftlichen Akteuren fort (vgl. HÖRTNER 2007: 138f). Nachdem dieses Verbot den Fortbestand der Paras nicht verringerte, gelang es der Regierung Anfang der 90er Jahre ein Abkommen mit ihnen zu treffen, das jenem Amnestiegesetz für die Guerillagruppen unter Betancur glich. Aufgrund dessen war die Verurteilung von DrogenschmugglerInnen oder Mördern untersagt. (vgl. DUDLEY 2004: 197) Dennoch wurde die Präsenz der Einheiten zu Ende der Regierungszeit Samper in den späten 90er Jahren in allen kolumbianischen Provinzen dokumentiert (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 165). Dieses Phänomen stand in enger Verbindung mit der zu dieser Zeit bereits vorhandenen „Legalisierung“ paramilitärischer Einheiten durch die *Convivir* Kooperativen (vgl. VELÁSQUEZ RIVERA 2007: 139). Eine erneute Hochphase erfuhren die Paras in der Zeit von Pastranas Regierungsphase über die Jahrtausendwende, in der sie so viele Blutbäder veranstalteten und neue Mitglieder rekrutierten, dass sie auf geschätzte 8.000 Mann aufstockten. Die genaue Bestimmung von KämpferInnen ist

aufgrund verschiedener Angaben, die in der Literatur zu finden sind, nicht möglich. Genannter Präsident richtete eine Organisation ein, die für die Aufspürung paramilitärischer Mitglieder zuständig war, und veranlasste den Ausschluss bedeutender Armeebediensteter, denen eine Kooperation mit Paras nachgesagt wurde. (vgl. ZELIK 2009: 122f; HÖRTNER 2013: 134) Ein großer Demobilisierungsprozess setzte sich 2002 unter Uribe in Gang. Ein Abkommen zwischen AUC und der Regierung führte zu einem Waffenstillstand und folglich zu einer Übergabe der Waffen von bis zu 30.000 KämpferInnen. Kritische Stimmen erhoben sich gegen den Prozess aufgrund der fragwürdigen Anzahl von Demobilisierten, zählte die AUC bis dato bekanntlich nur die Hälfte an Mitgliedern, der unzureichenden Verurteilungen und milden Bestrafungen von diesen Streitkräften. (vgl. HÖRTNER 2007: 267ff; ZELIK 2009: 132) Außerdem wurde der umstrittene Prozess als Legalisierung des Paramilitärs angesehen, hervorgerufen durch den weitreichenden Straferlass, die Tatsache der Legalisierung illegaler Besitzaneignungen und die Eingliederung von Paras in das staatliche Militär. Das strittige Rechtssystem in Kolumbien wurde auch hier wieder einmal seinem Ruf gerecht. Das Zugeständnis von Strafbegünstigungen war gekoppelt an das Gestehen aller verübten Taten seitens der Mitglieder. Die Tatsache, dass die Rechtsfunktionäre keine vollständigen Informationen über die Taten verfügten, zog diese Art von Abkommen ins Lächerliche. (vgl. VELÁSQUEZ RIVERA 2007: 140, 147f)

Ein weiterer Fehltritt des Staatsapparates passierte im Jahr 2006, als Verbindungen zwischen Paras und PolitikerInnen, UnternehmerInnen, Militärkräften und Mitgliedern des Geheimdienstes unter dem Skandal der „Parapolitik“ an die Öffentlichkeit kamen (vgl. VELÁSQUEZ RIVERA 2007: 142). Nicht nur der Gefolgschaft Uribes wurden Kontakte zu paramilitärischen Einheiten nachgesagt, auch dem Präsidenten selbst, der durch deren Unterstützung erst diesen Posten erreichen konnte. (vgl. ebd.: 146)

Trotz dem Demobilisierungsprozess konnte die Etablierung eines Neo-Paramilitärs nicht verhindert werden, das erneut den Kontakt zum Drogengeschäft pflegt und für eine Ausweitung ihrer Macht in bestimmten Gebieten kämpft. (vgl. HÖRTNER 2013: 197ff) Es wird von einer Mitgliederanzahl von bis zu 11.000 Personen ausgegangen. Diese Neugruppierungen sind in der Literatur oftmals unter dem Kürzel „Bacrim“ zu finden, welches für *bandas criminales* steht. Neben den Tätigkeiten im Drogenmilieu finanzieren sie sich durch den Goldabbau und Schutzgelderpressungen. (vgl. NUSSIO 2016: 3) Es sind heutzutage die Paramilitäreinheiten bzw. Bacrim-Mitglieder, die die

kolumbianische Bevölkerung noch immer in Angst und Schrecken versetzen. Auch wenn der bewaffnete Konflikt durch den Friedensvertrag zwischen FARC und Regierung beschwichtigt und entkräftet werden konnte, ist ein friedliches Zusammenleben in manchen Teilen Kolumbiens noch undenkbar. (vgl. VAN OFFEL 2017: Min. 02:18 – 02:52)

5.7 Die Unzufriedenheit der Bevölkerung

Das Zweiparteiensystem, die Nationale Front, war Auslöser für Unruhen in der Bevölkerung, die sich durch Proteste gegen die unzureichende Versorgung des Staates und Rufe nach Veränderungen ausdrückte. Dabei stellten vor allem der Landkonflikt, fehlende finanzielle Unterstützung seitens des Staates und der mangelnde Infrastrukturausbau, der sich beispielsweise durch das Nichtvorhandensein eines Wasserzuganges, einer Kanalisation, eines Elektrizitätsanschlusses und unpässierbaren Straßen zeigte, Gründe dar. Nur private Angelegenheiten von RegionalpolitikerInnen und des wirtschaftlichen Privatsektors fanden Eingang in die politische Diskussion, die Anliegen der breiten Bevölkerung blieben unbeachtet. (vgl. PEARCE 1992: 10f) Anfang der 80er kam es zu einem Erstarren sozialer Organisationen, bei denen sich vor allem Kleinbauern und -bäuerinnen einsetzten. (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 65; HÖRTNER 2013: 248) Unter diesem Berufsstand kam es immer wieder zu einer hohen Beteiligung bei den Aufständen. Protestmärsche und Massenkongresse gehörten der üblichen Ausdrucksform politischer Unzufriedenheit an. Sie setzten sich lautstark für die Probleme und Anliegen der kolumbianischen BürgerInnen ein. Die Regierung antwortete daraufhin meist mit einer Repressionswelle, die letztendlich viele soziale Bewegungen und politische Organisationen zum Fallen brachte. Gewerkschaften, Bauernverbände und politische Linke lösten sich in Folge dessen häufig auf. (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 70) Bis zum Jahr 2000 hatte sich der Zustand der Bevölkerung nur in geringem Maße verändert. Eine Wirtschaftskrise, die Unfähigkeit der Regierung bei der Maßnahmenenergreifung und überlaufene Städte erschwerten es, aus der Armut zu entkommen. (vgl. DUDLEY 2004: 169)

Neben den sozialen Angelegenheiten trug der immerwährende Konflikt ebenso zur Unzufriedenheit und zu Unruhen der Bevölkerung bei. Ereignisse, in denen Guerillagruppen und staatliche Institutionen involviert waren, speziell wird die Stürmung des Justizpalastes angeführt, riefen eine Spaltung der Gesellschaft hervor. Die Frage der Verantwortlichkeit wurde von einem Akteur auf den anderen geschoben.

(vgl. DUDLEY 2004: 86) Die Verdrossenheit in Bezug auf die Regierung lag auch an der laschen Rechtsprechung der im Konflikt beteiligten Akteure und Entschädigung der aus dem Konflikt hervorgebrachten Opfer (vgl. DUDLEY 2004: 184, 188). Menschenrechtsverletzungen standen an der Tagesordnung. Wurden diese in den 70er Jahren mit 55 % vorrangig von staatlichen Bediensteten begangen, verlagerten sich die Vorkommnisse im Jahrzehnt darauf auf paramilitärische Gruppen. (vgl. HÖRTNER 2007: 140; ZELIK 2009: 121) Laut einem Untersuchungsergebnis sind es knapp 98 % der Delikte, die ohne weitere Strafverfolgungen blieben (vgl. HÖRTNER 2007: 142). Die Regierung selbst behauptet es seien rund 40 %. (vgl. DUDLEY 2004: 187) Sofern es zu Anklagen kam, waren Strafminderungen, eine äußerst milde Höchststrafe und die Chance auf eine tatsächliche Verurteilung gering, da der Strafprozess oftmals langwierig war und schlussendlich im Sand verlief. Verbrechen wurden somit quasi unter den Tisch gekehrt und die Wahrheit kam nie ans Licht. (vgl. HÖRTNER 2013: 161) Ermittlungen, vor allem gegen hochrangige Militäroffiziere führend, wurden torpediert. Entschädigungen für Vertriebene blieben aus, Familien, die ein oder mehrere Opfer zu beklagen hatten, fühlten sich ungerecht behandelt. (vgl. DUDLEY 2004: 185) NGOs und internationale Tribunale sollen zum Einsatz kommen, um das Interesse an der Aufklärung der zahlreichen Morde und Verschwundenen zu stillen und für eine gerechte Entschädigung einzutreten (vgl. ebd.: 188f). Das Gesetz *Ley de Justicia y Paz* ging einher mit einer Amnestie der beteiligten demobilisierten Personen. Um die Gerechtigkeit für Opfer, deren Entschädigung materiellen und physischen Schadens, die Wahrheitsaufdeckung und Aufarbeitung des Geschehens zu gewährleisten, wurde eine neue Institution, *Comisión Nacional de Reparación y Reconciliación*, ins Leben gerufen. (vgl. LAROSA und MEJÍA 2012: 94)

Unter den Opfern befindet sich zum Großteil die ländliche Bevölkerung, darunter Bauern und Bäuerinnen, die es besonders schwer hatten. Sie standen zwischen zwei Fronten, zum einen der Guerilla, ihren zumindest zu Beginn Verbündeten, zum anderen dem Paramilitär, die ihre Kämpfe auf deren Gebiete austrugen. (vgl. HÖRTNER 2007: 138) Laut KURTENBACH und LUTSCHER (2015: 4) stellten das Ergebnis des über 50 Jahre andauernden Konfliktes mit knapp 6 Millionen Vertriebenen dar. Allein 1998 waren es 308.000 Personen, die aufgrund der vorherrschenden Gewalt in andere Teile Kolumbiens flüchteten. Die am stärksten betroffene Region ist Antioquia mit über 30 % Binnenflüchtlingen. (vgl. MERTINS 2001: 46f)

Prozent der von angegebenen Akteuren Vertriebenen

AkteurIn	% der vertriebenen Bevölkerung
Paramilitär	47 %
Guerillagruppen	35 %
Armee	8 %
Drogenkartelle, sonstige	10 %

Tabelle 1: Prozent der von angegebenen Akteuren Vertriebenen

(vgl. HÖRTNER 2007: 223)

In Land ausgedrückt, handelte es sich dabei um knapp 7 Millionen Hektar, die den Landbesitzern genommen wurden. Die Aufteilung des Landbesitzes ist nach wie vor ungerecht, zeigt das Ergebnis einer Studie vom Jahr 2011, knapp über 1 % aller EigentümerInnen haben 52 % der fruchtbaren Fläche zur Verfügung. (vgl. HÖRTNER 2013: 248f)

Mit welchen Entschädigungen die Opfer durch den abgeschlossenen Friedensvertrag mit der FARC 2016 rechnen können, wird im zweiten Teil der Arbeit anhand der Diskursanalyse genauer untersucht.

5.8 Die Rolle der USA im kolumbianischen Konflikt

Die USA bauten sich im Laufe der Zeit eine enge Beziehung zur kolumbianischen Regierung und der Armee auf. Das Bündnis geht zurück auf die Unterstützung Kolumbiens während des Falkland/Malvinen-Krieges und des militärischen Einsatzes in Korea. (vgl. PEARCE 1992: 12; 59; DUDLEY 2004: 34) Oberkommandant des staatlichen Heeres, General Alberto Ruiz Novoa, pflegte bereits seit 1960 einen guten Kontakt zu den USA. Bereits im Jahr 1952 einigten sich beide Staaten mit einem gegenseitigen Beistandspakt der Unterstützung. Die Finanzierung und Ausbildung von Streitkräften in den USA zog sich ab diesem Zeitpunkt durch den bewaffneten Konflikt hindurch. Zwischen 1954 und 1964 waren es rund 250 KolumbianerInnen pro Jahr, die in den Vereinigten Staaten eine Ausbildung genossen und im Vorgehen gegen Aufständische gelehrt wurden. Im Laufe der Jahre stieg die durchschnittliche Anzahl von in den USA Ausgebildeten an. (vgl. DUDLEY 2004: 34) Hilfe leistete die Regierung der Vereinigten Staaten bereits bei den Attacken der, von den Selbstverteidigungsgruppen gegründeten, unabhängigen Republiken während der *Violencia*. (vgl. DUDLEY 2004: 9) Vorrangige Interessen seitens der USA zur Mithilfe während des Konfliktes bestanden darin, jegliche kommunistische Strukturen zu

unterdrücken, die Wirtschaft in bitterarmen ländlichen Gebieten anzukurbeln, und später vor allem der Drogengeschäfte Herr zu werden. (vgl. PEARCE 1992: 63; DUDLEY 2004: 9) Da die USA den größten Drogenkonsum zu verzeichnen hatten, war der Staat im Kampf gegen die Drogen involviert und verzeichnete Interesse an deren Bekämpfung (vgl. SAFFORD und PALACIOS 2002: 339). Verstärkt wurde die Zusammenarbeit unter der Regierung Turbays, der mit der Übernahme des Terrorismusgesetzes, den USA das direkte Intervenieren in kriegerische Angelegenheiten ermöglichte (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 64). Die AUC, FARC und ELN stehen seit Jahren auf der Terrorliste der USA (vgl. DUDLEY 2004: 205). Mit der Einführung der nationalen Sicherheitsdoktrin, die auch unter dem Namen *Triple A*, Amerikanische Antikommunistische Allianz aufschien, wurde die Vernichtung aller kommunistischer Formen in den Vordergrund gerückt und stand somit eng in Zusammenhang mit der Strategie des „Verschwinden Lassens“. (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 76; DUDLEY 2004: 69) Hinsichtlich der Zusammenarbeit in punkto Drogenökonomie, kam es unter Turbay erstmals zu einem bilateralen Auslieferungsabkommen Beteiligter im Jahr 1979. Die Einmischung der US-Regierung wurde hervorgerufen durch das fehlende Vertrauen in die Regierung und das Justizsystem Kolumbiens selbst mit der Zerschlagung von Kartellen und deren Strukturen zurecht zu kommen. Mit ihrer Strategie, der Verurteilung von DrogenhändlerInnen, setzten sie gleichzeitig auf die Zusammenarbeit mit diesen Akteuren, um sich durch die Gewinnung von Informationen Vorteile im Kampf gegen das große Netzwerk zu verschaffen. Im Gegenzug erhielten kooperative Ausgelieferte Straferlässe. (vgl. PALOU et al. 2011: 21, 44, 77) Während Betancur zu Beginn seiner Amtszeit die kolumbianische Rechtsprechung vertrat, vollzog sich mit der Ermordung der Justizministerin durch Drogenbarone ein Wandel hinsichtlich der Auslieferungsthematik. US-Präsident Reagan setzte mit seinem in Kolumbien ansässigen Botschafter auf eine harte Linie der Drogenbekämpfung. Im Vordergrund standen die Beschlagnahmung von Kokain, Verfolgung der großen Drogenbarone und Zerstörung der Anbauflächen. (vgl. PALOU et al. 2011: 21f) Die Kooperation setzte in der Regierungszeit Barcos fort, während die Drogengeschäfte auf ein Hoch zusteuerten. Die staatlichen Streitkräfte erhielten erneut Waffen und Unterstützung bei der Ausbildung. (vgl. PEARCE 1992: 12) Erst im Jahr 1987 gelang dem Staat mit der Aushändigung eines mächtigen Drogenbosses an die US-Justiz ein großer Erfolg (vgl. PALOU et al. 2011: 25). Nachdem der Auslieferungsvertrag mit den USA, aufgrund von

verfassungswidrigen Vorwürfen 1986 und 1987, für kurze Zeit keine Gültigkeit besaß, wurde dieser 1989 nach dem Tod Galáns letztendlich wiedereingeführt (vgl. KERNMAYER 1991: 152; PALOU et al. 2011: 28, 36). Die neue Verfassung 1991 brachte ein Verbot der Auslieferung von Drogenbossen an die USA. Durch den von der US-Regierung ausgeübten Druck und Drohungen mit Handelssanktionen auf Präsident Samper, ließ dieser die Auslieferung von in Drogengeschäfte Involvierte nach sieben Jahren Abstinenz 1997 wieder zu (vgl. SAFFORD und PALACIOS 2002: 340; PALOU et al. 2011: 36f, 39). Die zur Jahrtausendwende, anlässlich des Friedendialoges aufgenommenen Gespräche unter Pastrana mit der US-Regierung, betrafen die Entwicklung eines weiteren Planes, des *Plan Colombia*, der sich auf die Vorgehensweise und Hilfeleistungen des Friedensprozesses bezog. Die zu Beginn vorgesehenen Absichten rückten schnell in den Hintergrund und wurden ersetzt durch Maßnahmen zur Drogenbekämpfung und Unterdrückung subversiver Gruppen sowie zur Stärkung des Militärs. Das Ausmaß der finanziellen Unterstützung belief sich auf 1,6 Milliarden US-Dollar, wobei davon nur ein geringer Teil den Friedensverhandlungen zufließt. (vgl. HÖRTNER 2007: 189f; JONSSON 2014:101) Die größten Investitionen sollten vorrangig dem Drogenkampf gewidmet werden, um aber auch gegen die Guerilla vorgehen zu können, stieg die Summe der Transferleistungen an. (vgl. DUDLEY 2004: 170) Im Zuge dieses Planes finanzierte die US-Regierung die kolumbianische Armee zwischen 2000 und 2009 mit insgesamt rund 6 Milliarden US-Dollar (vgl. HÖRTNER 2013: 130). Das Geld wandte die Regierung für die Ausbildung des Militärs, Spionageausrüstungen und Kampfhubschrauber auf. (vgl. DUDLEY 2004: 170) Der *Plan Colombia* erfüllte seine Zwecke nicht vollkommen. Der Drogenanbau wurde in andere Territorien Kolumbiens verlagert, nachdem zahlreiche Felder durch Luftangriffe zerstört wurden. Der Konsum in den USA blieb weiterhin konstant. (vgl. DUDLEY 2004: 211) Dennoch verzeichnete die Regierung unter Pastrana kleine Erfolge. 78 DrogenhändlerInnen wurden ausgeliefert, unter anderen befanden sich darunter hochrangige Barone der zwei größten Kartelle. (vgl. PALOU et al. 2011: 41) Unter Uribe begannen die Überstellungen von Mitgliedern des Paramilitärs und von ranghohen Köpfen der AUC (vgl. PALOU et al. 2011: 45, 48). Während Uribe das Präsidentenamt innehatte, kam es zu über 900 Auslieferungen, die meisten an die USA. Im Vergleich mit der Anzahl von Ausgehändigten in vorangegangenen Amtszeiten, in denen rund 10 Personen pro Jahr außerhalb Kolumbiens ein

Strafverfahren erhielten, handelte es sich dabei um eine große Masse. (vgl. PALOU et al. 2011: 73)

5.9 Das Interesse der Drogenkartelle im Konflikt

Der Drogenkrieg spielte eine bedeutende Rolle im bewaffneten Konflikt in Kolumbien. Wie bereits angeführt, galten Drogenkartelle und -bosse als weitere Beteiligte, die in dem Geflecht aus Staatsapparat, paramilitärischen Organisationen und Guerillagruppierungen zu allen drei großen Akteuren eine Kooperation vorweisen konnten. Seit den 80er Jahren aktiv, trugen sie zu zahlreichen Toten, vor allem PolitikerInnen und Zivilpersonen bei. Wie bereits im Kapitel 4.4.3 erwähnt, wurde Luis Carlos Galán, Präsidentschaftskandidat der Liberalen Partei, im August 1989 während eines öffentlichen Auftritts im Auftrag vom Medellín-Kartell ermordet. Er war nicht alleiniges Opfer. Justizministerin, der Zeitungsherausgeber des El Espectador, ein Generalstaatsanwalt und Jaime Pardo Leal, der die UP anführte, kamen ebenso ums Leben. Es handelte sich in diesem Beispiel, wie bei unzähligen anderen Blutbädern, um einen „kommerziellen Krieg“, dem RichterInnen, JustizbeamtlInne, PolizistInnen, SoldatInnen und Mitglieder der beiden Großparteien, Liberale und Konservative, unterlagen. Hintergrund dafür war, sich gegen die Aushändigung von in Drogengeschäfte verwickelte Personen an die USA zu richten und das Bewahren von Geschäftsinteressen der Kartelle. (vgl. PEARCE 1992: 5) Ein bekannter Fürsprecher des kommerziellen Krieges war der Drogenbaron Pablo Escobar, der sein vorrangiges Ziel, die Verhinderung von Auslieferungen mit der Strategie, die Regierung in Angst zu versetzen, verfolgte (vgl. KERNMAYER 1991: 152). Die Maßnahmen, die in den Regierungsperioden bezüglich der Drogenproblematik getroffen wurden, wirkten sich immer auf die Handlungen der im Geschäft verwickelten Personen aus. Die erste große Offensive, die sich gegen die Drogenkartelle richtete, geschah Mitte bis Ende der 80er. Die Zerstörung von Laboratorien, Eintreibung von Besitztümern und Festnahmen von im Drogengeschäft beteiligten Personen, nahmen die Geschädigten zum Anlass, zahlreiche Morde an RichterInnen und PolitikerInnen auszuüben. (vgl. PEARCE 1992: 12) Nach der Wiedereinführung des Auslieferungsabkommens 1989, versuchten die DrogenhändlerInnen mit der Regierung Barcos in Verhandlungen zu treten. Sie forderten die Verurteilung durch das kolumbianische Justizsystem, im Gegenzug boten sie die Übergabe ihrer gesamten Infrastruktur an sowie die Beendigung des illegalen Geschäftes. Ihr Vorhaben scheiterte an der Ablehnung der breiten Bevölkerung. (vgl. PALOU et al. 2011: 31) Infolge dessen verübte Escobar in

Vertretung des Medellín-Kartells eine Vielzahl von Angriffen, zündete Bomben in großen Städten, die mehr als 1.000 Personen das Leben kostete, ordnete unzählige Auftragsmorde an, größtenteils Betroffene waren PolitikerInnen, die seine Geschäfte zu unterbinden versuchten, hatte zahllose Entführungen, vorwiegend Prominenter, zu verantworten und war von der kolumbianischen Bevölkerung der meist gefürchtetste Mann. (vgl. DUDLEY 2004: 196; LAROSA und MEJÍA 2012: 90; HÖRTNER 2013: 89) Es war der Zeitraum, in dem der Konflikt zwischen Regierung und Drogenbaronen den Höhepunkt erreichte (vgl. LAROSA und MEJÍA 2012: 90).

Neben dem kommerziellen Krieg trat der Begriff des schmutzigen Krieges auch immer wieder in Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt auf. Dieser weist auf die Kooperation zwischen Drogenkartellen mit PolitikerInnen, Paramilitärmitgliedern, WirtschaftsakteurInnen etc. hin, deren Opfer sich auf das Proletariat beziehen. (vgl. PEARCE 1992: 5). Aus den vorangestellten Kapiteln ist folgende Schlussfolgerung bezüglich der Interessen von am schmutzigen Krieg beteiligten Akteuren auszumachen: es galt seitens der DrogenhändlerInnen der Landnachfrage, seitens des Paramilitärs der Machtausweitung und seitens des Staatsapparats der daraus resultierenden Zurückdrängung von Guerillaeinheiten. Einzelne PolitikerInnen sahen durch die Beteiligung am Drogengeschäft die Anhäufung persönlichen Reichtums gegeben.

Das Aufkommen der Drogengeschäfte ermöglichte einen raschen Aufstieg innerhalb kürzester Zeit in die Oberschicht. (vgl. PEARCE 1992: 6) Eine enge Verbindung bestand zwischen Großgrundbesitz, Viehzucht und Drogenanbau, hervorgerufen durch das begehrteste Gut, Land. Eine geringe Nachfrage und die zwanghafte Vertreibung von hunderttausenden Menschen ermöglichten den preisgünstigen Kauf von großen Flächen. (vgl. DUDLEY 2004: 99) So kam es, dass DrogenhändlerInnen über Nacht zu großen ViehzüchterInnen und GroßgrundbesitzerInnen wurden (vgl. DUDLEY 2004: 99; SAFFORD und PALACIOS 2002: 316). Die dort ländlich ansässige Bevölkerung, meist Bauernfamilien, schlossen sich den informellen Tätigkeiten oftmals an, in der Hoffnung, der Armut zu entkommen (vgl. PEARCE 1992: 9f). Dies galt auch für in Slums aufwachsende Jugendliche, die sozialer Ungleichheit ausgesetzt waren, in prekären Verhältnissen lebten und keine Perspektiven hatten. Die großen Drogenbarone und die für sie arbeitenden Paramilitäreinheiten bedienten sich vorwiegend von dieser Gruppe, die für ein paar Hundert Dollar Morde ausübten und danach selbst den Tod fanden, bzw. gleich als Selbstmordattentäter eingesetzt wurden. Sie waren unter dem

Namen *sicarios* bekannt. (vgl. DUDLEY 2004: 154; LAROSA und MEJÍA 2012: 90) Dieser Krieg hatte ein weit größeres Ausmaß an Toten und Vertriebenen zu verzeichnen als der kommerzielle (vgl. PEARCE 1992: 5).

6 Zwischenfazit

Um die ganze Problematik und das Funktionieren bzw. Zusammenspiel aller involvierten Akteure zu verstehen, sei zu erwähnen, dass es immer wieder zu Frontwechsel kam. Die Beteiligten können nicht als völlig eigenständig wahrgenommen werden, da sie häufig in Interaktion mit anderen Akteuren traten, aber auch, je nach Interesse, die Kollaborateure wechselten. Die Behauptung, *Guerrilleros* gehen gegen paramilitärische Mitglieder oder Staatskräfte vor, DrogenhändlerInnen gegen die Regierung, sind genauso unzulässig wie die Aussagen, die verschiedenen Guerillaeinheiten und DrogenhändlerInnen sowie Paramilitärgruppierungen sind eine geschlossene Organisation, die die gleichen Interessen verfolgen. Verflechtungen staatlicher Institutionen, allen voran des Geheimdienstes und des Militärapparates, aber auch PolitikerInnen mit in den Konflikt hauptsächlich verwickelten Organisationen, erschweren das Verstehen und den Durchblick des Geschehens. Im Folgenden werden nur einige der vielen Beispiele genannt, in denen die Trennlinie zwischen den Akteuren verschwimmt.

So erhielten Paramilitärgruppen von der FARC abgewandte Mitglieder, die als Deserteure fungierten, Informationen (vgl. DUDLEY 2004: 67). Die Paras, in Kapitel 4.6 als „uneheliche Kinder des Staates“ zitiert, brachten diese Bezeichnung mit einem Ereignis ins Wanken. Aufsehen erregte ein direkter Angriff auf staatliche Institutionen, der den zunehmend autonomen und unabhängigen Charakter der paramilitärischen Gruppen deutlich zum Ausdruck brachte. Eine gerichtliche Untersuchungskommission, welche Fälle von Verschwundenen aufgriff und sich mit der Aufdeckung der Geschehnisse auseinandersetzte, musste dem Tod ins Auge schauen, da Mitglieder des Paramilitärs einer Verurteilung entgehen wollten. (vgl. KERNMAYER 1991: 156; JONSSON: 2014: 99f).

Drogenbarone gingen eine Allianz mit dem kolumbianischen Militär ein, innerhalb derer sie einen Austausch von Informationen und von DrogenhändlerInnen getöteten KommunistInnen betrieben. Ebenso PolizistInnen waren involviert. (vgl. DUDLEY 2004: 103) Ein exzellentes Beispiel dafür ist der Militäranführer Henry Pérez, der vorerst keine Drogengeschäfte in seinem Gebiet duldet und hart gegen diesen Akteur

vorging. Er zählte zu jenen Personen, die sich mit der Zeit zu korrupten, geldgetriebenen, Vorteile herausschlagenden Menschen verwandelten. Er ging letztendlich eine Allianz mit Pablo Escobar und seinem Kartell ein, nutzte deren Transportmittel, Waffen und Kommunikationssysteme, um die Regionen von KommunistInnen zu säubern. (vgl. DUDLEY 2004: 74) Des Weiteren kooperierten ausgelieferte DrogenhändlerInnen mit US-Institutionen, die Informationen über das Drogennetzwerk preisgaben und so ihren „KollegInnen“ in den Rücken fielen (vgl. PALOU et al. 2011: 77).

Die normalerweise eng in Verbundenheit gebrachten paramilitärischen Gruppierungen mit DrogenhändlerInnen wandten sich gelegentlich gegen ihre „Verbündeten“ (vgl. DUDLEY 2004: 74). Die FARC, die sich teils mit dem Beschützen der Drogenproduktionsstätten Geld verdiente, ließ durch die Besetzung bzw. Beschädigung von Laboratorien, Plünderung von Waren und Diebstahl von Geld, einen Konflikt zwischen ihr und den DrogenhändlerInnen entfachen. (vgl. KERNMAYER 1991: 155; DUDLEY 2004: 101f) Auch unter den Rebellengruppen wurde um Ressourcen wie Land, Geld und Kontrolle der Gebiete gekämpft. Bekannt ist ein Konflikt zwischen EPL und FARC in der Bananenregion Urabá. (vgl. DUDLEY 2004: 129). Häufiger Auslöser war auch der Verrat und die gegenseitige Kritikausübung. (vgl. ZELIK und AZZELLINI 1999: 101)

Während einmal die DrogenhändlerInnen, gemeinsam mit ihren paramilitärischen Verbündeten, sich massiv gegen die Regierungsvorhaben stellen, kam es auch immer wieder zu Kooperationen zwischen PolitikerInnen und einzelnen Drogenbaronen. Interne Rivalitäten zwischen letztgenanntem Akteur, die aufgrund von Interessenskonflikten und Machtausweitung auf Territorien aufkamen, riefen diese Allianzen hervor. (vgl. DUDLEY 2004: 149) Bekannt wurden auch Fälle, die PolitikerInnen nicht nur mit Paramilitärgruppen und DrogenhändlerInnen in Verbindung brachten, sondern auch mit *Guerrilleros*. (vgl. LAROSA und MEJÍA 2012: 63) In den späten 90er war der Konflikt so konfus wie noch nie. FARC und ELN kämpften gegen die staatlichen Streitkräfte, die AUC gegen linke Guerillaorganisationen, das Militär bekämpfte, zumindest scheinheilig, die AUC, die Regierung stand in Konflikt mit FARC, ELN und DrogenhändlerInnen, während sie trotz alledem mit Guerillagruppen kollaborierte. (vgl. LAROSA und MEJÍA 2012: 91)

7 Aufdeckung von Macht- und Un-Machtverhältnissen im Friedensvertrag

Der vorangegangene kontextuelle Teil, die Aufarbeitung des Konfliktes, wird nun mit dem praktischen Teil, der Analyse von Machtverhältnissen anhand eines ausgewählten Textes, ergänzt. Diesem Hintergrundwissen kommt ein bedeutender Stellenwert zu, da es einerseits maßstäblich in die Analyse und Interpretation Einfluss nimmt und andererseits immer wieder Bezug zum Konfliktverlauf genommen wird.

7.1 Methode

Die Diskursanalyse befasst sich unter anderem mit der Aufdeckung und dem Sichtbarmachen von Macht- und Un-Machtstrukturen, die in einer Gesellschaft vorherrschen und in Texten ausgedrückt werden. Sie geht über die reine Interpretation und Analyse hinaus, indem versucht wird, sich die durch Sprache repräsentierte Herrschaft vor Augen zu führen. (vgl. FELLERER und METZELTIN 2008: 228f)

Es gilt zu erfassen,

„welche Wirklichkeit vom (sic!) wem wie warum für wen erfasst wird“
(FELLERER und METZELTIN 2008: 228).

Den TrägerInnen der Handlungen, in obig genanntem Zitat „vom (sic!) wem“, kommt an dieser Stelle eine wichtige Rolle zu. Sie sind es, die es ermöglichen, die mächtigen und un-mächtigen Personen einer Gesellschaft und ihr Verhalten zu rekonstruieren. (vgl. FELLERER und METZELTIN 2008: 233)

Dabei bediene ich mich eines Aktantenmodells der Macht, das in drei Typen, aufgrund unterschiedlicher Formen der Machtstrukturen, gegliedert werden kann. Der statische, modale und dynamische Aspekt von Macht.

1. Statischer Aspekt: <A + mächtig>

Mögliche Synonyme sind kräftig, reich, weise, Autorität haben. Antonyme, die auf Gegenseite zu finden sind, die Un-Mächtigen, können in diesem Fall beispielsweise die Nomina Eifersucht, Neid, Missgunst und Hass zugeschrieben werden.

2. Modaler Aspekt: <A + mögen>; <A + können>; <A + dürfen>

Da modale Verben oftmals in Verbindung mit anderen auftreten (Beispiel A darf etwas machen) sind sie für die Diskursanalyse nicht idealerweise geeignet. Dieser Aspekt drückt aber den Bezug zur Macht des Sagens aus, im Sinne von „Wer das Sagen hat, hat die Macht“ (FELLERER und METZELTIN 2008: 230). Diese Aussage hat nur begrenzte

Legitimität für den modalen Aspekt, denn wird das Sagen als ausgeübter Akt gesehen, so fällt es unter den folgend beschriebenen Aspekt.

3. Dynamischer Aspekt: <A + herrschen + über B>

Im Bereich der Synonyme finden sich befehlen, dirigieren, beeinflussen, leiten etc. Antonyme, die auf B zutreffen, können sein: ausführen, gehorchen, dienen etc. Sie weisen auf eine Abhängigkeit von B hin in Bezug auf A. Hinsichtlich von daraus schließenden Implikationen sei <A + schützen> und <A + belohnen/bestrafen> zu erwähnen. Sind B nicht mit der über sie ausgeübten Herrschaft zufrieden, revoltieren sie. (vgl. FELLERER und METZELTIN 2008: 229ff) Folgendes Aktantenmodell kann aufgestellt werden:

B + sich in einem unbefriedigenden Zustand Z1 befinden

A + verantwortlich + dass B in Zustand Z1 sein

B +wollen + dass B sich in befriedigendem Zustand Z2 befinden

B + fordern + von A + dass A Maßnahmen für Erreichung von Z2 für B treffen

A + einlenken

B + erreichen Z2

oder

A + opponieren

B + kämpfen + gegen A

B + erreichen Z2

(FELLERER und METZELTIN 2008: 231)

Mit genauer Betrachtung und in Bezug auf den Friedensvertrag kann dieses Modell auf die Problematik des Jahrzehnte andauernden Konfliktes umgelegt werden, wonach allgemein der Staat, insbesondere die Regierung, der Präsident, das Parlament, von A verkörpert wird und die FARC-Guerilla als B. Es wäre ein Trugschluss, beließe ich diese einseitige Darstellung von Machtstrukturen, indem nur A, sprich der Staat, die Herrschaft ausübt. Dies ist im Konflikt jedoch nicht der Fall, denn auch die Guerilla verfügte über Macht, die sie in bestimmten Territorien durch die Auflegung von Strukturen und Hierarchien auslebte. In diesem Falle stellt A die Guerilla und B den Staat dar. Laut FELLERER und METZELTIN (2008: 232) ist dieser Machtwechsel in heutigen Gesellschaften durchaus üblich, da Herrschaftsstrukturen komplexe, in unterschiedlichen Schichten verankerte Konstrukte darstellen.

Wichtig ist die Erkenntnis, dass eine Diskursanalyse sowohl die „Mächtigen“, also jene, die über Macht verfügen und diese auch ausüben können, und „Un-Mächtigen“, die die Folge leisten, behandelt. Die Machtgewinnung steht in Zusammenhang mit Lernen und Üben. Wird die Macht ausprobiert und glückt, so bestätigt sich die errungene Macht. Der/Die Mächtige ist gewillt, diese immer zu halten bzw. auch zu erweitern, sofern die Gegner, die Un-Mächtigen, dies nicht zu verhindern versuchen oder eine noch mächtigere Position als jene der Mächtigen forcieren. Eine Herrschaft ausüben tritt normalerweise in Zusammenhang mit einem Zeitlimit und einem bestimmten Territorium auf, ausgedrückt durch die Einführung gewisser Strukturen, die Repression nicht ausgeschlossen, und hierarchischen Ebenen. (vgl. FELLERER und METZELTIN 2008: 229ff)

7.2 Gegenstand der Forschung – der Friedensvertrag

Die Diskursanalyse erfordert die Festlegung eines Machtkontextes. Dieser wurde im ersten Teil, durch die Beschreibung und Aufarbeitung des Konfliktes seit den 1930er Jahren, intensiv dann seit den 50er Jahren ab der *Violencia*, angehalten bis in die heutige Zeit, aufgezeigt. Vorrangig beteiligte Akteure sind dabei die Guerillaorganisation FARC und die Regierung, die sich, abhängig von Zeit und Ort, in unterschiedlichen Machtstrukturen wiederfinden.

Ich habe das ausverhandelte Friedensabkommen zwischen Regierungs- und FARC-VertreterInnen „*Acuerdo Final para la Terminación del Conflicto y la Construcción de una Paz Estable y Duradera*“ ausgewählt, da dieses Dokument zum einen eine enorm bedeutungsvolle Errungenschaft dieser beiden Akteure für die gesamte kolumbianische Gesellschaft darstellt und zum anderen von höchster Aktualität ist. Es handelt sich um einen normativen deskriptiven Text, einen Vertrag, der aufgrund vorher in Frage gestellter Machtverhältnisse, die Macht neu verteilt, gestaltet und festlegt. Diese durch das Dokument veränderten Herrschaftsstrukturen führt auch KURTENBACH (2012: 4) an, hervorgerufen durch strukturelle Änderungen im Bereich der politischen Teilhabe und die offizielle Beilegung des Konfliktes.

Der Friedensvertrag entstand in den Jahren zwischen Februar 2012 und November 2016, während der Konflikt ein bereits erheblich geringeres Ausmaß angenommen hatte, aufgrund immer wieder ausgerufenen Waffenstillstände (vgl. N.N. 2016b: 1; NUSSIO 2016: 2). Die Verfassung des Textes geht auf die Notwendigkeit der Existenz dieses Dokumentes zurück, um den bewaffneten Konflikt zwischen FARC und

Regierung zu beenden. Es ist Ausdruck und Symbol des Wunsches beiderseits, in Kolumbien Frieden zu schaffen.

Bei der Veröffentlichung kam dem Medium Internet ein hoher Stellenwert zu. Das Friedensabkommen war unter anderem auf der offiziellen Internetseite der Regierung *Oficina del alto comisionado para la paz* (<http://www.altocomisionadoparalapaz.gov.co/Paginas/inicio.aspx>), der FARC-EP (<http://pazfarc-ep.org>) und der dem Frieden gewidmeten Homepage *Acuerdo de Paz* (<http://www.acuerdodepaz.gov.co>) als auch auf den Webseiten diverser kolumbianischer Zeitungsverlage zugänglich.

Die direkten VerfasserInnen des Dokumentes sind nicht genannt. Es handelt sich dabei aber um das niedergeschriebene Ergebnis von Verhandlungen zwischen RegierungsvertreterInnen und Beauftragten der FARC-EP. Die Verhandlungsbeteiligten konnten, und wurden auch beiderseits, während des Prozesses bzw. nach dem durch das Volk abgelehnten Friedensabkommen beim zweiten Verhandlungsversuch ausgetauscht. (vgl. EL ESPECTADOR 2014; BBC MUNDO 2016b). Unterschrieben wurde das Dokument vom derzeitigen Staatspräsidenten Juan Manuel Santos Calderón und vom Oberkommandant des Generalstabs der FARC-EP Timoleón Jiménez (vgl. N.N. 2016b: 310).

Der Vertrag weist weder einen expliziten Adressaten noch Rezipienten auf. Im Grunde ist er an das kolumbianische Volk gerichtet, an jeden einzelnen Bürger und jede einzelne Bürgerin, welche weitere Regierungs- und FARC-Mitglieder miteinschließt. Der Inhalt betrifft nicht nur die am Verhandlungsprozess beteiligten Parteien FARC und Regierung, sondern auch alle Opfer sowie weitere Akteure des Konfliktes, wie Mitglieder des Paramilitärs oder im Drogengeschäft tätige Personen und im weitesten Sinne alle kolumbianischen BürgerInnen.

Bei der Suche nach der Textreferenz stehen Situation und Ereignisse, die Auslöser für die Entstehung des Textes waren, im Vordergrund. Dabei setze ich mich mit der Frage, welche Handlungen vorangegangen waren, auseinander. (vgl. FELLERER und METZELTIN 2008: 249) Auslöser war die Ankündigung bzw. Zustimmung von Präsident Santos im Jahr 2012, Friedensverhandlungen mit der Guerillaorganisation FARC einzugehen (siehe Seite 43). Das erste Zusammentreffen zwischen den beiden Akteuren beim *Encuentro Exploratorio* in Havanna, Kuba, zwischen 23. Februar und 26. August 2012, verlief positiv und brachte die Vorgehensweise der Verhandlungen, festgelegt im *Acuerdo General para la Terminación del Conflicto y la Construcción de*

una Paz Estable y Duradera, hervor. Nach diesem Schritt wurde am 18. Oktober 2012 in Oslo, Norwegen, der *Mesa de Conversaciones* eingerichtet, später aber nach Havanna verlegt, wo bis zur Entstehung des aktuellen Friedenabkommens weiterverhandelt wurde. Wie bereits bei der Aufarbeitung des Konfliktes erwähnt, kam es zu einem ersten *Acuerdo Final Para la Terminación del Conflicto y la Construcción de una Paz Estable y Duradera*, der am 24. August 2016 von den Verhandlungspartnern unterzeichnet wurde, durch eine Volksbefragung von den BürgerInnen jedoch abgelehnt wurde (vgl. N.N. 2016b:1).

7.2.1 Strukturanalyse des Textes

Es gilt die Oberfläche des Textes zu beschreiben und behandelte Themen aufzudecken, die diskursiviert werden. Die Analyse befasst sich mit den Fragen, ob der Text in verschiedene Elemente aufgeteilt werden kann, wie der Text gegliedert ist, welche Funktion die Unterpunkte der Gliederungen erfüllen und ob ein logischer, nachvollziehbarer Aufbau vorhanden ist. (vgl. FELLERER und METZELTIN 2008: 245, 247)

7.2.1.1 Themen

Es wurde über sechs große Angelegenheiten zwischen FARC und Regierung verhandelt, die im Friedensabkommen Gestalt annehmen. Im Hauptteil wurden folgende Punkte thematisiert, die jeweils einem Teilabkommen entsprechen:

1. Landreform/ländliche Entwicklung
2. Demokratische Öffnung/Politische Partizipation
3. Ende des Konfliktes
4. Illegale Drogen
5. Opferentschädigung
6. Implementierung, Verifizierung und Gegenzeichnung des Vertrages

Die Inhalte, Punkt 1, 2, 4 und 5 finden sich im ersten Teil der Arbeit, bei der Aufarbeitung des Konfliktes, wieder. Darunter bekannte Anliegen der Guerillaorganisation, die am Land lebende Bevölkerung und ihre prekäre Situation und die immer wieder erwähnten Forderungen der politischen Teilhabe. Die Thematisierung der Drogenwirtschaft, gegen die die Regierung seit Jahren ankämpft und die aus dem bewaffneten Konflikt hervorgetretenen Opfer von Raub, Vertreibung, Mord und sonstigem. Punkt 3, das Ende des Konfliktes, stellt das gesetzte Ziel der Verhandlungen dar, das mit einer genau beschriebenen Abhandlung mit Zeitlimits, und

der Beantwortung der Frage, durch welche Vorgehensweise der Konflikt zu einem Ende kommen kann, einen großen Teil des Abkommens umfasst. Der weitreichende Umfang der Themen, die Jahrzehnte lang der kolumbianischen Bevölkerung Leid und Krieg bescherten und im Mittelpunkt des Konfliktes standen, und die explizite Behandlung dieser Themen drücken die Relevanz des Dokumentes aus.

Die Intention der Diskursivierung dieses Machtkontextes anhand der Inhalte begründet sich vorrangig, auf der Makroebene betrachtet, in der Beilegung der von der FARC ausgeübten (illegalen) Tätigkeiten, in der miserablen Lage der ländlichen Bevölkerung, im Kampf gegen die Drogenwirtschaft, in der Unzufriedenheit der Opfer und im Widerstand gegen bestehende politische Verhältnisse. Die Mikroebene erlaubt eine noch exaktere Themenfeststellung, in Anbetracht der Untergliederungspunkte der Hauptthemen. Im Punkt 1 spielt die Frage der Gerechtigkeit, der Nachhaltigkeit und Umweltfreundlichkeit, der Befriedigung von Grundbedürfnissen und der Zusammenarbeit im landwirtschaftlichen Bereich eine große Rolle. Der Diskurs der demokratischen Öffnung impliziert die Themen Sicherheit bei der Machtausübung, Respektierung der demokratischen Rechte von BürgerInnen, Reformierung des politischen Systems und Einbezug bisher ausgeschlossener Bevölkerungsgruppen im Politikgeschehen. Punkt 3 beinhaltet, neben den administrativen und logistischen Prozessen der Waffenübergabe, die Wiedereinführung der FARC-Mitglieder in die Gesellschaft und die Bekämpfung von Gruppierungen, insbesondere paramilitärischer Neo-Organisationen, die den Frieden stören könnten. Die Eingliederung geht einher mit der Frage der Chancengleichheit und der Teilhabe am Gesellschaftsleben. Die Diskursivierung des Neo-Paramilitärs begründet sich in der Sicherheitsgefährdung. Die Drogenthematik wird im Kontext eines Gesundheits- und Arbeitsdiskurses geführt. Sicherung der Lebensexistenz durch Alternativproduktion und Sensibilisierung in Bezug auf Gesundheitsrisiken nehmen eine bedeutende Rolle ein, die in Folge die Reduktion der Drogennachfrage nach sich ziehen soll. Bei der Opferentschädigung steht klar die Aufklärung der Taten und Geschehnisse im Vordergrund. Recht auf Wahrheit, Recht auf Verabschiedung, im Sinne von Übergabe der Überreste Angehöriger, Gerechtigkeit, Toleranz sind nur einige Themen, die damit in Verbindung stehen. Die Auseinandersetzung mit der Implementierung der Maßnahmen und Überwachung des Prozesses impliziert die Frage nach der Transparenz, der Effektivität, der Schaffung von Vertrauen seitens der Bevölkerung und der Absicherung durch internationale Instanzen.

7.2.1.2 Textoberfläche

Das Dokument besteht aus 310 Seiten, die sich in folgende drei Bestandteile zerlegen lassen:

- Vorwort und Einleitung, von Seite 1 bis Seite 9;
- Hauptteil, der sich aus sechs Hauptthemen zusammensetzt, die verhandelt wurden, von Seite 10 bis Seite 218;
- Protokolle und Anhänge, inklusive weitere abgeschlossene Abkommen und gesetzliche Vereinbarungen zwischen den beiden Verhandlungsakteuren und Unterschriften, von Seite 219 bis Seite 310

Nur den Hauptteil charakterisiert eine dezimale Gliederung mit sechs Hauptabschnitten, welche die zentralen Themen darstellen. Diese wiederum weisen alle jedoch zahlreiche Unterabschnitte mit vielen weiteren Unterabschnitten auf. Dabei wird maximal bis zur fünften Stufe untergliedert (Beispiel aus dem Vertrag: 5.1.3.4.1 *Medidas de recuperación emocional a nivel individual*). Zur Veranschaulichung ist diese von mir niedergeschriebene Gliederung im Anhang zu finden.

Die Funktion der Unterpunkte zielt vorrangig auf die Vertiefung des ranghöheren Abschnittes ab. Es geschieht immer dann eine Unterteilung in Unterpunkte, sofern der Oberabschnitt zwei oder mehr voneinander unabhängige Unterthemen umfasst. Diese Aussage ist jedoch nur bedingt veritabel, da es drei Mal auf Ebene 4 und ein Mal auf Ebene 3 nur zu einem Unterpunkt kommt. Die Überschriften sind oft so gewählt, dass sie bereits einen guten Über- und Einblick in die Thematik geben. Durch die Untergliederungen gehen die Überschriften immer mehr in die Tiefe und werden begrenzter. Die zweite Ebene (Beispiel 1.1) übernimmt in den Teilabkommen 1 und 2 eher die Funktion der Überblickgabe auf die Unterpunkte und ist meist nicht mit einem weiterführenden Text versehen. Diese Funktionsübernahme kommt auf Ebene 3 ebenfalls häufig vor, unter der Voraussetzung, dass eine weitere Untergliederung erfolgt.

Bei Teilabkommen 1, 2, 4, 5 und 6 erfolgt auf Ebene 1 eine ausführliche Einführung, die Überblick über das Thema verschafft und Prinzipien und Ziele erklärt. Bei Thema 3 entfällt dies, da hier die zweite Ebene (vor allem ersichtlich in 3.1 und 3.4) eine große Rolle spielt und die Funktion von Ebene 1 übernommen wird, mit einer Einführung und beidseitigen Erklärung der Verhandlungspartner ihrer Einigungen und Vorgehensweisen. Das kann auf die Tatsache zurückzuführen sein, dass es sich bei

3.1 und 3.4 um kleinere Abkommen innerhalb des Teilabkommens Ende des Konfliktes handelt.

In Bezug auf den Aufbau und die Anordnung der Themen scheint kein Wert auf einen chronologischen Ablauf gelegt worden zu sein. Weder der Zeitpunkt der Teilabkommensabschlüsse, noch die notwendige Reihenfolge der Durchführung und Implementierung der Verträge scheinen eine Rolle zu spielen. Der Aufbau des Dokumentes würde eine andere Gliederung ergeben, hätten diese Merkmale Einfluss genommen. Beispielsweise ist das Teilabkommen die *Victimas* betreffend bereits im Dezember 2015 ausverhandelt worden, während *el fin del conflicto* ein halbes Jahr später unterzeichnet wurde (vgl. TELESUR 2015; BBC 2016a). Eine andere Ordnung hätte sich auch ergeben, wenn die Abkommen nach einer chronologischen Durchführung gegliedert worden wären. Punkt 3 stünde an erster Stelle, denn ohne das Ende des Konfliktes, könnten die weiteren Abkommen nicht eingehalten werden. Die Logik der Anordnung scheint in der Wichtigkeit der Themen zu finden sein. Eine nachvollziehbare Gliederung ergibt sich, wenn das Gewicht der Themen, aus Sicht der Verhandlungspartner, ins Auge gefasst wird. So steht an vorderster Stelle der bedeutendste und zugleich umstrittenste Punkt, die Landreform, gefolgt von der Neugestaltung des politischen Umfeldes, und schließt mit einem formalen, administrativen Punkt, der Implementierung und Verifizierung der ausgehandelten Teilabkommen, ab.

7.2.2 Diskursanalytische Interpretation von Machtverhältnissen

Die vorangegangene Analyse des Textes soll im finalen Schritt durch die Interpretation des Textes seine Funktion aufdecken (vgl. FELLERER und METZELTIN 2008: 250). Dabei sind folgende Fragen wesentlich:

- Wer sind die angesprochenen Mächtigen?
- Was wollen/sollen die Mächtigen tun, wie wollen/sollen sie handeln und sich positionieren? (Perspektive der momentan Mächtigen)
- Wer sind die angesprochenen Un-Mächtigen?
- Was tun/in welchem Zustand befinden sich die Un-Mächtigen?
- Was wollen/sollen die angesprochenen Un-Mächtigen tun, wie sollen sie handeln und sich positionieren?
- Welche neuen Machtverhältnisse/Ordnung werden von aufkommenden Eliten suggeriert, offeriert? (Perspektive der Un-Mächtigen, der noch nicht Mächtigen) (FELLERER und METZELTIN 2008: 250)

Um die genaue Analyse der Machtverhältnisse zu gewährleisten, ist es von Bedeutung, die verschiedenen Themen, die durch Argumente gefestigt werden, in Verbindung mit Macht und Un-Macht zu setzen. Kann die Macht aufrechterhalten werden, wird sie in Frage gestellt oder gar verändert? Das Beantworten dieser Frage steht im Vordergrund der Analyse. Außerdem soll den Gruppen, die möglicherweise durch Stereotype zur Macht bzw. Un-Macht beitragen, Aufmerksamkeit geschenkt werden. In engem Zusammenhang stehen hier Wortspiele wie Metaphern, Symbole, Wiederholungen bzw. semantische Felder etc., die als Strategien dienen können, um Macht zu verstärken oder zu relativieren. (vgl. FELLERER und METZELTIN 2008: 251)

Eine diskurtheoretische Interpretation des gesamten Textes des *Acuerdo Final* würde den Rahmen der Diplomarbeit sprengen, weswegen ich mich dazu entschlossen habe, nur das Teilabkommen *Hacia un Nuevo Campo Colombiano: Reforma Rural Integral* hinsichtlich seiner Macht- und Un-Machtverhältnisse aufzuarbeiten. Die Entscheidung traf ich aus zweierlei Absicht. Zum einen, da es sich dabei um den schwierigsten und zugleich wichtigsten Verhandlungspunkt zwischen Regierung und FARC-Guerilla handelt (vgl. HÖRTNER 2013: 260, 266). Zum anderen, da meiner Einschätzung nach, Machtstrukturen hier am stärksten in Frage gestellt und neu geordnet werden. Dies geschieht auf zwei Ebenen. Der erste Schritt besteht in der Herausarbeitung von Machtstrukturen zwischen den im Text vorkommenden Aktanten Regierung und Aktanten ländliche Bevölkerung. Als zweite und zusätzliche Analyse stellt sich die Frage der Einflussnahme der Verhandlungspartner, die sich im Dokument widerspiegelt. In diesem Fall treten die beiden Akteure Regierung und FARC in den Vordergrund der Analyse. Da Verhandlungen immer eingebettet sind in einen Kontext von Macht- und Un-Machtverhältnissen, scheint die Analyse auf zweiter Ebene genauso interessant zu sein. Ergebnis der Verhandlungen des unter Punkt 1 Geregelt ist das Teilabkommen über den Strukturwandel der ländlichen Gebiete durch Reformen. Welcher Verhandlungspartner hier den größeren Einfluss ausüben konnte bzw. welche Macht- und Un-Machtstrukturen im Ergebnis herauszulesen sind, stehen im Vordergrund. Durch die Ausübung von Macht, welche in diesem Rahmen mit der Einflussnahme der Akteure gleichzusetzen ist, verändert sich das Machtgefüge der gesamten Nation grundlegend. Sie bringt Auswirkungen auf die kolumbianische Bevölkerung mit sich, was wiederum bei der Analyse auf erster Ebene zum Vorschein kommt.

Als Hilfestellung und nützliches Werkzeug für den zweiten Schritt dient mir zum einen der *Acuerdo Final*, das erste Friedensabkommen, das im August veröffentlicht wurde, zum anderen das *Programa Agrario de los Guerrilleros de la FARC-EP*, das unter vielen weiteren der FARC Zugehörigen von MANUEL MARULANDA und JACOBO ARENAS im Juli 1964 proklamiert und im Zuge der 8. Konferenz 1993 angepasst und abgeändert wurde (vgl. FARC-EP 1993). Durch den Vergleich beider Friedensabkommen ist es mir möglich, eventuelle Verschärfungen oder Zusprüche von Verhandlungspunkten herauszufinden. Dadurch soll mir die Rekonstruktion von dahinter verborgenen Machtverhältnissen und das Aufzeigen dieser gelingen. In Bezug auf das zweite Dokument, das Agrarprogramm der FARC, das die Grundforderungen und Ideen der Revolutionären widerspiegelt, erleichtert dieses Programm die Ermittlung der Machtposition der FARC im aktuellen Friedensvertrag, insbesondere in dem von mir analysierten Teil, in dem die landwirtschaftlichen Reformen behandelt werden. Mit Hilfe der mir zugänglichen Dokumente und außerdem durch die Aufarbeitung der Konfliktgeschichte, konnte ich eine Einsicht in die Position von FARC und Regierung gewinnen, die das Nachvollziehen meiner Interpretationen in der Analyse erlaubt.

7.2.2.1 Erste Ebene: Aktant Regierung und Aktant ländliche Bevölkerung

In Bezug auf das erste Thema *Reforma Rural Integral* kann folgendes Aktantenmodell aufgestellt werden, mit dem Aktanten Regierung (A) = die Mächtigen, und dem Aktanten ländliche Bevölkerung (B) = die Un-Mächtigen:

<A + mächtig>, <A + Autorität haben> und <B + schwach>, <B + machtlos>, <B + arm>

Es handelt sich dabei um statische Aspekte von Macht. Des Weiteren können die Herrschaftsstrukturen wie folgt aufgereiht werden:

B + sich in einem unbefriedigten Zustand Z1 befinden

A + verantwortlich + dass B in Zustand Z1 sein

B + wollen + dass B sich in befriedigendem Zustand Z2 befinden

B + fordern + von A + dass A Maßnahmen für Erreichung von Z2 für B treffen

A + einlenken

B + erreichen Z2

Die Un-Mächtigen befinden sich in prekären Lebensumständen. Wie auch im Punkt 5.7 die Unzufriedenheit der Bevölkerung und Punkt 3 ein Land der sozialen

Ungleichheit in dieser Arbeit erwähnt, ist der Infrastrukturausbau in manchen ländlichen Teilen Kolumbiens nur sporadisch vorhanden. Diese Territorien sind mit einer in ärmlichen Verhältnissen lebenden Bevölkerungsschicht gekennzeichnet, die zugleich oft Opfer von Raub und Vertreibung vom eigenen Grund und Gut sind. Im Grunde fordern und verlangen sie staatliche Unterstützung, Hilfe und Beachtung. Auch diese Bevölkerungsgruppe soll Einbezug in die politische Debatte erhalten, es soll auf sie Rücksicht genommen und sie sollen als gleichberechtigte BürgerInnen anerkannt werden.

Es wird an die Mächtigen, die Regierung, die staatlichen Institutionen im Allgemeinen appelliert. Es liegt in deren Hand, die Wünsche und Forderungen zu erfüllen bzw. zu verweigern.

Die zuvor als Einheit beschriebene ländliche Bevölkerung kann, aufgrund der immer wieder vorkommenden Unterteilungen im Textausschnitt des *Acuerdo Final*, wie folgt aufgeteilt werden:

- GemeindebewohnerInnen (*comunidades [hombres y mujeres]*)
- am Land lebende Frauen (*mujeres rurales*)
- Bauernstand und Klein- und Mittelbetriebe (*economía campesina, familiar y comunitaria; pequeños y medianos productores y productoras*)

Im Folgenden wird einzeln auf diese Bevölkerungsgruppen eingegangen.

Die *comunidades* werden großteils in Zusammenhang mit der Beteiligung und Mitwirkung an/bei etwas erwähnt. Ihnen kommt ein gewichtiges Mitspracherecht bei der Entwicklung der ländlichen Regionen und ihrer Lebensgestaltung zu. Dies wird bereits am Beginn des Textes, im dritten Absatz erwähnt, und tritt mehrfach den gesamten Text hindurch bei den Unterpunkten explizit auf. Die Wichtigkeit der Mitwirkung der GemeindebewohnerInnen wird unterstrichen mit dem festgelegten Prinzip der *participación*, welches unter dreizehn weiteren Prinzipien besondere Beachtung erhält.

Participación: la planeación, la ejecución y el seguimiento a los planes y programas se adelantarán con la activa participación de las comunidades – hombres y mujeres –, que es además garantía de transparencia unida a la rendición de cuentas, a la veeduría ciudadana y a la vigilancia especial de los organismos competentes. (N.N. 2016b: 13)

In Anbetracht des Prinzips wird den *comunidades* ein großer Einflussbereich gewährt. Neben der Planung sind Ausführung und Überwachung der entworfenen Pläne und Programme miteingeschlossen. Dabei fällt das Adjektiv *activa* auf, das ein Hinweis auf selbst handeln, Vorschläge/Ideen bringen, mitwirken, etwas tun/in die Hand nehmen ist. Im Gegensatz zur passiven Partizipation, die zwar mit der physischen Anwesenheit verbunden ist, nicht aber in Zusammenhang mit der geistigen Anstrengung stehen muss. Ein weiteres Wort, das Macht widerspiegelt, ist *garantía*. Die GemeindebewohnerInnen sind Akteur der Teilhabe und die Teilhabe ist wiederum gleichgesetzt mit Garantie, weshalb Garantie wiederum GemeindebewohnerInnen verkörpert. Die *comunidades* sind Garant und als solcher Träger von Verantwortung, Sicherung und Erhaltung. Sie selbst sollen Zeuge sein von den von ihnen angestrebten Umsetzungsvorstellungen und die Überwachungsfunktion der staatlichen Organe, die ebenfalls bei den Plänen und Programmen mitwirken, übernehmen. Diese ihnen zugesprochenen umfangreichen Aufgaben, welche einhergehen mit Macht, werden im Laufe des Textes auf unterschiedliche Weise verringert oder eingegrenzt. Das Prinzip spielt zwar zweifelslos eine große Rolle im Text, das Ausmaß der Beteiligungszusprüche und -formen scheint aber in Wirklichkeit geringer, als im Prinzip beschrieben worden ist.

Im dritten Absatz, in der Einführung in die Thematik, wird den *comunidades* eine bedeutende Rolle zugeschrieben (*desempeñan un papel protagónico*, S. 10), die allein mit einem intensiven Machtgewinn in Verbindung gesehen werden kann. Denn wenn jemand die Funktion der Hauptrolle einnimmt, liegen die Mitsprache und Entscheidungstreffung nahe. In diesem Fall wird von ihnen erwartet bzw. verlangt, sich nicht nur mit den eigenen Lebensbedingungen (hier als ländliche Einheit angenommen = der Gemeinde wohlwollend) auseinanderzusetzen, sondern auch mit der Frage der allgemeinen Entwicklung Kolumbiens. Dies impliziert die Anerkennung der Zivilbevölkerung, oftmals als kleine, unscheinbare, machtlose Einheit angesehen, als einen politischen Akteur, deren Meinung und Ideen sehr wohl Einbezug in die Gestaltungsmöglichkeiten der Nation erhält. Diese Positionseinnahme als Hauptakteur kommt im Text ein zweites Mal vor, wo die Organisationen der GemeindebewohnerInnen als *actores de primera línea de la transformación* (S. 22) bezeichnet werden.

Weiters kommen folgende Begriffe in Verbindung mit den *comunidades* im Text vor, die ebenso mit einem größeren Machtzuwachs und politischem Mitbestimmungsrecht konnotiert sind und dem Prinzip der *participación* am nächsten sind:

[...] dependen en gran medida de la promoción de una amplia participación de las comunidades (S. 11), La participación es así mismo garantía de una mayor inclusión de las comunidades rurales [...] (S. 11), [...] la intervención participativa de las comunidades en la resolución de conflictos (S. 18), [...] en respuesta a las iniciativas de las comunidades (S. 21), [...] con el concurso de la mano de obra de las comunidades de la zona (S. 32), [...] El establecimiento de consejos departamentales y municipales de alimentación y nutrición, con representación del Gobierno y amplia representación de la sociedad y las comunidades (S. 34)

Die Be- und Zuschreibungen, mit denen die *comunidades* in Verbindung gesetzt werden, bewirken, dass dieser Akteur eigenständig, mit Macht ausgestattet, entscheidungsfähig, beinahe dominant wahrgenommen wird. Es scheint, als ob die *comunidades* einen höheren Stellenwert und Position gegenüber dem zweiten Akteur, politischen RepräsentantInnen, innehaben. Die wichtige Rolle, die sie einnehmen, wird verstärkt durch die Vorstellung der Abhängigkeit ihrerseits, der von ihnen ausgehenden Interventionen und durch die implizierte Freiheit bei der Ergreifung von Initiativen, die als solche von der Regierung anerkannt und unterstützt werden. Das Adjektiv *amplia*, welches mit dem Hauptwort *participación* und *representación* vorkommt, verstärkt den Eindruck der *comunidades* als wichtigen, einflussreichen, machtvollen Akteur.

Dieser beträchtliche Machtanspruch wird jedoch des Öfteren im Text relativiert durch den Auftritt des zweiten Akteurs, politischer RepräsentantInnen bzw. der Regierung. Nachstehende aufgelistete Wortgruppen räumen den GemeindebewohnerInnen stets noch einen Machtaspekt ein und werden zum Teil als Entscheidungs- und Mitbestimmungsträger wahrgenommen, rufen aber die Vorstellung der Vorherrschaft regierender Akteure hervor:

Las instancias de participación que contarán con representación equitativa de hombres y mujeres y de las autoridades territoriales (S. 18), concertado con las comunidades (S. 20, 21), reconocimiento y promoción de las organizaciones de las comunidades (S. 22), de acuerdo con las particularidades de las comunidades (S. 25, 27)

Ein weiteres Beispiel aus dem *Acuerdo Final* ist das Zugeständnis aktiver Beteiligung und Mitwirkung der *comunidades* bei der Einführung einer höheren staatlichen Instanz. Die Instanz ist für die Erarbeitung von Grundzügen einer nachhaltigen, umweltfreundlichen, dem Gemeinwohl entsprechende Bodenbewirtschaftung zuständig. Diese aktive Rolle wird durch die letztendliche Entscheidungsdistanz, die die *autoridades locales* innehaben, relativiert. (vgl. N.N. 2016b: 18)

Es scheint der modale Aspekt von Macht aufzutreten, <B + wollen/mögen>, zusammen mit dem statischen Aspekt <A + Autorität haben>, <A + entscheiden>. Die *comunidades* können zwar ihre Ideen und Meinungen preisgeben, letztendlich entscheidet jedoch die Regierung, staatliche RepräsentantInnen, ob sie auch angenommen und durchgesetzt werden. Diese Entscheidungsmacht der politisch regierenden Akteure kommt im Text immer wieder zum Ausdruck. Sie lässt die GemeindebewohnerInnen in den Hintergrund rücken und minimiert ihre Rolle als machtvollen Akteur:

Seleccionadas por la autoridad administrativa competente, con la participación de las comunidades locales (S. 15), el Gobierno adecuará un plan de formalización masiva y adelantará las reformas normativas y operativas pertinentes, garantizando la participación de las comunidades (S. 16), [...] instancias en los distintos niveles territoriales, para garantizar la participación ciudadana en el proceso de toma de decisiones por parte de las autoridades competentes (S. 22).

Nicht alle Textstellen, in denen die *comunidades* vorkommen, wurden hier aufgezeigt. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass den GemeindebewohnerInnen ein großes Mitspracherecht bei der Planung zugesprochen wird. Dies ist ersichtlich aus der Anzahl der Unterpunkte, die diese Art von Partizipation anführen. Eine enorme Einschränkung der im Prinzip verankerten Aufgaben betrifft die Durchführung und Verfolgung der Umsetzung. Obwohl im Punkt 1.2.4 *Mécanismos de participación* folgendes manifestiert ist: „Asegurar la participación comunitaria en la ejecución de las obras y su mantenimiento” (N.N. 2016b: 23), das sich auf die Vorhaben der Nationalen Pläne bezieht, ist nur in folgenden Punkten die aktive Ausführung und Überwachung durch die *comunidades* zu finden:

1.3.1.1 *Infraestructura vial,*

1.3.2.3 *Vivienda y agua potable,*

1.3.3.2 *Asistencia técnica.*

Vier weitere Beispiele, die unter Mitwirkung der GemeindebewohnerInnen erfüllt werden sollen, jedoch außerhalb dieser Nationalen Pläne vorkommen, betreffen zum einen die Überwachung der Landspekulationen (S. 15) sowie des Katastralsystems (S. 19) und zum anderen die Durchführung, die sich in der Auserwählung der *Zonas de Reserva Campesina* (S. 21) und in der Erarbeitung einer territorialen Diagnose zeigt (S. 22).

Die Grundargumentation für die Partizipation der *comunidades* wird auf Seite 23 erwähnt:

Los mecanismos de participación [...] buscan fortalecer la participación ciudadana en las decisiones que los afectan en el marco de la Constitución, impulsar la asociatividad solidaria y vigorizar la democracia local; [...] (N.N. 2016b: 23)

Der Machtzuspruch an die vorher Un-Mächtigen *comunidades* wird legitimiert durch die Anerkennung der ländlichen Bevölkerung als entscheidungsfähigen, politischen Akteur und soll zur Stärkung der Demokratie beitragen.

Bei der Analyse der Machtverhältnisse bezogen auf die zweite Untergruppe der ländlichen Bevölkerung, kommt den am Land lebenden Frauen im Text ebenfalls ein besonderer Stellenwert zu. Sie werden zusätzlich zur *comunidad*, die Männer und Frauen betreffen, häufig gesondert erwähnt. Dieser Bevölkerungsgruppe wird das Prinzip *Igualdad y enfoque de género* (S.12) gewidmet, das Ausdruck von Anerkennung der Frauen als gleichberechtigte Bürgerinnen ist (*mujeres como ciudadanas autónomas, sujetos de derechos que tienen acceso en condiciones de igualdad [...]*) und die Wichtigkeit der Thematik hervorhebt. Des Weiteren wird im Text vielfach auf das Mitsprache- und Teilnahmerecht von Frauen bei der Entwicklung von Programmen, Bestimmung der Prioritäten und Überwachung der Ausführung von Plänen in den dafür geschaffenen Diskussionsräumen Bezug genommen.

Ihnen wird ebenso wie den *comunidades* eine wichtige Rolle verliehen: *rol productivo y reproductivo* (S. 11), *papel fundamental en el desarrollo y la economía rural* (S. 11), *papel fundamental de las mujeres rurales en la contribución a la satisfacción del derecho a la alimentación* (S. 33)

Im Kontext der Gleichberechtigung eingebettet, verhelfen diese Zuschreibungen zur Stärkung der Frauenposition in der Gesellschaft. Die bloße Feststellung oder Anerkennung der Frauen als wichtiges Mitglied der Gemeinschaft nützt dennoch nichts, solange keine konkreten Maßnahmen gesetzt und Unterstützung angeboten

werden, damit die am Land lebenden Frauen auch wirklich Teil des politischen Geschehens werden und aktiv daran teilnehmen können. Im Textabschnitt manifestieren sich vier Formen der von der Regierung initiierten Beihilfe: finanziell (S. 15), beratend (S. 18), sozial (S. 26, 27, 33) und physisch (S. 15). Es handelt sich dabei um

Medidas específicas [...] para que se implementen teniendo en cuenta las necesidades específicas y condiciones diferenciales de las mujeres, de acuerdo con su ciclo vital, afectaciones y necesidades. (N.N. 2016b: 12)

Die Notwendigkeit der Implementierung spezifischer für Frauen angepasster Maßnahmen ergibt sich aus der ungleichen gesellschaftlichen Stellung ihrerseits. Sie ist kritisch als schwaches, dem Mann nachgestelltes und nicht auf gleicher Höhe positioniertes Glied in der Gesellschaft dargestellt. Beispiele dazu finden sich im Text: [...] *condiciones sociales e institucionales que han impedido a las mujeres acceder a activos productivos y bienes públicos y sociales (S. 12), [...] superar los obstáculos que afrontan las mujeres rurales para la formalización de la propiedad (S. 16), [...] superar las barreras que dificultan el reconocimiento y protección de los derechos de las mujeres sobre la tierra (S. 18), [...] debe permitir a las mujeres superar las barreras de acceso al financiamiento (S. 30)*

Wie bereits vorhin erwähnt steckt hinter der expliziten Diskursivierung der Frauenpartizipation das Ziel der Geschlechtergleichberechtigung, das mehrmals im Text genannt wird. Frauen sollen dem Ziel näherkommen, dieselben Rechte, Pflichten, Möglichkeiten und Zugänge, betreffend das soziale, politische und ökonomische Umfeld, haben. Die ungleichen Behandlungsweisen zwischen Mann und Frau, im spezifischen die Zugangsverwehrungen für Frauen, sollen durch die Maßnahmenenergreifung ein Ende finden. Die besondere Ausstattung der ruralen Frauen mit Macht, im Sinne von Partizipation bei Entscheidungsfindung und Zugang zu ökonomischen Mitteln, soll die Brücke zwischen Feststellung der Wichtigkeit der Frau und Umsetzung dieser Feststellung in die Realität bilden.

Bei der Analyse der *mujeres rurales* kommt der Versuch der Überwindung von Stereotypen zum Ausdruck. Die Frau als selbständiges, (finanziell) unabhängiges Subjekt soll durch die Machtausweitung, die wie bereits erwähnt im Zugang zu und in der Gewährung von Finanzmitteln, gefördert werden. Es wird vor allem anhand ökonomischer Indikatoren thematisiert, dazu drei Beispiele aus dem Dokument: *promover el empoderamiento económico de las mujeres (S. 31)*

la promoción de la formación profesional de las mujeres en disciplinas no tradicionales para ellas (S. 27)

Estímulos [...] que promuevan la autonomía económica y la capacidad organizativa en especial de las mujeres rurales (S. 28)

Die traditionelle Vorstellung der Frau als Kindererzieherin und Haushälterin soll untergraben werden. Die Beispiele lassen sich dem Bildungsbereich und Arbeitsmarkt zuordnen, die diesen Bruch von Stereotypen explizit ansprechen. Die Frau selbst soll die Macht haben, sich nicht gezwungenermaßen gemäß den gesellschaftlichen Wünschen und Vorstellungen hinzugeben, sondern gemäß ihren Interessen zu entscheiden, welcher wirtschaftlichen Aktivität sie sich widmen möchte. Im Vergleich zu den Machtstrukturen der *comunidades* ist festzustellen, dass den weiblichen Akteurinnen und ihren Organisationen eine noch größere Einflussnahme, durch die doppelte Diskursivierung (zum einen sind sie miteingeschlossen bei den *comunidades*, zum anderen explizit erwähnt) zugestanden wird. In den Punkten 1.1.8 *Algunos mecanismos de resolución de conflictos de tenencia y uso y de fortalecimiento de la producción alimentaria*, 1.2.4 *Mecanismos de participación* und 1.3.3.2 *Asistencia técnica* wird besonders Wert auf die Partizipation von Frauen gelegt. In Bezug auf die Ausführung und Überwachung der Pläne und Programme werden ihnen keine zusätzlichen Zusprüche gewährt. Obwohl hinsichtlich des Mitsprache- und Entscheidungsrechts kein allzu großer Unterschied ersichtlich wird, erhalten sie einen Ausbau ihrer Macht durch die Maßnahmenenergreifung in anderen Bereichen. Außerdem sei zu erwähnen, dass Frauen bei zahlreichen Programmen und Mechanismen priorisiert werden.

Die dritte Bevölkerungsgruppe, die alle AkteurInnen umfasst, die sich landwirtschaftlichen Tätigkeiten widmen und Klein- und Mittelbetriebe bewirtschaften, kommt wie die beiden anderen Untergruppierungen im Text oft zur Sprache. Auch diesem Akteur wird seine fundamentale Rolle bei der ländlichen Entwicklung anerkannt (S. 11) und im Prinzip *Desarrollo integral del campo* (S. 12) durch Schutz und Unterstützung unterstrichen. Der hohe Stellenwert der LandwirtInnen wird auch ausdrücklich zu Beginn des Dokumentes genannt (*una atención especial de [...] la producción campesina, familiar y comunitaria; la política de desarrollo agrario integral [...] hace énfasis en pequeños y medianos productores y productoras* S.12). Gleichfalls wie die *mujeres rurales* fällt diese Bevölkerungsgruppe unter jene, die

Priorität erhalten und unter die Begünstigten fallen. Ihnen wird physische Beihilfe durch die Zuteilung von Land und Bewirtschaftungsmöglichkeit von *Zonas de Reserva Campesina*, finanzielle Unterstützung beim Zugang zu Land (S. 15, 30), bei der Legalisierung des Eigentums und bei der Sanierung des Gutes (S. 16) sowie technische Assistenz bei der Produktionsherstellung zugestanden. Außerdem werden rechtliche Schritte in Bezug auf alternative Zugänge zu Land eingeleitet (S. 15). Ein weiterer wichtiger Aspekt, der landwirtschaftliche Klein- und Mittelbetriebe betrifft, ist die rechtmäßige Besitzübergabe ihres Eigentums, das ihnen durch Vertreibung oder Raub während des Konfliktes entzogen worden ist (S. 16). Die Verletzung des Eigentumsrechts wird durch die Rückgabe und Entschädigung durch finanzielle und technische Unterstützung versucht zu kompensieren. Im Grunde zielen diese Zusprüche und Hilfestellungen für Klein- und Mittelbauern und -bäuerinnen darauf ab, dass diese wieder autonom und nachhaltig wirtschaften und so ihre Lebensgrundlage sichern können (vgl. N.N. 2016b: 30). Alleine die Rückerstattung der Güter, die Klein- und Mittelbesitztümer betrifft, bedeutet den Gewinn an Entscheidungsautonomie, von Arbeit und Einkommen.

Die Stärkung und Förderung von Klein- und Mittelbetrieben findet sich im Text aber im Kontext der Vernetzung und Zusammenarbeit unter allen Produzenten, miteingenommen Großbetriebe (vgl. N.N. 2016b: 12, 33). Im Allgemeinen sollen Wirtschaft und Produktion angekurbelt und Wettbewerbsfähigkeit dazugewonnen werden. Der Fokus bleibt dennoch bei einem nachhaltigen, ausgeglichenen Produktionsprozess der Klein- und Mittelbetriebe, wie im Punkt 1.3.3.6 *Asociatividad* manifestiert, aber ob dabei, in Bezug auf die Zusammenarbeit mit Großbetrieben, manche Machtzusprüche wie Entscheidungsautonomie oder Garantie eines fairen Preises gewährleistet werden, ist fraglich.

Obwohl der Machtgewinn für die ländliche Bevölkerung als Einheit durchaus zugenommen hat, sind letzten Endes jedoch die Regierung und die lokalen Autoritäten die Entscheidungsträger und Mächtigen, die es in der Hand haben, etwas umzusetzen. Dies wird mittels Verben im Text klar ausgedrückt:

planes nacionales financiados y promovidos por el Estado (S. 11)

el Gobierno Nacional creará/adelantará/tramitará/pondrá a disposición/pondrá en marcha/formalizará/conformará/definirá/ implementará/fortalecerá/ destinará los recursos

Durch die Nachverhandlungen des ersten Friedensabkommens von August 2016 wurde diese Entscheidungsmacht von regierenden Autoritäten noch einmal ausgebaut. Das konnte durch einen Vergleich beider Friedensabkommen herausgefunden werden. Die Passagen in **fett** wurden neu ausverhandelt und finden sich somit nur im aktuell gültigen Friedensvertrag wieder. Des Weiteren wurden ganze Absätze ergänzt, die hier in Satzauszügen wiedergegeben wurden und die dazugewonnene Macht widerspiegeln:

*Las personas beneficiarias del plan de adjudicación gratuita y del subsidio integral serán seleccionadas **por la autoridad administrativa competente**, con la participación de las comunidades locales [...] (S. 15)*

La autoridad administrativa competente elaborará, un registro único de posibles beneficiarios del plan de adjudicación gratuita y del subsidio integral [...] (S. 15)

*[...] se establecerán instancias en los distintos niveles territoriales, **para garantizar la participación ciudadana en el proceso de toma de decisiones por parte de las autoridades competentes, en desarrollo de lo acordado en la RRI en las que se incluya la presencia representativa de las comunidades [...] (S. 22f)***

[...] en ningún caso pretenden (Anm. los mecanismos de participación) limitar las competencias de ejecución de los gobernantes, ni las competencias de órganos colegiados (Congreso, concejos y asambleas). (S. 23)

[...] las autoridades competentes deberán elaborar y poner en marcha los Planes Nacionales en el territorio. (S. 23)

Zusammenfassend sei gesagt, dass der Text nicht nur Machtstrukturen aufzeigt, sondern auch Ausdruck und Zeuge von noch bevorstehenden Machtverschiebungen ist. Diese Verschiebungen werden Ergebnis der Implementierung der im Text beschriebenen Pläne und Programme sein. Dadurch scheint sich die Kluft zwischen Mächtigen, regierenden Autoritäten, und Un-Mächtigen, der ländlichen Bevölkerung als Einheit gesehen, zu verengen und zu verschwimmen. Außerdem kommt es, ersichtlich durch die Analyse der beiden Untergliederungen *mujeres rurales* und *pequeños y medianos productores y productores*, zu Machtverschiebungen zwischen Mann und Frau bzw. zwischen Klein- und Mittelbauern und Großbetrieben. Durch die Förderung und Stärkung ersterer, welche die aufkommenden Mächtigen darstellen, müssen Männer und Großbetriebe, die in die Rolle der Un-Mächtigen gedrückt werden, sich gleichzeitig widerstandslos fügen.

Fazit ist, es bleibt den Mächtigen zu entscheiden, wie sehr sie die Un-Mächtigen zu Mächtigen werden lassen wollen.

7.2.2.2 Zweite Ebene: Aktant Regierung und Aktant FARC

Bevor die Einflussnahme seitens der beiden Verhandlungsparteien mit Hilfe der Analyse von Forderungen und Maßnahmen ergreifung erfolgt, wird der allgemeinen Positionierung von Regierung und FARC gegenüber dem Punkt 1 der ländlichen Reform im Friedensabkommen auf den Grund gegangen.

Der erste Absatz beschreibt den Beitrag bzw. den Output der eingeführten Reform. Beide Parteien, die Regierung und die FARC, sind sich dabei einig, dass die Reform die Grundlage der strukturellen Transformation der ländlichen Gebiete bildet und sie Wohlstandsbedingungen für die dort ansässige Bevölkerung schafft. Der Konsens wird ersichtlich durch die Hervorhebung beider Akteure und das Verb *considerar* (S. 10). Diese Formulierung, bzw. die damit verbundene Bekräftigung beider Parteien, der gleichen Meinung zu sein, wiederholt sich mehrmals im Abkommen. Die Wortwahl von *en su visión* (S. 11) bestärkt den Zusammenhalt und lässt die beiden Verhandlungsparteien als Einheit auftreten.

Einzigartig ist in dem Friedensabkommen die explizit erwähnte Einnahme unterschiedlicher Positionen, die im zweiten Absatz festgehalten wird:

„Que a juicio del Gobierno esa transformación debe contribuir a revertir los efectos del conflicto y a cambiar las condiciones que han facilitado la persistencia de la violencia en el territorio.“ (N.N. 2016b: 10)

Aus Sicht der Regierung führte der bewaffnete Konflikt zu Elend und Armut, Rückständigkeit der ländlichen Bevölkerung, Ab- und Ausgrenzung ländlicher Dörfer, fehlender Infrastruktur etc. Der Krieg sei verantwortlich für die heutige Situation der am Land lebenden Bevölkerung. Die Regierung vertritt die Meinung, dass sich der ländliche Strukturwandel, anhand von vereinbarten Reformen, die durch den Konflikt hervorgerufenen negativen Folgen umkehren und gleichzeitig die ebenfalls aus dem Konflikt entstandenen Bedingungen, die ein Weiterführen der Gewalt begünstigten, ändern wird.

Im Gegensatz dazu positioniert sich die Guerillaorganisation wie folgt:

“Y que a juicio de las FARC-EP dicha transformación debe contribuir a solucionar las causas históricas del conflicto, como la cuestión no resuelta de la propiedad sobre la tierra y particularmente su

concentración, la exclusión del campesinado y el atraso de las comunidades rurales, que afecta especialmente a las mujeres, niñas y niños.” (N.N. 2016b: 10)

Aus Sicht der FARC hingegen soll der genannte Wandel die Ursachen des Konfliktes lösen. Dabei werden das Eigentumsrecht an Land und die Landkonzentration, die Exklusion der bäuerlichen Bevölkerung und der Rückstand der ländlichen Gemeinden erwähnt. Auf diese Missstände wurde bereits 1964 im Agrarprogramm der FARC aufmerksam gemacht (vgl. FARC-EP 1993). Die FARC begründet den entstandenen Konflikt aus den vor Jahrzehnten existierenden fragwürdigen ländlichen Lebenszuständen.

Die Positionierung der Verhandlungsakteure ergibt bildlich dargestellt:

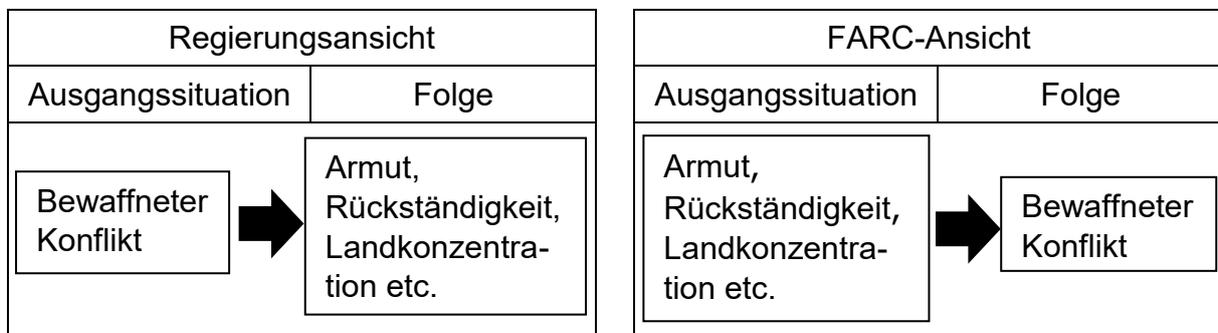


Abbildung 5: Positionierung der Verhandlungsparteien

Die beiden Akteure nehmen eine konträre Position hinsichtlich des bewaffneten Konfliktes ein. Im Grunde wird die Verantwortung von einem Akteur auf den anderen geschoben. Die FARC-KämpferInnen suchen die Schuld bei der Regierung, und umgekehrt die Regierungsmitglieder verantworten die Guerillaorganisation für den Konflikt. Die Rolle des Mächtigen und Un-Mächtigen wechselt aufgrund dessen ebenfalls von einem Akteur zum anderen. Es widerspiegelt die seit Jahrzehnten offenstehende Frage des Auslösers, der Verantwortlichkeit und das damit verbundene Bekenntnis bzw. Zugeständnis der Täterrolle.

Diese gegensätzliche Ansichtswiese ist bereits im Zuge der Aufarbeitung des Konfliktes im ersten Teil der Arbeit ersichtlich geworden. Die Etablierung der FARC 1964 kann sowohl als Auslöser für den Konflikt, aus Sicht der Regierung, als auch als Folge der Missstände, aus Sicht der Guerillagruppe, gesehen werden.

Nicht die Suche nach dem tatsächlichen Auslöser und Verantwortlichen steht aber bei dieser Analyse im Vordergrund, sondern die Frage nach dem Durchsetzungsgrad von

Forderungen seitens der FARC und nach der Einverständniserklärung bzw. dem Anpassungsausmaß seitens der RegierungsvertreterInnen. Verhandlungen sind Inbegriff von Kompromisschließungen. Es gilt, dem Prozess des Kompromisseinganges nähere Beachtung zu schenken. Folgende Fragen sind zu beantworten:

Welche Anliegen und Forderungen hatten die FARC?

Welche finden sich davon im Friedensabkommen wieder?

In welchem Ausmaß wurde ihren Interessen nachgegangen? In welchen Bereichen und wie manifestiert sich die Erfüllung ihrer Forderungen?

Welche Anliegen blieben unbeachtet?

Welche Maßnahmen können auf die Regierung zurückgeführt werden und auf ihre Interessen?

Folgendes Aktantenmodell kann aufgrund der Analyse des 1. Punktes *Reforma Rural Integral* aufgeschlüsselt werden mit Aktant Regierung (A) und Aktant FARC (B):

<A + beeinflussen + B> und <B + beeinflussen + A>

Beeinflussen kann beispielsweise ersetzt werden durch den eigenen Willen durchsetzen. Es handelt sich dabei um einen dynamischen Aspekt von Macht.

Da es sich um eine Verhandlung mit Kompromissbildung handelt, ist dieser Aspekt von Macht und die gegenseitige Beeinflussung durchaus gewöhnlich.

Ziele der Guerillaorganisation, die sich sowohl im Manifest von 1964 als auch im *Acuerdo Final* finden, sind soziale Gerechtigkeit, ökonomischer Wohlstand aller BürgerInnen, Respektierung der Menschenrechte, Schaffung von Arbeit und ein erfolgreicher Kampf gegen Hunger, Krankheiten und Analphabetismus. Bereits bei der Einführung des *Acuerdo Final*, die einen Überblick über das Kapitel *Reforma Rural Integral* gibt, werden die angeführten Interessen der FARC direkt angesprochen. Dass die Klein- und Mittelbauern und -bäuerinnen einen besonderen Stellenwert bei der Guerilla einnehmen, wurde nicht nur bei der Beschreibung des Konfliktverlaufes ersichtlich, sondern ebenso bei der Positionierung der FARC gegenüber dem Konflikt (siehe Zitat S. 83). Zusätzlich kann die Forderung der Geschlechtergleichberechtigung aus dem Zitat herausgelesen werden, welche, ersichtlich durch die in Punkt 7.2.2.1 durchgeführte Analyse, großen Eingang in die Thematik der Landreform erhielt.

Alle angeführten Zielvorstellungen der FARC widerspiegeln sich im *Acuerdo Final*. Beispielsweise wurde dem Thema der Ernährungssicherung ein gesamter Unterpunkt gewidmet (siehe 1.3.4), der den Zugang zu und die Verfügbarkeit von Lebensmitteln regeln soll. Im Zuge der *Planes Nacionales* (Punkt 1.3) soll die Armutsbekämpfung im Vordergrund stehen. Diese soll durch die Schaffung von Arbeit und den Ausbau des Gesundheits- und Bildungssystems untergraben werden. Die soziale Gerechtigkeit wird thematisiert anhand der Legalisierung, Rückgabe und gerechten Verteilung von Landflächen, mit dem sich Punkt 1.1 beschäftigt.

Ein Vergleich des Dokumentes der achten Konferenz, das die Forderungen der FARC-Guerillaorganisation ab dem Jahr 1964 beschreibt, mit dem *Acuerdo Final* vom November 2016 ermöglicht eine exaktere Analyse und die Feststellung folgender Übereinstimmungen:

- Bereitstellung technischer Assistenz (u. a. Maschinen und Saatgut) und Infrastrukturausstattung (Bewässerungsanlage, Stromnetz, agrotechnische Forschungszentren)
- (erleichterter) Zugang zu Krediten für LandwirtInnen und landwirtschaftlichen Kooperativen
- Ausbau des Gesundheitssystems
- Investitionen in den Bildungsbereich und Ausbau des Bildungssystems
- Investitionen in den Wohnungsbau im ländlichen Raum
- Auf- und Ausbau von Kommunikationswegen zwischen ländlichen Produktionszentren und den Konsumzentren

Diese Ansuchen werden im Zuge der *Planes Nacionales* (Punkt 1.3) umfassend erfüllt. Ein Geschlechterfokus ist vor allem im Gesundheits- und Bildungsbereich gegeben, in denen spezifische Maßnahmen für Frauen ergriffen werden. Ein Augenmerk auf LandwirtInnen liegt bei den Unterstützungsmitteln der technischen Assistenz, Infrastrukturaufbau, die Bewässerung und Kommunikationswege betreffend und bei der Kreditvergabe.

Folgende zwei Anliegen der FARC werden im Punkt 1.1 geregelt:

- Forderung nach angemessener, umweltfreundlicher Bewirtschaftung des Bodens
- erleichterter Zugang zu Krediten

Eine Errungenschaft, seitens der FARC-Verhandlungspartner ist die Einführung eines Katastralsystems. Dies ist ersichtlich aus dem *Acuerdo Final* selbst und aus dem Schreiben der 10. Nationalkonferenz der FARC (vgl. FARC-EP 2016). Das Katastralsystem deckt sich mit vielen ihrer vertretenen Ansichten und Interessen: der Legalisierung des Eigentums, der angemessenen Bewirtschaftung des Bodens und der progressiven Steuerbelastung, die zur Folge hat, dass GroßgrundbesitzerInnen mehr zahlen müssen als Kleinbetriebe.

Eine weitere Maßnahme, die Umweltfreundlichkeit und Nachhaltigkeit unterstreicht, sind die Festlegung zu schützender Gebiete und die Etablierung von *Zonas de Reserva Campesina*. Dadurch soll der Fortschreitung der landwirtschaftlichen Nutzfläche durch GroßgrundbesitzerInnen Halt geboten werden.

In Anbetracht der zweiten Forderung, in Zusammenhang mit dem Erwerb von Land, wurde nicht nur der Kreditzugang für ArbeiterInnen, die sich landwirtschaftlichen Tätigkeiten widmen, erleichtert, sondern denjenigen, die es benötigen, eine vollständige Subvention zugesprochen.

Der Schutz der indigenen Völker in Bezug auf Sprache, Kultur, interne Organisation etc. und die zur Verfügung-Stellung von genügend Land und Modernisierung ihrer Kultivierungssysteme sind im Punkt 1 nur ansatzweise, in abgeschwächter Form zu finden. Den indigenen Völkern wird zwar der Schutz ihrer Rechte und eigenen Produktionsformen zugesichert und Frauen der indigenen Völker gehören den *mujeres rurales* an und sind somit auch Begünstigte, doch bleiben große Hilfestellungen und Zusprüche dieser Bevölkerungsgruppe aus. Im Punkt 6.2 *Capítulo Étnico* wird die Anerkennung, Unterstützung und Schutz dieser Völker aber noch einmal explizit thematisiert und schließt die Lücken der Forderungen der FARC, bis auf das Anliegen der Modernisierung ihrer Wirtschaftsweise.

Folgende Forderungen fanden keinen Eingang in den Friedensvertrag:

- garantierter Mindestpreis für Landwirtschaftsprodukte
- Entzug und gleichzeitige Zu- und Aufteilung der Agrarflächen der GroßgrundbesitzerInnen auf jene Bauern und Bäuerinnen, die das Land bewirtschaften bzw. bewirtschaften wollen
- Vergabe von Eigentumstitel, die das Land der Großbetriebe bewirtschaften

- Entzug von Grundstücken, die von Unternehmen der Vereinigten Staaten bewirtschaftet werden (Anm. zitiert aus dem Text: *compañías imperialistas norteamericanas*)
- Abschaffung des Pachtsystems und veralteter Bewirtschaftungsformen
- Bewirtschafter eines Großgrundbesitzes, die aufgrund der Gesellschafts- oder Wirtschaftsordnung bestehen bleiben müssen, müssen sich den geplanten Entwicklungsbestimmungen der *comunidades* anpassen

Die ersten beiden Anliegen der FARC wurden zwar nicht in ihrer Vollständigkeit in die *Reforma Rural Integral* implementiert, haben dennoch in einer abgewandelten Form Eingang gefunden. Das sind zwei Beispiele, die eine Kompromisschließung zwischen den Verhandlungsparteien deutlich machen.

Der geforderte Mindestpreis für landwirtschaftliche Produkte, um die Existenz der LandwirtInnen zu sichern, blieb unerfüllt, dennoch wurden Hilfsmaßnahmen und Unterstützungen eingeführt. Genannt werden *apoyos directos [...] con el fin de que en la economía campesina, familiar y comunitaria se eviten o minimicen los impactos negativos que supongan la internacionalización de la economía y la liberalización del comercio* (S. 34); *la implementación [...] de un sistema de información de precios regionales que se apoye en las tecnologías de la información y las comunicaciones* (S. 31); *La promoción de seguros de cosecha subsidiados para la producción agropecuaria [...]* (S. 30).

In Bezug auf das Ansuchen der Aufteilung der Ländereien im Besitz der GroßeigentümerInnen auf die *campesinos que la trabajan o quieran trabajarla* wurden folgende Änderungen vorgenommen. Erstens, ist im *Acuerdo Final* die Rede von *quienes habitan el campo*, also jene sollen begünstigt werden, die am Land wohnen. Der Zugang dieses Gutes wird also breiter gelegt, indem nicht nur jene, die es bewirtschaften und ihnen als Arbeitsgut dient in den Genuss kommen, sondern allgemein, die am Land lebende Bevölkerung. Der große Unterschied zwischen der angeführten Forderung im Jahr 1964 und der heutigen Entscheidung im *Acuerdo Final* liegt aber bei der Herkunft der Ländereien. Diese werden nicht den GroßgrundbesitzerInnen entzogen, sondern entweder aus im Punkt 1.1.1 angeführte Quellen beschaffen (insgesamt 3 Mio. Hektar) oder stammen von der Rückerstattung und Legalisierung der illegal angeeigneten Klein- und Mittelbesitztümer (insgesamt 7 Mio. Hektar).

Die letzten vier Forderungen kamen im Text nicht zur Sprache, was entweder auf veränderte Umstände der Wirtschaftsordnung, verlorenes Interesse seitens der FARC oder fehlende Verhandlungsbereitschaft der Regierung zurückzuführen ist.

Im Vergleich zwischen dem ersten Friedensabkommen und dem aktuellen Vertrag scheinen neben den bereits erwähnten Zusprüchen der Entscheidungsfähigkeit an die regierenden Autoritätspersonen vier weitere Punkte von Bedeutung.

Das Prinzip *Desarrollo integral del campo* wurde ergänzt, welches einerseits die Rolle der Bauern und Bäuerinnen hervorhebt, zugleich aber die Notwendigkeit und Förderung der Zusammenarbeit und Vernetzung mit anderen ProduzentInnen, eingenommen Großkonzerne. In Verbindung steht damit die gesetzte Maßnahme, die unter dem Punkt 1.3.3.6. *Asociatividad* zu finden ist und ebenfalls erst beim zweiten Abkommen hinzugefügt wurde. Ankurbelung der Wirtschaft und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch daraus resultierende Skaleneffekte sprechen für die Interessen der Regierung. Da aber die Förderung und Stärkung der KleinproduzentInnen in beiden Punkten inkludiert ist, was dem Anliegen der FARC entspricht, scheint dies ein weiteres Beispiel der Kompromisschließung zu sein.

Die zweite Abänderung betrifft die Regulierung der illegal angeeigneten Ländereien. Ausgenommen und somit geschützt wurde erst beim zweiten Anlauf der Privatbesitz (S. 13) mit der Rechtfertigung, gültige Gesetze und die Verfassung einzuhalten. Diese Anforderung geht zurück auf die Anhängerschaft von Ex-Präsident Uribe (vgl. EL TIEMPO 2016c).

Drittens, wurde eine Expertengruppe ins Leben gerufen, die es zur Aufgabe hat, die Rechtslage des Zuganges zu Land und deren Besitz zu überarbeiten und zu definieren (S. 16f). Auch das Vorhaben eines Gesetzesentwurfes für alternative Zugänge zu Land, vor allem für Klein- und Mittelbauern und -bäuerinnen, ist neu (S. 15). Ein Fortschritt, der eher den VertreterInnen der FARC zugeschrieben werden kann, sowie der weitere Punkt, die Verlängerung von 10 auf 12 Jahre für die Verfügbarkeit des Instruments *Fondo de Tierras* (S. 14).

8 Fazit

Die aufgestellte Vermutung von HÖRTNER (2013: 265), der Kompromissbereitschaft der Regierung und beträchtlichen Durchsetzung von Forderungen der FARC im Punkt *Reforma Rural Integral*, scheint sich bewahrheitet zu haben. Die lang ersehnte Dekonzentration von Agrarflächen, der angemessene Umgang mit dem Gut Boden und die Verbesserung der ländlichen Infrastruktur im sozialen und technischen Bereich, eingebettet im Kontext von Gleichberechtigung, Nachhaltigkeit und Förderung von Klein- und Mittelbetrieben. Der erste Schritt für die angestrebte konvergierende Entwicklung zwischen Land und Stadt ist mit dem Teilabkommen *Hacia un Nuevo Campo Colombiano* vollbracht. Es ist ersichtlich, dass die FARC in diesem Teilabkommen viele ihrer Angelegenheiten, für die sie sich eingesetzt haben und identifizieren konnten, durchbrachten. Es stellt sich die Frage, ob dies Teil eines Kompromisses war, bei anderen Teilabkommen im Gegenzug zurückzustecken?

Denn es sei noch einmal in Erinnerung zu rufen, dass die Diskursanalyse nur einen Teil des Friedensvertrages betrifft. Im Verhandlungspunkt Nr. 1 – „*Hacia un Nuevo Campo Colombiano: Reforma Rural Integral*“ – stellte sich die FARC gegenüber der Regierung als die Mächtigeren dar. Es gelang ihr viele Forderungen, die bereits im Jahr 1964 gestellt wurden, durchzusetzen. Dies bedeutet jedoch keineswegs, dass der FARC auch bei den weiteren Verhandlungspunkten ihren Interessen und Forderungen nachgegeben wurde. Nachdem der erste Vertrag durch das Referendum abgelehnt wurde, hatten sich bestimmte Positionen im Abkommen durchaus für die FARC verschlechtert. Besonders im Bereich des Straferlasses wurden verschärfte Maßnahmen getroffen. Einschränkungen ergaben sich ebenfalls bei der Ausübung ihrer politischen Tätigkeit in bestimmten Territorien, außerdem kam die Entschädigung der Opfer durch illegale Vermögensanhäufung der FARC hinzu. (vgl. EL TIEMPO 2016c)

Der Friedensvertrag ist durchaus ein Werk von großer Bedeutung und Reichweite. Nicht nur die durch die Diskursanalyse offengelegten Verschiebungen von Machtstrukturen sind Indiz für einen anstehenden Wandel in Kolumbien, sondern auch die weiteren behandelten Themen im Abkommen lassen diese Schlussziehung zu. Die gut aufbereiteten, umfassenden und detaillierten Verhandlungsergebnisse sind in der Theorie eine gute Basis für die Beendigung des Konfliktes und den Beginn einer neuen Ära. Die theoretische Planung von Frieden durch diverse Hilfsmaßnahmen und Unterstützungen ist aber nicht gleich der Umsetzung und Vollziehung dieser Pläne.

Der langersehnte Friede ist sozusagen noch ein weiter Weg und hängt stark davon ab, ob, wie schnell und wie gut die Vereinbarungen erfüllt bzw. eingehalten werden und in welchem Ausmaß sie Wirkung zeigen. Obwohl die sichtbaren Machtspielchen im Sinne von Bekämpfungen zwischen FARC und staatlichen Streitkräften nun offiziell ein Ende gefunden haben, bleiben Macht- und Un-Machtstrukturen immer bestehen. Diese allein haben sich bei den Verhandlungen gezeigt und werden fortwähren, beispielsweise bei der Implementierung der Maßnahmen und auch in Zukunft im politischen Umfeld.

9 Ausblick

Diese Arbeit beschäftigt sich mit der Entwicklung und Dynamik des seit den 50er Jahren entflammten bewaffneten Konfliktes in Kolumbien bis zur offiziellen Beendigung, die mit der Unterzeichnung eines Friedensabkommens zwischen Regierung und Guerillaorganisation FARC besiegelt wurde. Die Aktualität des Themas widerspiegelt sich in der Tatsache, dass die Implementierung der Maßnahmen und Mechanismen, die während der Friedensgespräche ausverhandelt wurden, gerade erst nach und nach erfolgt und noch einige Jahre dauern wird. Dieser Umstand lässt eine Forschungsmöglichkeit aufkommen, die sich mit der tatsächlichen Umsetzung der Pläne und Programme befasst, die Auswirkungen auf die Gesellschaft untersucht und Ergebnisse des Friedensabkommens in der Realität dokumentiert. Wurden die festgelegten Ziele erreicht? Hat sich die soziale Ungleichheit verringert? Konnte der Drogenanbau reduziert werden und neue ökonomische Anreize als Alternative geschaffen werden? Gelang die soziale Reintegration der Ex-Guerillamitglieder? Konnte sich das Justizsystem vom Ruf des Versagens befreien? Das sind nur einige Fragen von vielen, die in naher Zukunft von Bedeutung sein werden.

Ebenso die Etablierung der von der FARC hervorgerufenen legalen Partei wäre von Interesse zu ergründen, im Vergleich mit der damals eingeführten *Unión Patriótica*. Ungeklärt ist auch noch das Ergebnis der Verhandlungen mit der Guerillaorganisation ELN.

Das sind nur wenige Beispiele, die sich im kolumbianischen Kontext als Forschungsgrundlage eignen würden.

10 Literaturverzeichnis

Literaturquellen

BLUMENTHAL H. R. (2001): Der Friedensprozess: „Verhandlungen im Kriege“. In: KURTENBACH S. (Hrsg.): Kolumbien zwischen Gewalteskalation und Friedenssuche. Möglichkeiten und Grenzen der Einflussnahme externer Akteure. – Frankfurt am Main, 144-162.

DIX R. H. (1987): The Politics of Colombia. – New York u.a.

DUDLEY S. (2004): Walking ghosts: murder and guerrilla politics in Colombia. – Routledge.

FELLERER J. und METZELTIN M. (2008): Diskursanalyse. – In: METZELTIN M. (Hrsg.): Diskurs – Text – Sprache: eine methodenorientierte Einführung in die Sprachwissenschaft für Romanistinnen und Romanisten. – Wien, 227-272.

HÖRTNER W. (2007²): Kolumbien verstehen. Geschichte und Gegenwart eines zerrissenen Landes. – Zürich.

HÖRTNER W. (2013): Kolumbien am Scheideweg. Ein Land zwischen Krieg und Frieden. – Zürich.

JONSSON M. (2014): A Farewell to Arms: motivational change and divergence inside FARC-EP 2002-2010. – Dissertation, Uppsala Universität, Uppsala.

KERNMAYER E. (1991): Krieg für Frieden. Friedensprozeß und Nationaler Dialog in Kolumbien, 1982 – 1991. Vom „Gescheiterten Frieden“ Betancurs zur Abrüstung der Guerilla. – Diplomarbeit, Universität Wien, Wien.

KURTENBACH S. (2001a): Kann Kolumbien aus seiner eigenen Geschichte lernen? – In: KURTENBACH S. (Hrsg.): Kolumbien zwischen Gewalteskalation und Friedenssuche. Möglichkeiten und Grenzen der Einflussnahme externer Akteure. – Frankfurt am Main, 93-109.

KURTENBACH S. (Hrsg.) (2001): Kolumbien zwischen Gewalteskalation und Friedenssuche. Möglichkeiten und Grenzen der Einflussnahme externer Akteure. – Frankfurt am Main (= Institut für Iberoamerika-Kunde 54).

LAMBERG R. F. (1972): Die Guerilla in Lateinamerika. Theorie und Praxis eines revolutionären Modells. – München.

LAROSA M. J. und MEJÍA G. R. (2012): Colombia: A Concise Contemporary History. – Lanham u.a.

MERTINS G. (2001): Aktionsräume von Guerilla- und paramilitärischen Organisationen: regionale und bevölkerungsgeographische Auswirkungen. – In: KURTENBACH S. (Hrsg.): Kolumbien zwischen Gewalteskalation und Friedenssuche. Möglichkeiten und Grenzen der Einflussnahme externer Akteure. – Frankfurt am Main, 36-51.

METZELTIN M. (Hrsg.) (2008²): Diskurs – Text – Sprache: eine methodenorientierte Einführung in die Sprachwissenschaft für Romanistinnen und Romanisten. – Wien.

PEARCE J. (1992): Kolumbien: im Inneren des Labyrinths. – Stuttgart.

RATHGEB P. (2009): Kolumbien - Leben im Territorium der FARC: ein Erklärungsversuch über die Geschichte, aktuelle Tendenzen und lokale Wirklichkeiten der größten Guerilla der Welt. – Dissertation, Universität Wien, Wien.

SAFFORD F. und PALACIOS M. (2002): Colombia. Fragmented Land, Divided Society. – Oxford University Press, New York u.a.

ZELIK R. (2009): Die kolumbianischen Paramilitärs. „Regieren ohne Staat?“ oder terroristische Formen der Inneren Sicherheit. – Münster.

Internetquellen

ALONSO ESPINAL M. A. (1993): El movimiento armado en Colombia: una mirada desde el concepto de lo social. In: Estudios Políticos 4, 45-70, auch online unter: [http://aprendeenlinea.udea.edu.co/uaccess.univie.ac.at/revistas/index.php/estudiospoliticos/article/view/15385/13398](http://aprendeenlinea.udea.edu.co/uaccess/univie.ac.at/revistas/index.php/estudiospoliticos/article/view/15385/13398) (20.07.2017).

ÁVILA MARTÍNEZ A. F. (2010): La guerra contra las FARC y la guerra de las FARC. In: Arcanos 13 (15), 4-21, auch online unter: <http://www.arcoiris.com.co/2011/11/arcanos-no-15/> (19.04.2017).

BBC MUNDO (Hrsg.) (2016a): El gobierno de Colombia y las FARC firman en Cuba histórico acuerdo de cese el fuego bilateral y definitivo; online: 23.06.2016, <http://www.bbc.com/mundo/noticias-america-latina-36611165> (27.07.2017).

BBC MUNDO (Hrsg.) (2016b): Colombia: gobierno y oposición designan a representantes para dialogar tras el “No” del plebiscito sobre acuerdo de paz con las FARC; online: 03.10.2016, <http://www.bbc.com/mundo/noticias-america-latina-37548405> (27.07.2017).

DIE PRESSE (Hrsg.) (2016a): Historischer Friedensvertrag in Kolumbien wird unterzeichnet; online: 26.09.2016, <http://diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/5091387/Historischer-Friedensvertrag-in-Kolumbien-wird-unterzeichnet?from=suche.intern.portal> (21.06.2017).

DIE PRESSE (Hrsg.) (2016b): Kolumbien verhandelt jetzt auch mit Rebellen­gruppe ELN; online: 11.10.2016, <http://diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/5099650/Kolumbien-verhandelt-jetzt-auch-mit-Rebellen­gruppe-ELN?from=suche.intern.portal> (21.06.2017).

EL ESPECTADOR (Hrsg.) (2014): El renovado equipo de las Farc en La Habana; online: 24.10.2014, <http://www.elespectador.com/noticias/paz/el-renovado-equipo-de-farc-habana-articulo-523950> (27.07.2017).

EL TIEMPO (Hrsg.) (2016a): Polarización del país, reflejada en resultados del escrutinio; online: 02.10.2016, <http://www.eltiempo.com/politica/proceso-de-paz/resultados-plebiscito-2016-42861> (27.07.2017).

EL TIEMPO (Hrsg.) (2016b): Comienza una semana clave para los ajustes al Acuerdo Final. Uri­bistas deben entregar propuesta concreta sobre los puntos que piden reformular; online: 10.10.2016, <http://www.eltiempo.com/politica/proceso-de-paz/reunion-para-ajustes-de-acuerdo-final-46289> (20.05. 2017).

EL TIEMPO (Hrsg.) (2016c): Las propuestas de los del 'No' que quedaron en el acuerdo de paz; online: 14.11.2016, <http://www.eltiempo.com/politica/proceso-de-paz/propuestas-que-quedaron-en-nuevo-acuerdo-de-paz-37008> (20.05.2017).

EL TIEMPO (Hrsg.) (2016d): Gobierno y Farc firman nuevo acuerdo de paz en Bogotá; online: 24.11.2016, <http://www.eltiempo.com/politica/proceso-de-paz/ceremonia-de-la-firma-del-nuevo-acuerdo-de-paz-en-vivo-44497> (26.04.2017).

EL TIEMPO (Hrsg.) (2016e): Congreso terminó de refrendar el nuevo acuerdo con las FARC. Con ratificación de la Cámara, texto recibió el aval político que necesitaba; online: 30.11.2016, <http://www.eltiempo.com/politica/proceso-de-paz/refrendan-nuevo-acuerdo-con-las-farc-36116> (20.05.2017).

FARC-EP (Hrsg.) (1993): Programa Agrario de los Guerrilleros de las FARC-EP; <https://www.farc-ep.co/octava-conferencia/programa-agrario-de-los-guerrilleros-de-las-farc-ep.html> (27.07.2017).

FARC-EP (Hrsg.) (2016): Décima Conferencia Nacional Guerrillera; <http://www.farc-ep.co/decima-conferencia/decima-conferencia-nacional-guerrillera.html> (27.07.2017).

FERRO MEDINA J. G. und URIBE RAMÓN G. (2002): El orden de la guerra. Las FARC-EP: Entre la organización y la política. – Bogotá; https://books.google.at/books?id=t97gkuN_QoQC&printsec=frontcover&hl=de&source=gbs_ge_summary_r&cad=0#v=onepage&q&f=false (29.04.2017).

GERSOVITZ M. und KRIGER N. (2013): What Is a Civil War? A Critical Review of Its Definition and (Econometric) Consequences. In: The World Bank Research Observer 28 (2), 159-190, DOI: 10.1093/wbro/lkt005.

GUZMÁN CAMPOS G., FALS BORDA O. und UMAÑA LUNA E. (1962): La Violencia en Colombia. Estudio de un Proceso Social. Segunda Edición. – Bogotá; <https://ia802502.us.archive.org/32/items/laviolenciaencol00guzm/laviolenciaencol00guzm.pdf> (19.04.2017).

KURTENBACH S. (2012): Kolumbien - der weite Weg zu Kriegsbeendigung und Frieden. In: GIGA Focus Lateinamerika 11, 1-8; auch online unter: https://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_lateinamerika_1211.pdf (17.05.2017).

KURTENBACH S. und LUTSCHER P. (2015): Kolumbien – den Frieden gewinnen. In: GIGA Focus Lateinamerika 6, 1-8; auch online unter: https://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_lateinamerika_1506.pdf (17.05.2017).

MATHIEU H. (2013): Abkommen ja, Frieden nein? Aussichten der Verhandlungen in Kolumbien. – Berlin; auch online unter: <http://library.fes.de/pdf-files/iez/09727.pdf> (17.05.2017).

N.N. (2016a) Acuerdo Final para la terminación del conflicto y la construcción de una paz estable y duradera; <http://www.urnadecristal.gov.co/sites/default/files/acuerdo-final-habana.pdf> (27.07.2017).

N.N. (2016b) Acuerdo Final para la terminación del conflicto y la construcción de una paz estable y duradera; <http://www.altocomisionadoparalapaz.gov.co/procesos-y-conversaciones/Documentos%20compartidos/24-11-2016NuevoAcuerdoFinal.pdf> (27.07.2017).

NASI C., RAMÍREZ SILVA W. und LAIR E. (2003): Guerra civil. In: Revista de estudios sociales 14, 119-126, auch online unter: <https://dialnet.unirioja.es/revista/10836/A/2003> (20.07.2017).

NUSSIO E. (2016): Frieden und Gewalt in Kolumbien. In: CSS Analysen der Sicherheitspolitik 191. – Zürich, 1-4; auch online unter: <http://www.css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/CSSAnalyse-191-DE.pdf> (17.06.2017).

PALOU J. C., DUDLEY S., DÍAS KRAUS M., ZULETA S. und RENGIFO J. S. (2011): Informe Final. Investigación: Usos y abusos de la extradición en la lucha contra las drogas. – Bogotá; online unter: <http://www.ideaspaz.org/publications/posts/76> (02.06.2017).

RETTBERG A. und QUIROGA D. (2014): Kolumbien: der Kongress und die Friedensverhandlungen. In: GIGA Focus Lateinamerika 6, 1-7; auch online unter: <https://www.giga-hamburg.de/de/publication/kolumbien-der-kongress-und-die-friedensverhandlungen> (19.04.2017).

SALAS SALAZAR L. G. (2015): Lógicas territoriales y relaciones de poder en el espacio de los actores armados: un aporte desde la geografía política al estudio de la violencia y el conflicto armado en Colombia, 1990-2012. In: Cuadernos de Geografía 24 (1),

157-172; auch online unter: <http://dx.doi.org/10.15446/rcdg.v24n1.47777> (04.05.2017).

SWEIG J. E. (2002): What Kind of War for Colombia? In: Foreign Affairs 81 (5), 122-141; auch online unter: <http://www.idia.net/foreignaffairs/SFR1.pdf> (20.04.2017).

TELESUR (Hrsg.) (2015): Histórico acuerdo de víctimas entre FARC y Gobierno colombiano; online: 15.12.2015, <http://www.telesurtv.net/news/Historico-acuerdo-de-victimas-entre-FARC-y-Gobierno-colombiano-20151214-0054.html> (27.07.2017).

TORRES DEL RÍO C. M. (2015) : Colombia Siglo XX. Desde la guerra de los Mil Días hasta la elección de Álvaro Uribe. – Bogotá; <http://web.a.ebscohost.com.uaccess.univie.ac.at/ehost/ebookviewer/ebook/bmxlYmtfXzEzMzkxNjZfX0FO0?sid=4773155c-7b4a-45b4-a5ce-8c1709efc0ad@sessionmgr4008&vid=0&format=EB&rid=1> (20.04.2017).

TREJOS L. F. und GONZÁLEZ ARANA R. (2013): El Partido Comunista Colombiano y la combinación de todas las formas de lucha. Entre la simpatía internacional y las tensiones locales, 1961 – 1981. In: Revista Izquierdas 17, 64-80; auch online unter: <http://www.redalyc.org/html/3601/360133459003/> (02.05.2017).

VAN OFFEL H. (2017): Kolumbien: der Krieg danach... – ARTE Reportage; online: <http://www.arte.tv/de/videos/074734-000-A/kolumbien-der-krieg-danach> (20.05.2017).

VELÁSQUEZ RIVERA E. J. (2007): Historia del paramilitarismo en Colombia. In: História São Paulo 26 (1), 134-153, auch online unter: <http://www.scielo.br/pdf/his/v26n1/a11v26n1.pdf> (26.05.2017).

ZELIK R. und AZZELLINI D. N. (1999): Kolumbien – Große Geschäfte, staatlicher Terror und Aufstandsbewegung. – Köln; <http://www.neuerisverlag.de/vergriffen/kolumbienbuch.pdf> (19.04.2017).

11 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: politische Karte Kolumbiens.....	11
Abbildung 2: Verbreitung des Konfliktes und des Kokainanbaus.....	14
Abbildung 3: betroffene Gebiete der Violencia	16
Abbildung 4: Guerillapräsenz zwischen 1985 und 1987	20
Abbildung 5: Positionierung der Verhandlungsparteien	84

12 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Prozent der von angegebenen Akteuren Vertriebenen	57
--	----

13 Anhang

13.1 Abstract

Kolumbien wird seit den 1950er Jahren beherrscht von Gewalt und Kämpfen, die neben staatlichen Streitkräften, Guerillabewegungen, Drogenbarone und Paramilitärorganisationen involviert. Der Konflikt ist eingebettet in einen Kontext von Macht- und Un-Machtstrukturen. Ziel dieser Arbeit ist es, diese Machtverhältnisse zum einen durch die Beschreibung der Konfliktdynamik und -entwicklung, zum anderen durch die Diskursanalyse des Friedensabkommens zu beleuchten. Welche Akteure spielen dabei eine besondere Rolle, welche Arten von Machtstrukturen treten auf und wie werden diese sichtbar? Ergebnis ist das Aufzeigen von Machtgewinn und -verlust der verschiedenen Akteure. Dies wird während der Beschreibung des Konfliktverlaufes bereits ersichtlich und durch die Diskursanalyse, in einem begrenzteren Kontext, vertiefend erläutert. Die Komplexität des Konfliktes widerspiegelt sich in den Macht- und Un-Machtverhältnissen, die abhängig von Zeit und Ort sind und zwischen den Akteuren differieren. Es gibt nicht den „einen Mächtigen“ und den „einen Un-Mächtigen“.

13.2 Spanische Zusammenfassung – resumen español

La tesina trata sobre el conflicto armado en Colombia que se gestó desde los años 50 en el siglo XX. El trabajo consiste de dos partes: La primera es la descripción del conflicto. Preguntas importantes son ¿quiénes fueron los actores del conflicto y sus intereses? ¿cómo fue el desarrollo y la dinámica del conflicto colombiano? La segunda parte es un análisis de una parte del acuerdo de paz en cuanto a sus reparto de poderes. Se trata de la Reforma Rural Integral que tiene que ver con la población rural. En cuanto al análisis, las preguntas siguientes tienen prioridad: ¿qué estructuras del poder se pueden manifestar en el acuerdo? ¿quiénes son los actores que ganaron poder y quiénes perdieron? Aparte del análisis del nuevo reparto de poderes que se encuentra en el acuerdo parcial de la Reforma Rural Integral, investigué la influencia de los negociadores. En relación con este tema se pregunta ¿qué influencia tuvo las FARC y qué influencia tuvo el Gobierno? Y ¿cómo se manifiesta la influencia?

La definición de los términos relacionados al conflicto en Colombia presenta que se trata de un conflicto armado interno internacionalizado por el rol y la presencia de los Estados Unidos en él. Además se le puede clasificar como guerra civil, y más precisamente, una guerra civil de guerrillas.

El surgimiento del conflicto se puede reducir a varios factores. Colombia es un país con una desigualdad social enorme. Aún en 2008 casi la mitad de la población vivió en pobreza. La injusta distribución de las tierras provocó pocos pero grandes latifundistas y una de las más altas concentraciones de tierra en el mundo. Además la industrialización de las actividades agrícolas representó otro catalizador del conflicto. La población rural fue desatendida por el Gobierno. La transformación económica en el siglo XX, con la introducción del sistema capitalista, impulsó la brecha entre ricos y pobres. Adicional, el aumento de la población produjo un gran crecimiento de las ciudades, sobre todo la población rural, que fue echada de sus tierras por latifundistas y se mudó hacia los centros urbanos. Nuevos niveles sociales se establecieron. Por estas causas se desarrollaron muchos conflictos entre el campesinado y los latifundistas, desde los años 1930.

La existencia de guerrillas en Colombia se ha mantenido por tanto tiempo, hasta la actualidad. Este fenómeno se puede atribuir a dos hechos: la naturaleza del territorio colombiano y la carencia del estado como órgano de regulación y organización. En

cuanto al primer punto, Colombia se caracteriza por la periferia y la selva, regiones poco pobladas. En los territorios fronterizos cerca de Panamá, Venezuela y Ecuador había muchas oportunidades de ataques y de retirada. El desarrollo ciudad-campo resultó en el aumento de estas regiones. Los Andes contribuyen a la situación por hacerle más difícil la instalación de infraestructura. Esto tiene por resultado la ausencia del estado en todos los territorios. Muchas regiones aisladas no contaron con estructuras estatales. Actividades económicas solo había en los centros urbanos, donde la presencia del estado ejerció el control. Además la vida política tuvo lugar allá, así que los problemas de la población rural no eran parte de la discusión. La abstinecia del estado no solo provocó grupos de guerrillas sino también de paramilitares, que se hicieron cargo de las tareas estatales. Sobre todo la función de protección de la población civil fue la razón del establecimiento de paramilitares. El aumento de la población en los años 60 y 70 causó simultáneamente el crecimiento de miembros de organizaciones subversivas o criminales.

Las opiniones se separan en cuanto al momento del comienzo del conflicto. Algunos historiadores mencionan los años 30, cuando los conflictos agrarios respecto a la concentración de la tierra tuvieron lugar. Sin embargo, muchas veces se encuentra en la literatura la fase de la Violencia entre 1948 y 1959 que marca el comienzo del conflicto armado colombiano. Es la etapa donde surgieron por primera vez estructuras guerrilleras y paramilitares. La Violencia representa en primer lugar luchas por diferentes intereses entre conservadores y liberales. Las organizaciones de protección que se establecieron no solo por estos dos actores sino también por comunistas representan los primeros movimientos guerrilleros. Después de un golpe militar, los partidos conservadores y liberales formaron el Frente Nacional que fue un pacto de 16 años de gobernar juntos. Ni este acontecimiento pudo lograr el fin del conflicto.

La guerra se agudizó en los años 70 y 80 por tres hechos: primero, por la alta concurrencia de grupos guerrilleros; segundo, el establecimiento de organizaciones paramilitares y tercero, la economía ilícita de drogas. Durante esos años el Gobierno logró junto con organizaciones subversivas y paramilitares la demovilización a través de negociaciones. Recién en el año 2016 bajo el presidente Santos sucedió el proceso de paz con los guerrilleros de las FARC que representa un gran triunfo en la historia colombiana. Con el acuerdo de paz, el conflicto armado que duró más de 50 años en total y que costó la vida a más de 220.000 personas casi ha terminado. No obstante sigue la violencia y la expulsión de campesinos por miembros de organizaciones

criminales. Además la guerrilla ELN todavía existe aunque también está negociando con el Gobierno en este momento.

El detonante del periodo de la Violencia fue el atentado contra el candidato a la presidencia del partido liberal Jorge Eliécer Gaitán en 1948. Él fue el héroe del campesinado, un crítico de la política preponderante y de los latifundistas, luchador contra la desigualdad social y un populista. Por la razón de tener otro candidato, que se llamaba Gabriel Turbay, lo que se configuró como una brecha en el partido liberal, que contribuyeron a Ospina Pérez, perteneciente al partido conservador, a ganar las elecciones. La población fue polarizada por esta causa. El 09 de abril de 1948 un levantamiento, nombrado Bogotazo, en Bogotá costó la vida a más de 3.000 personas. Asimismo en el campo surgieron luchas entre militantes liberales y conservadores de todos niveles sociales. Fueron las ideas políticas y diferentes intereses los que formaron la base del conflicto. Sobre todo en los Departamentos de Caldas, Tolima, Antioquia y Norte de Santander donde había una onda de violencia tremenda.

Tanto los liberales como los conservadores formaron grupos de autodefensa, su propio ejército. Los liberales, quienes tuvieron el poder en el Gobierno, contaron con el apoyo del militar estatal, de la policía y de escuadrones de la muerte pagados por el Gobierno. El partido comunista siguió al ejemplo de establecer un ejército. Él luchó contra los conservadores. La combinación de todas las formas de lucha, que incluía la política al lado de la guerra, fue su estrategia durante muchas décadas. Tanto la autodefensa de los comunistas como la de los liberales temprano fueron categorizadas como movimientos guerrillero.

A nivel político la situación no era distinta. Aunque los dos grandes partidos fueron parte del Gobierno hasta el año 1949, no pudieron solucionar el conflicto. Las elecciones de este año se manifestaron en el rechazo del resultado electoral por parte de los liberales y un gobierno autoritario conservador. Cuatro años más tarde, en 1953, un golpe militar dio fin a este gobierno. Rojas Pinilla, el nuevo presidente, promulgó una ley de impunidad para los guerrilleros siempre y cuando dejaran las armas. Así puso casi fin al conflicto, pero por el intento fallido de la resocialización de los combatientes y falsas promesas de reformas continuó la fase de Violencia hasta 1958. Fuerzas armadas del estado expulsaron campesinos de sus tierras y sus haciendas para beneficiarse a sí mismos y detuvieron a los opositores. Una junta militar, que

actuó como solución provisional hasta el establecimiento de la Frente Nacional, negoció con el campesinado para dejar atrás el conflicto del Estado contra la población. La Violencia dejó más de 180.000 muertos en los 10 años.

El desarrollo de los movimientos guerrilleros se manifestó en la fase de la Violencia. Surgieron tres grandes guerrillas, las FARC, el ELN y el EPL, que contaron en total unos 600 combatientes. La cantidad de miembros siempre estaba conectada con la política prevaleciente. Por ejemplo, el Frente Nacional impulsó el crecimiento de estos grupos por la insatisfacción de la población con el Gobierno. A finales de los 70 ya consistían en más de 4.000 luchadores. La exigencia prioritaria de una reforma agraria, el mejoramiento de la situación laboral y de la población rural a principios del desarrollo de los movimientos perdieron su importancia con el tiempo. En lugar de eso lucharon contra el sistema de bipartidismo de los conservadores y liberales y querían un cambio drástico del sistema político en general. Los movimientos subversivos se diferenciaron por diferentes ideologías comunistas. A causa del plan de ganar más poder político y militar se conectaron todos los grupos guerrilleros en una federación central, la Coordinadora Guerrillera Simón Bolívar, a mitad de los años 80. Pocos años más tarde se disolvió la coordinadora por diferencias y opiniones infraqueables.

Cada uno de los grupos guerrilleros vivió su propio desarrollo. Mientras las FARC y el ELN continuaron hasta ahora, el EPL y el M-19, otro grupo guerrillero que se fundó en 1970, se decidieron por la desmovilización a principios de los 90. A partir de 2002 el poder guerrillero se estaba desmantelando poco a poco, no tanto en su cantidad de combatientes sino también en la presencia en los territorios invadidos.

Las FARC, que era el grupo subversivo más poderoso y viejo, se fundaron durante la Violencia cuando establecieron en repúblicas independientes. Estas repúblicas fueron gestionadas por ellos, y fueron al mismo tiempo el lugar del trabajo para el partido comunista y el lugar del reclutamiento de combatientes. El ataque contra la república de Marquetalia por las fuerzas armadas estatales fue factor desencadenante por la fundación de las FARC bajo Manuel Marulanda y Jacobo Arenas en 1966. El movimiento subversivo fue considerado como brazo militar oficial del partido comunista PCC. La colaboración entre los dos actores y el uso de la estrategia doble de todas las formas de lucha no siempre existió. Cambios en la rama ejecutiva, visiones e ideas distintas y conflictos de interés provocaron la ruptura de las FARC y del PCC en 1977. Poco tiempo después, cuando el partido político legal de las FARC,

la Unión Patriótica, desapareció de la vida política, revivieron la relación entre los dos actores. En 1982 las FARC añadieron el signo taquigráfico EP, que significa ejército popular, y propusieron su meta de ganar más poder político. Durante los años del conflicto las FARC lograron tener presencia en 16 de 32 Departamentos que hay en Colombia. En comparación, hasta 2000 se juntaron alrededor de 18.000 personas como combatientes al grupo subversivo, unos 12.000 extra de milicias. Nueve años más tarde las FARC contaron con 8.300 luchadores activos y 3.300 milicias. La gran diferencia se manifestó en el proceso de desmovilización o de ser víctima del conflicto armado.

El M-19 esuvo activo sobre todo en los centros, razón por la que se diferencia de los otros grupos subversivos. El movimiento causó sensación por sus métodos escandalosos. Por ejemplo ocupó el palacio de justicia en Bogotá en noviembre 1985. El gobierno respondió a través de una acción militar que costó la vida a cientos de personas. Adicionalmente, dañó tanto al M-19, que este grupo dejó sus actividades guerrilleras y formó un partido político.

En cuanto a la situación política, al Gobierno, se encontraron tanto presidentes con una política de represión como presidentes que intentaron solucionar el conflicto a través de negociaciones de paz. Después del Frente Nacional, en 1979 bajo Turbay llegó el conflicto al máximo por primera vez. Sostuvo una política de seguridad, con una represión gigante contra los guerrilleros, un aumento de poder para las fuerzas armadas del estado y la gestión de la estrategia del desaparecer de una gran cantidad de personas. Su comportamiento produjo la concurrencia a grupos subversivos. Además decretó el estado de excepción en el país que mantuvo hasta finales del periodo del siguiente presidente Betancur. Él era el contrario de Turbay, promulgó una ley de amnistía, proclamó cese de fuego en 1984 y negoció con las FARC, el EPL y el M-19. El hecho de que el Gobierno negociara con guerrilleros provocó el establecimiento de un nuevo actor en el conflicto, los paramilitares. Ellos mantuvieron una relación estrecha con latifundistas, ganaderos y líderes de carteles y los protegieron de los métodos de extorsión de los guerrilleros. Mientras el EPL y el M-19 empezaron de nuevo a luchar contra el ejército del estado, dado que el cese de fuego terminó por ataques precedentes de la milicia-estatal, por lo tanto el proceso de paz falló, las FARC lograron establecer un partido político legal a finales de las negociaciones, las cuales fueron continuadas bajo la presidencia de Virgilio Barco

hasta 1986. La Unión Patriótica, el partido de las FARC, se aferró a la estrategia de la política y de la guerra. Mientras los combatientes lucharon en el campo contra fuerzas armadas estatales y paramilitares, la Unión Patriótica intentó ganar votos en las elecciones en 1986 con su candidato Pardo Leal. Fueron las elecciones más exitosas para un partido de la izquierda en la historia colombiana a pesar del triunfo de Barco, perteneciente al partido conservador. De todos modos la Unión Patriótica ocupó 14 alcaldías. Como respuesta militar y paramilitares, atacaron los pueblos que quedaron en manos del nuevo partido. Además asesinaron al candidato Pardo Leal y a más de 3.000 simpatizantes. Se hablaba de un genocidio político. En 2002 el partido se disolvió a causa de los asesinatos y discrepancias de pareceres entre los afiliados. No solo la Unión Patriótica, sino también el partido que surgió del M-19 fueron víctimas de la violencia de los paramilitares. Aparte de los guerrilleros que querían participar en la vida política, los paramilitares también cambiaron su función de protección por intereses políticos. Ellos crearon en 1989 el partido MORENA que pocos años después desapareció del escenario político.

Durante el mandato de Barco la intensidad del conflicto culminó. La problemática del tráfico de drogas y el establecimiento de paramilitares dejaron más de 9.000 víctimas. Cuando el candidato de presidencia Galán fue asesinado por Gacha y Escobar, dos grandes líderes de carteles de drogas, el presidente Barco contraatacó. Los carteles de drogas ordenaron más de 150 bombardeos. La guerra sucia empezó con muchas víctimas civiles. César Gaviria, que siguió en 1990, pudo lograr un mejoramiento en cuanto al conflicto por el cambio de la constitución, que inició una apertura democrática, y en cuanto al tráfico de drogas con el asesinato de Escobar. Además creó cooperativas de seguridad como apoyo militar estatal, quienes fueron prohibidas pronto después de criticarlas como organizaciones paramilitares. Desde hace bastante tiempo la cooperación entre instituciones estatales y paramilitares era conocida aunque clandestino.

Ernesto Samper, involucrado en los negocios ilegales de drogas, no contribuyó a la situación y la guerra se agravó de nuevo. Los grupos paramilitares pasaron de 250 grupos. A mitad de los años 90 las FARC contaron con tantos combatientes y habían alcanzado un gran nivel de poder por lo que representaron un peligro para el sistema político. El siguiente presidente, Andrés Pastrana decidió conversar otra vez con los guerrilleros y entabló las negociaciones en 1999 en una zona demobilizada. Ni los representantes de la Guerrilla, ni los del Gobierno tomaron el proceso en serio.

Mientras las FARC reclutaron más y más personas y perfeccionaron sus conocimientos bélicos, el Gobierno estableció contacto con el Gobierno estadounidense para trazar el Plan Colombia. Este plan tuvo como metas la lucha contra los guerrilleros y contra el tráfico de drogas. Los Estados Unidos representaban un aliado de Colombia. Ya desde el principio estuvieron involucrados en el conflicto colombiano con la ayuda militar durante la Violencia hasta acuerdos de extradición y transferencias de millones de dólares.

Después de Pastrana ganó Álvaro Uribe las elecciones presidenciales. Él era considerado como un presidente controvertido por tener relaciones con los paramilitares y por estar involucrado en los comercios de drogas. La población estaba polarizada, unos fueron sus patrocinadores, otros deprecionaron sus acciones políticas. En general logró limitar la intensidad del conflicto. Hubo una gran demovilización de paramilitares y de guerrilleros a partir de 2002. Más de 50.000 personas participaron y dejaron sus armas en contrapartida de amnistía. El proceso fue criticado por la población y llamado la legalización del paramilitar. Además, el escándalo de los falsos positivos tuvo lugar durante su mandato. Fueron miles de personas, muchos civiles que estaban en relación con la Guerrilla u organizaciones sociales, pero también personas marginadas en las orillas de los centros urbanos que perdieron su vida. Las fuerzas armadas estatales con la ayuda gubernamental mataron a estas personas para mostrar el éxito del presidente Uribe en cuanto a la lucha contra los combatientes. Lo que sí logró Uribe fue subir la seguridad en todo el país y reducir los miembros de la Guerrilla y del grupo paramilitar.

A partir de 2010 Juan Manuel Santos es el presidente actual de Colombia. Para la gran sorpresa de Uribe cambió la estrategia. En vez de luchar contra los guerrilleros, Santos defendió su estrategia de lograr la paz a través de negociaciones. En 2012 empezó el proceso de paz, que tuvo lugar en La Habana, Cuba. Representantes del gobierno junto con representantes de las FARC concibieron una agenda de seis temas, los que formaron la base de los negociaciones. Después de cuatro años negociando, el acuerdo de paz fue rechazado por la población en un referéndum. Renegociaron dos meses más hasta que en noviembre 2016 se ratificó mediante el congreso el nuevo acuerdo de paz.

El conflicto armado provocó en total más de 6 millones de expulsados de sus tierras y costó la vida a miles de personas. El gobierno no logró durante décadas poner fin a la

guerra. La dinámica se desarrolló en respuesta de la política ejercida. La represión provocó un crecimiento de guerrilleros. Este hecho llevó al establecimiento de grupos paramilitares consigo. Los fallos de las negociaciones tuvieron el mismo efecto. Adicionalmente, el comercio de drogas agravó la situación. La población civil era la víctima más grande. Había mucha violación de los derechos humanos sin condenas apropiadas o compensaciones.

Hoy todavía existen formas de paramilitares como las bacrim, bandas criminales, que actúan de una manera parecida. La Guerrilla ELN está conversando con el Gobierno y el conflicto por las drogas sigue, aunque en menor intensidad.

La parte del contexto del conflicto sigue el análisis y la interpretación de una parte del acuerdo de paz. Este documento consiste de tres partes: la introducción, la parte principal y el apéndice. La parte principal se ocupa de seis grandes temas: la reforma rural, la apertura democrática, el fin del conflicto, las drogas ilícitas, las víctimas y la implementación del acuerdo. Estos temas están relacionados estrechamente con los temas de justicia social, compensación, exclusión política, sostenibilidad, necesidades básicas, seguridad, respeto de los derechos humanos, igualdad de oportunidades, producción laboral alternativa, resolución de delitos y verdad.

Usé el método “análisis de discurso” para relevar estructuras de poder en el acuerdo parcial “Hacia un Nuevo Campo Colombiano: Reforma Rural Integral”. Por una parte, analicé el texto en cuanto a los actores que aparecen. Por otra parte puse el foco a los dos negociadores FARC y Gobierno.

En cuanto al primer análisis resultó un cambio de repartos de poderes desde el Gobierno a la población rural. Se puede subdividir la población rural en tres grupos: las comunidades rurales, las mujeres rurales y el campesinado incluidos pequeños y medianos productores. A estos tres actores está dedicado un principio en la introducción del capítulo. En cuanto a las comunidades es el principio de participación, las mujeres rurales están mencionadas explícitamente en la igualdad y enfoque de género, el último actor está representado en el principio de desarrollo integral del campo. Además los tres actores desempeñan, como está descrito en el acuerdo, un papel importante. Respecto a las comunidades, están mencionadas muchas veces relacionadas con la participación en cuanto al desarrollo de planes, a la ejecución de estos y a la vigilancia de los programas. Tienen la posibilidad de cooperar junto con

las instituciones políticas en el desarrollo rural. Se habla de una participación activa, es decir, no solo su presencia es importante, sino sus propuestas. En general las comunidades cuentan con un crecimiento en su poder y su derecho de cogestión que está demostrado en el uso de términos concretos relacionados con la participación. Las comunidades se vuelven un actor más poderoso, independiente, capaz de tomar decisiones, casi parece dominante. La influencia por parte de las comunidades está limitada algunas veces por la posición de los representantes políticos. En este caso las comunidades todavía pueden participar activamente en los procesos de decisiones pero la última palabra está en mano de las autoridades políticas.

Las mujeres rurales juegan un rol específico en el acuerdo. Están mencionadas explícitamente, aparte de los hombres. Esto tiene el efecto de que quieren superar la imagen tradicional de la mujer, el estereotipo, las barreras con las que están confrontadas en su vida. En la parte de la Reforma Rural Integral la meta es el fortalecimiento de la posición social y política de las mujeres en la sociedad colombiana. Para lograr esto se sustenta en el apoyo económico, social, físico y asesor. Además las mujeres rurales son parte de los grupos prioritarios, es decir, en los programas y proyectos siempre tienen una posición ventajosa. La igualdad de género gana importancia. En comparación con las comunidades en general, las mujeres reciben más poder por la participación extra en los tres puntos mencionados en el acuerdo.

El campesinado tiene prioridad como las mujeres. Recibe apoyo económico y físico a través de la distribución de tierras, la legalización de propiedades y el saneamiento de sus bienes así la asistencia técnica. La parte más importante en cuanto a este actor es la restitución de tierras a los propietarios apropiados, los cuales fueron robados durante el conflicto. El apoyo tiene como meta el cultivo autónomo y sostenible de los pequeños productores y productoras para poder asegurar su subsistencia. Por consecuencia lleva una mayor capacidad de tomar decisiones. Esta autonomía de los pequeños campesinos está contestada y relativizada de manera sutil por la asociatividad con medianos y grandes productores.

Para resumir, lo que está atestiguado claramente es un cambio en el reparto de poderes. La primera parte del acuerdo revela el crecimiento de poderes en cuanto a la población rural por la participación activa. No obstante, son el Gobierno y los representantes políticos los que tienen el poder en mano por ser la única instancia de toma de decisiones. Su pretensión de poder fue ampliada en la segunda edición del

acuerdo de paz. Después de las renegociaciones las comunidades perdieron poder en algunos asuntos, lo que fue revelado por la comparación de los dos acuerdos.

El segundo análisis trata de la influencia por parte de las FARC y por parte del Gobierno. Resultó que las FARC pudieron lograr la implementación de muchas de sus exigencias en la parte de la Reforma Rural Integral. El acuerdo hace caso de los intereses de la Guerrilla, los que están demostrados en la igualdad social, creación de trabajo para la población rural, la lucha contra el analfabetismo y contra el hambre. Sobre todo la población campesina tiene prioridad para las FARC y como está mencionado ya antes, este grupo recibe mucha atención. En comparación al manifiesto de la octava conferencia, el documento que menciona las exigencias de los guerrilleros a partir del año 1964, y el acuerdo parcial de la Reforma Rural Integral hay un gran consenso. La asistencia técnica, el mejoramiento de la infraestructura, el acceso más fácil a créditos para campesinos, la ampliación del sistema sanitario y además del sistema educativo, inversiones en la construcción de viviendas y en la educación y la creación de vías comunicativas entre centros productivos y de consumo. Lograron la implementación de la sostenibilidad y el trato respetuoso respecto al medioambiente por medidas diferentes. En relación con este ruego se encuentra el sistema catastral planeado, las Zonas de Reserva Campesina y el cierre de la frontera agrícola.

El punto más importante para las FARC era la restitución de tierras al propietario legítimo. Acá se ve el proceso de compromiso. Aunque lograron la restitución de más de 7 millones de hectáreas de tierras, no lograron la extracción de tierra de los latifundistas. Además, exigieron un precio mínimo para productos agrícolas lo que resultó en otras medidas que apoyan a los campesinos como el acceso más fácil a créditos, un sistema de información de precios regionales y seguros de cosecha subsidiados.

Son pocas las exigencias de las FARC mencionadas en el manifiesto del año 1964 que no se encuentran en el acuerdo de paz. Así que en general se puede decir que las FARC influyeron de una manera más dominante en la parte de la Reforma Rural Integral que el Gobierno. Lo que no significa que en las otras partes del acuerdo haya pasado lo mismo. Por ejemplo en cuanto a la justicia hubo un empeoramiento para los guerrilleros. Además, después de las renegociaciones, las FARC tienen que entregar sus bienes y contribuir de esta manera a la compensación de las víctimas.

13.3 Gliederung des Friedensabkommens

1 Hacia un Nuevo Campo Colombiano: Reforma Rural Integral (RRI)

1.1. Acceso y Uso. Tierras improductivas. Formalización de la propiedad.

Frontera agrícola y protección de zonas de reserva.

1.1.1 Fondo de Tierras para la Reforma Rural Integral

1.1.2 Otros mecanismos para promover el acceso a la tierra

1.1.3 Personas beneficiarias

1.1.4 Acceso integral

1.1.5 Formalización masiva de la pequeña y mediana propiedad rural

1.1.6 Tierras inalienables e inembargables

1.1.7 Restitución

1.1.8 Algunos mecanismos de resolución de conflictos de tenencia y uso y de fortalecimiento de la producción alimentaria

1.1.9 Formación y actualización del catastro e impuesto predial rural

1.1.10 Cierre de la frontera agrícola y protección de zonas de reserva

1.2 Programas de Desarrollo con Enfoque Territorial (PDET)

1.2.1 Objetivo

1.2.2 Criterios de priorización

1.2.3 Planes de acción para la transformación regional

1.2.4 Mecanismos de participación

1.2.5 Medios

1.2.6 Seguimiento y evaluación

1.3 Planes Nacionales para la Reforma Rural Integral

1.3.1 Infraestructura y adecuación de tierras

1.3.1.1 Infraestructura vial

1.3.1.2 Infraestructura de riego

1.3.1.3 Infraestructura eléctrica y de conectividad

1.3.2 Desarrollo social: salud, educación, vivienda, erradicación de la pobreza

1.3.2.1 Salud

1.3.2.2 Educación rural

1.3.2.3 Vivienda y agua potable

- 1.3.3 Estímulos a la producción agropecuaria y a la economía solidaria y cooperativa. Asistencia Técnica. Subsidios. Crédito. Generación de ingresos. Mercadeo. Formalización laboral.
 - 1.3.3.1 Estímulos a la economía solidaria y cooperativa
 - 1.3.3.2 Asistencia técnica
 - 1.3.3.3 Subsidios, generación de ingresos y crédito
 - 1.3.3.4 Mercadeo
 - 1.3.3.5 Formalización laboral rural y protección social
 - 1.3.3.6 Asociatividad
 - 1.3.4 Sistema para la garantía progresiva del derecho a la alimentación
- 2 Participación política: Apertura democrática para construir la paz
- 2.1 Derechos y garantías plenas para el ejercicio de la oposición política en general, y en particular para los nuevos movimientos que surjan luego de la firma del Acuerdo Final. Acceso a medios de comunicación.
 - 2.1.1 Derechos y garantías para el ejercicio de la oposición política en general
 - 2.1.1.1 Estatuto de garantías para el ejercicio de la oposición política
 - 2.1.2 Garantías de seguridad para el ejercicio de la política
 - 2.1.2.1 Sistema Integral de Seguridad para el Ejercicio de la Política
 - 2.1.2.2 Garantías de seguridad para líderes y lideresas de organizaciones y movimientos sociales y defensores y defensoras de derechos humanos
 - 2.2 Mecanismos democráticos de participación ciudadana, incluidos los de participación directa, en los diferentes niveles y diversos temas
 - 2.2.1 Garantías para los movimientos y organizaciones sociales
 - 2.2.2 Garantías para la movilización y la protesta pacífica
 - 2.2.3 Participación ciudadana a través de medios de comunicación comunitarios, institucionales y regionales
 - 2.2.4 Garantías para la reconciliación, la convivencia, la tolerancia y la no estigmatización, especialmente por razón de la acción política y social en el marco de la civilidad
 - 2.2.5 Control y veeduría ciudadana
 - 2.2.6 Política para el fortalecimiento de la planeación democrática y participativa

2.3 Medidas efectivas para promover una mayor participación en la política nacional, regional y local de todos los sectores, incluyendo la población más vulnerable, en igualdad de condiciones y con garantías de seguridad

2.3.1 Promoción del pluralismo político

2.3.1.1 Medidas para promover el acceso al sistema político

2.3.1.2 Medidas para promover la igualdad de condiciones en la competencia política

2.3.2 Promoción de la participación electoral

2.3.3 Promoción de la transparencia

2.3.3.1 Medidas para la promoción de la transparencia en los procesos electorales

2.3.3.2 Medidas de transparencia para la asignación de la pauta oficial

2.3.4 Reforma del régimen y de la organización electoral

2.3.5 Promoción de una cultura política democrática y participativa

2.3.6 Promoción de la representación política de poblaciones y zonas especialmente afectadas por el conflicto y el abandono

2.3.7 Promoción de la participación política y ciudadana de la mujer en el marco del presente Acuerdo

2.3.8 Creación de un nuevo espacio para dar acceso a medios a los partidos y movimientos políticos

3 Fin del Conflicto

3.1 Acuerdo sobre Cese al Fuego y de Hostilidades Bilateral y Definitivo y Dejar las Armas entre el Gobierno Nacional y las FARC-EP

3.1.1 Introducción

3.1.1.1 Definiciones

3.1.1.2 Objetivo

3.1.1.3 Suministro de información

3.1.1.4 Anuncio e Inicio del CFHBD y DA

3.1.1.5 Difusión y Comunicación

3.1.1.6 Cronograma

3.1.2 Reglas que Rigen el CFHBD y DA

3.1.3 Monitoreo y Verificación

3.1.3.1 Solución de controversias para el CFHBD y DA

3.1.4 Adaptación de los dispositivos en el terreno y Zonas

- 3.1.4.1 Zonas Verdes Transitorias de Normalización (ZVTN)
- 3.1.4.2 Zona de Seguridad
- 3.1.4.3 Establecimiento de Zonas Campamentarias y rutas de desplazamiento
- 3.1.4.4 Inicio del desplazamiento
- 3.1.4.5 Espacio aéreo
- 3.1.5 Seguridad
- 3.1.6 Logística
- 3.1.7 Dejación de las Armas (DA)
 - 3.1.7.1 Procedimiento
- 3.2 Reincorporación de las FARC-EP a la vida civil - en lo económico, lo social y lo político - de acuerdo con sus intereses
 - 3.2.1 Reincorporación política
 - 3.2.1.1 Garantías para el nuevo partido o movimiento político
 - 3.2.1.2 Representación política
 - 3.2.2 Reincorporación económica y social
 - 3.2.2.1 Organización para la reincorporación colectiva económica y social
 - 3.2.2.2 Centro de pensamiento y formación política
 - 3.2.2.3 Organización institucional - Consejo Nacional de la Reincorporación (CNR)
 - 3.2.2.4 Acreditación y Tránsito a la legalidad
 - 3.2.2.5 Reincorporación para los menores de edad que han salido de los campamentos de las FARC-EP
 - 3.2.2.6 Identificación de necesidades del proceso de reincorporación económica y social
 - 3.2.2.7 Garantías para una reincorporación económica y social sostenible
 - 3.2.2.8 Otros Recursos para proyectos de reincorporación económico
- 3.3 Obligaciones de los excomandantes guerrilleros/as integrantes de los órganos directivos de la nueva fuerza política que surja del tránsito de las FARC-EP a la legalidad para garantizar la correcta ejecución y la estabilidad del Acuerdo Final de Paz
- 3.4 „Acuerdo sobre garantías de seguridad y lucha contra las organizaciones y conductas criminales responsables de homicidios y masacres, que atenten contra defensores/as de derechos humanos, movimientos sociales o movimientos políticos o que amenacen o atenten contra las personas que participen en la

implementación de los acuerdos y la construcción de la paz, incluyendo las organizaciones criminales que hayan sido denominadas como sucesoras del paramilitarismo y sus redes de apoyo“

3.4.1 Principios orientadores

3.4.2 Pacto Político Nacional

3.4.3 Comisión Nacional de Garantías de Seguridad para el desmantelamiento de las organizaciones y conductas criminales responsables de homicidios y masacres, que atentan contra defensores/as de derechos humanos, movimientos sociales o movimientos políticos o que amenacen o atenten contra las personas que participen en la implementación de los acuerdos y la construcción de la paz, incluyendo las organizaciones criminales que hayan sido denominadas como sucesoras del paramilitarismo y sus redes de apoyo, en adelante la Comisión Nacional de Garantías de Seguridad.

3.4.4 Unidad Especial de investigación para el demantelamiento de las organizaciones y conductas criminales responsables de homicidios y masacres, que atentan contra defensores/as de derechos humanos, movimientos sociales o movimientos políticos o que amenacen o atenten contra las personas que participen en la implementación de los acuerdos y la construcción de la paz, incluyendo las organizaciones criminales que hayan sido denominadas como sucesoras del paramilitarismo y sus redes de apoyo“

3.4.5 Integración del Cuerpo Élite

3.4.6 Garantías básicas para el ejercicio de la función de fiscal, jueces y otros servidores/as públicos

3.4.7 Sistema Integral de Seguridad para el Ejercicio de la Política

3.4.7.1 Medidas de protección, seguridad personal y colectiva

3.4.7.2 Instancia de Alto nivel del Sistema Integral de Seguridad para el Ejercicio de la Política

3.4.7.3 Delegado/a Presidencial

3.4.7.4 Programa de protección integral para las y los integrantes del nuevo movimiento o partido político que surja del tránsito de las FARC-EP a la actividad legal, actividades y sedes, así como a las y los antiguos integrantes de las FARC-EP que se reincorporen a la vida civil y a las familias de todos los anteriores, de acuerdo con el nivel de riesgo.

3.4.7.4.1 Subdirección especializada de seguridad y protección en la UNP

- 3.4.7.4.2 Mesa Técnica de Seguridad y Protección
- 3.4.7.4.3 Cuerpo de Seguridad y Protección
- 3.4.7.4.4 Ejecución del Programa de reconciliación, convivencia y prevención de la estigmatización
- 3.4.7.4.5 Medidas en materia de autoprotección
- 3.4.8 Programa Integral de Seguridad y Protección para las comunidades y organizaciones en los territorios
- 3.4.9 Instrumento de prevención y monitoreo de las organizaciones criminales objeto de este acuerdo
- 3.4.10 Implementación de un mecanismo nacional de supervisión e inspección territorial a los servicios de vigilancia y seguridad privada
- 3.4.11 Medidas de prevención y lucha contra la corrupción
 - 3.4.11.1 Instrumentos de verificación y control institucional
 - 3.4.11.2 Medidas de acción para contener la penetración de las organizaciones y conductas criminales objeto de este acuerdo en el ejercicio de la política
- 3.4.12 Otras disposiciones a efectos de Garantías
- 3.4.13 Sometimiento o acogimiento a la justicia de las organizaciones antes señaladas
- 4 Solución al Problema de las Drogas Ilícitas
 - 4.1 Programas de sustitución de cultivos de uso ilícito. Planes integrales de desarrollo con participación de las comunidades - hombres y mujeres - en el diseño, ejecución y evaluación de los programas de sustitución y recuperación ambiental de las áreas afectadas por dichos cultivos.
 - 4.1.1 Principios
 - 4.1.2 Objetivos
 - 4.1.3 Descripción y elementos del Programa Nacional Integral de Sustitución de Cultivos de Uso Ilícito
 - 4.1.3.1 Condiciones de seguridad para las comunidades y los territorios afectados por los cultivos de uso ilícito
 - 4.1.3.2 Acuerdos con las comunidades
 - 4.1.3.3 Priorización de territorios
 - 4.1.3.4 Tratamiento penal diferencial

- 4.1.3.5 Construcción participativa y desarrollo de los planes integrales comunitarios y municipales de sustitución y desarrollo alternativo (PISDA)
- 4.1.3.6 Componentes de los planes integrales de sustitución
- 4.1.4 Implementación del Programa Nacional Integral de Sustitución de Cultivos de Uso Ilícito en Parques Nacionales Naturales - PNN
- 4.1.5 Estrategia de comunicación
- 4.1.6 Financiación
- 4.2 Programas de Prevención del Consumo y Salud Pública
 - 4.2.1 Programa Nacional de Intervención Integral frente al Consumo de Drogas Ilícitas
 - 4.2.1.1 Principios
 - 4.2.1.2 Sistema Nacional de Atención a las Personas Consumidoras de Drogas Ilícitas
 - 4.2.1.3 Revisión y ajuste participativo de la política pública frente al consumo de drogas ilícitas
 - 4.2.1.4 Planes de acción participativos con enfoque territorial y poblacional
 - 4.2.1.5 Evaluación y seguimiento de las acciones que se adelanten en materia de consumo
 - 4.2.1.6 Generación de conocimiento en materia de consumo de drogas ilícitas
- 4.3 Solución al fenómeno de producción y comercialización de narcóticos
 - 4.3.1 Judicialización efectiva
 - 4.3.2 Estrategia contra los activos involucrados en el narcotráfico y el lavado de activos
 - 4.3.3 Control de insumos
 - 4.3.4 Estrategia de lucha contra la corrupción
 - 4.3.5 Conferencia Internacional y espacios de diálogos regionales
 - 4.3.6
- 5 Acuerdo sobre las Víctimas del Conflicto: „Sistema Integral de Verdad, Justicia, Reparación y No Repetición“, incluyendo la Jurisdicción Especial para la Paz; y Compromiso sobre Derechos Humanos
 - 5.1 Sistema Integral de Verdad, Justicia, Reparación y No Repetición
 - 5.1.1 Verdad: Comisión para el Esclarecimiento de la Verdad, la Convivencia y la No Repetición y Unidad para la Búsqueda de Personas dadas por Desaparecidas en el contexto y en razón del conflicto

- 5.1.1.1 Comisión para el Esclarecimiento de la Verdad, la Convivencia y la No Repetición
 - 5.1.1.1.1 Criterios orientadores
 - 5.1.1.1.2 Mandato
 - 5.1.1.1.3 Período objeto de estudio de la Comisión (ámbito temporal)
 - 5.1.1.1.4 Funciones
 - 5.1.1.1.5 Proceso de escogencia
 - 5.1.1.1.6 Presidente/a de la Comisión
 - 5.1.1.1.7 Duración
 - 5.1.1.1.8 Compromisos de contribución al esclarecimiento
 - 5.1.1.1.9 Financiación
 - 5.1.1.1.10 Comité de seguimiento y monitoreo a la implementación de las recomendaciones de la Comisión
- 5.1.1.2 Unidad para la Búsqueda de Personas dadas por Desaparecidas en el contexto y en razón del conflicto (UBPD)
- 5.1.2 Justicia
- 5.1.3 Reparación: Medidas de reparación integral para la construcción de paz
 - 5.1.3.1 Actos tempranos de reconocimiento de responsabilidad colectiva
 - 5.1.3.2 Acciones concretas de contribución a la reparación
 - 5.1.3.3 Reparación colectiva en el fin del conflicto
 - 5.1.3.3.1 Carácter reparador de los Planes de Desarrollo Rural con Enfoque Territorial (PDET)
 - 5.1.3.3.2 Planes de reparación colectiva con enfoque territorial
 - 5.1.3.3.3 Planes nacionales de reparación colectiva
 - 5.1.3.4 Rehabilitación psico-social
 - 5.1.3.4.1 Medidas de recuperación emocional a nivel individual
 - 5.1.3.4.2 Plan de rehabilitación psico-social para la convivencia y la no repetición
 - 5.1.3.5 Procesos colectivos de retornos de personas en situación de desplazamiento y reparación de víctimas en el exterior
 - 5.1.3.6 Medidas sobre restitución de tierras

- 5.1.3.7 Adecuación y fortalecimiento participativo de la Política de atención y reparación integral a víctimas en el marco del fin del conflicto y contribución a la reparación material de las víctimas
- 5.1.4 Garantías de no repetición
- 5.2 Compromiso con la promoción, el respeto y la garantía de los derechos humanos
 - 5.2.1 Fortalecimiento de los mecanismos de promoción de los derechos humanos
 - 5.2.2 Fortalecimiento de los mecanismos de protección de la labor que desempeñan los defensores de derechos humanos y sus organizaciones
 - 5.2.3 Prevención y protección de los derechos humanos
- 5.3 Acuerdo complementario sobre el „Sistema Integral de Verdad, Justicia, Reparación y No Repetición“
- 6 Implementación, verificación y refrendación
 - 6.1 Mecanismos de implementación y verificación
 - 6.1.1 Plan Marco de Implementación de los Acuerdos
 - 6.1.2 Medidas para incorporar la implementación de los acuerdos con recursos territoriales
 - 6.1.3 Otras medidas para contribuir a garantizar la implementación de los acuerdos
 - 6.1.4 Promoción de la participación de organizaciones sociales y comunitarias en la ejecución
 - 6.1.5 Sistema Integrado de Información y medidas para la transparencia para la Implementación
 - 6.1.6 Funciones de la Comisión de Seguimiento, Impulso y Verificación a la Implementación del Acuerdo Final (CSIVI)
 - 6.1.7 Composición (betrifft CSIVI)
 - 6.1.7.1 CSIVI Ampliada
 - 6.1.7.2 Ubicación y Temporalidad
 - 6.1.8 Inicio de la implementación del Acuerdo Final
 - 6.1.9 Prioridades para la implementación normativa
 - 6.1.10 Calendario de implementación normativa durante los primeros 12 meses tras la firma del Acuerdo Final, conforme a lo establecido en el Acto Legislativo 1 de 2016

- 6.1.11 Implementación prioritaria
- 6.2 Capítulo Étnico
 - 6.2.1 Consideraciones
 - 6.2.2 Principios
 - 6.2.3 Salvaguardas y garantías
- 6.3 Componente internacional de verificación de la Comisión de Seguimiento, Impulso y Verificación a la Implementación del Acuerdo Final (CSIVI)
 - 6.3.1 Criterios orientadores del mecanismo de verificación
 - 6.3.2 Composición del mecanismo de verificación y funciones
 - 6.3.3 Misión política de verificación de las Naciones Unidas
 - 6.3.4 Calidades del verificador
 - 6.3.5 Temporalidad del componente internacional de verificación
- 6.4 Componente de acompañamiento internacional
 - 6.4.1 Criterios generales
 - 6.4.2 Acompañamiento internacional
- 6.5 Herramientas de difusión y comunicación
- 6.6 Acuerdo sobre „Refrendación“

13.4 Teilabkommen

Acuerdo Final
24.11.2016

Los delegados y delegadas del Gobierno de la República de Colombia (el Gobierno Nacional) y las Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC-EP), respecto a:

1. Hacia un Nuevo Campo Colombiano: Reforma Rural Integral

Consideran:

Que en el marco del presente Acuerdo para la Terminación del Conflicto, la Reforma Rural Integral, en adelante RRI, sienta las bases para la transformación estructural del campo, crea condiciones de bienestar para la población rural —hombres y mujeres— y de esa manera contribuye a la construcción de una paz estable y duradera.

Que a juicio del Gobierno esa transformación debe contribuir a revertir los efectos del conflicto y a cambiar las condiciones que han facilitado la persistencia de la violencia en el territorio. Y que a juicio de las FARC-EP dicha transformación debe contribuir a solucionar las causas históricas del conflicto, como la cuestión no resuelta de la propiedad sobre la tierra y particularmente su concentración, la exclusión del campesinado y el atraso de las comunidades rurales, que afecta especialmente a las mujeres, niñas y niños.

Que la RRI concibe el territorio rural como un escenario socio-histórico con diversidad social y cultural, en el que las comunidades —hombres y mujeres— desempeñan un papel protagónico en la definición del mejoramiento de sus condiciones de vida y en la definición del desarrollo del país dentro de una visión de integración urbano-rural.

Que el desarrollo rural integral es determinante para impulsar la integración de las regiones y el desarrollo social y económico equitativo del país. La RRI debe lograr la gran transformación de la realidad rural colombiana, que integre las regiones, erradique la pobreza, promueva la igualdad, asegure el pleno disfrute de los derechos de la ciudadanía y como consecuencia garantice la no repetición del conflicto y la erradicación de la violencia.

Que una verdadera transformación estructural del campo requiere adoptar medidas para promover el uso adecuado de la tierra de acuerdo con su vocación y estimular la formalización, restitución y distribución equitativa de la misma, garantizando el acceso progresivo a la propiedad rural de quienes habitan el campo y en particular a las mujeres rurales¹ y la población más vulnerable, regularizando y democratizando la propiedad y promoviendo la desconcentración de la tierra, en cumplimiento de su función social.

Que esa transformación estructural requiere también que se promueva la igualdad de oportunidades entre hombres y mujeres mediante la adopción de medidas específicas para garantizar que mujeres y hombres participen y se beneficien en pie de igualdad de la implementación de este Acuerdo.

¹ Según lo establecido en la ley 731 de 2002, "Por la cual se dictan normas para favorecer a las mujeres rurales", mujer rural es toda aquella que, sin distinción de ninguna naturaleza e independientemente del lugar donde viva, tiene una actividad productiva relacionada directamente con lo rural, incluso si dicha actividad no es reconocida por los sistemas de información y medición del Estado o no es remunerada. Esta definición incluye a las mujeres campesinas, indígenas y afro, sin tierras o con tierra insuficiente.

Que si bien este acceso a la tierra es una condición necesaria para la transformación del campo, no es suficiente por lo cual deben establecerse planes nacionales financiados y promovidos por el Estado destinados al desarrollo rural integral para la provisión de bienes y servicios públicos como educación, salud, recreación, infraestructura, asistencia técnica, alimentación y nutrición, entre otros, que brinden bienestar y buen vivir a la población rural -niñas, niños, hombres y mujeres-.

Que en su visión, la RRI reconoce el papel fundamental de la economía campesina, familiar y comunitaria en el desarrollo del campo, la erradicación del hambre, la generación de empleo e ingresos, la dignificación y formalización del trabajo, la producción de alimentos y, en general, en el desarrollo de la nación, en coexistencia y articulación complementaria con otras formas de producción agraria. La RRI reconoce el rol productivo y reproductivo de las mujeres y en esa medida su papel fundamental en el desarrollo y la economía rural y hará mayores esfuerzos para ellas y en la población más vulnerable para garantizarle condiciones de bienestar y buen vivir y para fortalecer sus formas de organización y producción.

Que la RRI en materia de alimentos y nutrición pretende asegurar para toda la población rural y urbana en Colombia disponibilidad y acceso suficiente en oportunidad, cantidad, calidad y precio a los alimentos necesarios para una buena nutrición, especialmente la de los niños y niñas, mujeres gestantes y lactantes y personas adultas mayores, promoviendo prioritariamente la producción de alimentos y la generación de ingresos.

Que la efectividad, transparencia y el buen desarrollo de la RRI dependen en gran medida de la promoción de una amplia participación de las comunidades, mediante la generación de espacios institucionales participativos y democráticos donde éstas tengan capacidad de transformación e incidencia en la planeación, implementación y seguimiento de los diferentes planes y programas acordados. La participación es así mismo garantía de una mayor inclusión de las comunidades rurales —mujeres y hombres— en la vida política, económica, social y cultural de sus regiones y, por ende, de la nación.

Que a la transformación estructural del campo y en particular al cierre de la frontera agrícola, contribuyen los campesinos, las campesinas y las comunidades indígenas, negras, afrodescendientes, raizales y palenqueras y demás comunidades étnicas en sus territorios, con un ordenamiento socio-ambiental sostenible. Para ello es necesario el reconocimiento y apoyo a las Zonas de Reserva Campesina (ZRC) y demás formas de asociatividad solidaria.

Que la RRI es de aplicación universal y su ejecución prioriza los territorios más afectados por el conflicto, la miseria y el abandono, a través de Programas de Desarrollo con Enfoque Territorial, como instrumentos de reconciliación en el que todos sus actores trabajan en la construcción del bien supremo de la paz, derecho y deber de obligatorio cumplimiento.

Que los planes y programas acordados como parte de la RRI deben tener un enfoque territorial, diferencial y de género que implica reconocer y tener en cuenta las necesidades, características y particularidades económicas, culturales y sociales de los territorios, de las mujeres en todo su ciclo vital, de las comunidades rurales y de grupos en condiciones de vulnerabilidad , garantizando la sostenibilidad socio-ambiental.

Que el desarrollo rural integral se adelantará en un contexto de globalización y de políticas de inserción en ella por parte del Estado que demandan una atención especial de la producción agropecuaria nacional y especialmente de la producción campesina, familiar y comunitaria.

Principios

En la implementación de lo acordado en el punto “Hacia un Nuevo Campo Colombiano: Reforma Rural Integral” se tendrán en cuenta los siguientes principios:

- **Transformación estructural:** es decir la transformación de la realidad rural con equidad, igualdad y democracia.
- **Desarrollo integral del campo:** el desarrollo integral del campo depende de un adecuado balance entre las diferentes formas de producción existentes -agricultura familiar, agroindustria, turismo, agricultura comercial de escala-; de la competitividad y de la necesidad de promover y fomentar la inversión en el campo con visión empresarial y fines productivos como condición para su desarrollo; y de la promoción y fomento, en condiciones de equidad, de encadenamientos de la pequeña producción rural con otros modelos de producción, que podrán ser verticales u horizontales y en diferente escala. En todo caso se apoyará y protegerá la economía campesina, familiar y comunitaria procurando su desarrollo y fortalecimiento.
- **Igualdad y enfoque de género:** reconocimiento de las mujeres como ciudadanas autónomas, sujetos de derechos que, independientemente de su estado civil, relación familiar o comunitaria, tienen acceso en condiciones de igualdad con respecto a los hombres a la propiedad de la tierra y proyectos productivos, opciones de financiamiento, infraestructura, servicios técnicos y formación, entre otros; atendiendo las condiciones sociales e institucionales que han impedido a las mujeres acceder a activos productivos y bienes públicos y sociales. Este reconocimiento implica la adopción de medidas específicas en la planeación, ejecución y seguimiento a los planes y programas contemplados en este acuerdo para que se implementen teniendo en cuenta las necesidades específicas y condiciones diferenciales de las mujeres, de acuerdo con su ciclo vital, afectaciones y necesidades.
- **Bienestar y buen vivir:** el objetivo final es la erradicación de la pobreza y la satisfacción plena de las necesidades de la ciudadanía de las zonas rurales, de manera que se logre en el menor plazo posible que los campesinos, las campesinas y las comunidades, incluidas las afrodescendientes e indígenas, ejerzan plenamente sus derechos y se alcance la convergencia entre la calidad de vida urbana y la calidad de vida rural, respetando el enfoque territorial, el enfoque de género y la diversidad étnica y cultural de las comunidades.
- **Priorización:** la política de desarrollo agrario integral es universal y su ejecución prioriza la población y los territorios más necesitados y vulnerables, y las comunidades más afectadas por la miseria, el abandono y el conflicto, y hace énfasis en pequeños y medianos productores y productoras. Especial atención merecen los derechos de las víctimas del conflicto, de los niños y niñas, de las mujeres, y de las personas adultas mayores.

- **Integralidad:** asegura la productividad, mediante programas que acompañen el acceso efectivo a la tierra, con innovación, ciencia y tecnología, asistencia técnica, crédito, riego y comercialización y con otros medios de producción que permitan agregar valor. También asegura oportunidades de buen vivir que se derivan del acceso a bienes públicos como salud, vivienda, educación, infraestructura y conectividad y de medidas para garantizar una alimentación sana, adecuada y sostenible para toda la población.
- **Restablecimiento:** el restablecimiento de los derechos de las víctimas del desplazamiento y del despojo, y la reversión de los efectos del conflicto y del abandono sobre comunidades y territorios.
- **Regularización de la propiedad:** es decir, lucha contra la ilegalidad en la posesión y propiedad de la tierra y garantía de los derechos de los hombres y las mujeres que son los legítimos poseedores y dueños, de manera que no se vuelva a acudir a la violencia para resolver los conflictos relacionados con la tierra. Nada de lo establecido en el Acuerdo debe afectar el derecho constitucional a la propiedad privada.
- **Derecho a la alimentación:** la política de desarrollo agrario integral debe estar orientada a asegurar progresivamente que todas las personas tengan acceso a una alimentación sana y adecuada y que los alimentos se produzcan bajo sistemas sostenibles.
- **Participación:** la planeación, la ejecución y el seguimiento a los planes y programas se adelantarán con la activa participación de las comunidades —hombres y mujeres—, que es además garantía de transparencia unida a la rendición de cuentas, a la veeduría ciudadana y a la vigilancia especial de los organismos competentes.
- **Beneficio, impacto y medición:** teniendo en cuenta la priorización, la RRI debe beneficiar e impactar al mayor número de ciudadanos y ciudadanas, con la mayor intensidad y en el menor tiempo posible, y medir sus efectos en cada proyecto y región.
- **Desarrollo sostenible:** es decir, es ambiental y socialmente sostenible y requiere de la protección y promoción del acceso al agua, dentro de una concepción ordenada del territorio.
- **Presencia del Estado:** para la construcción de una paz estable y duradera la presencia del Estado en el territorio rural será amplia y eficaz, y se expresará en el cumplimiento de los derechos de todos los ciudadanos y las ciudadanas en democracia.
- **Democratización del acceso y uso adecuado de la tierra:** mecanismos y garantías que permitan que el mayor número posible de hombres y mujeres habitantes del campo sin tierra o con tierra insuficiente puedan acceder a ella y que incentiven el uso adecuado de la tierra con criterios de sostenibilidad ambiental, de vocación del suelo, de ordenamiento territorial y de participación de las comunidades. Con ese propósito y de conformidad con lo acordado en el punto 1.1.1 Fondo de Tierras para la RRI (3 millones de hectáreas) y en el punto 1.1.5. Formalización masiva de la Propiedad Rural (7 millones de hectáreas), durante

los próximos 12 años habrá una extensión objeto de la Reforma Rural Integral de 10 millones de hectáreas. En todo caso la meta de formalización se cumplirá dentro de los primeros 10 años y la formalización en los PDET dentro de los próximos 7 años.

1.1. Acceso y Uso. Tierras improductivas. Formalización de la propiedad. Frontera agrícola y protección de zonas de reserva.

1.1.1. Fondo de Tierras para la Reforma Rural Integral

Con el propósito de lograr la democratización del acceso a la tierra, en beneficio de los campesinos y de manera especial las campesinas sin tierra o con tierra insuficiente y de las comunidades rurales más afectadas por la miseria, el abandono y el conflicto, regularizando los derechos de propiedad y en consecuencia desconcentrando y promoviendo una distribución equitativa de la tierra, el Gobierno Nacional creará un Fondo de Tierras de distribución gratuita. El Fondo de Tierras, que tiene un carácter permanente, dispondrá de 3 millones de hectáreas durante sus primeros 12 años de creación, las que provendrán de las siguientes fuentes:

- Tierras provenientes de la extinción judicial de dominio a favor de la Nación: el Gobierno Nacional adelantará las reformas necesarias para agilizar el proceso judicial de extinción, con el fin de revertir la concentración ilegal de tierras.
- Tierras recuperadas a favor de la Nación: es decir, baldíos indebidamente apropiados u ocupados, recuperados mediante procesos agrarios, sin perjuicio de los campesinos y las campesinas que puedan ser beneficiarios del programa de formalización. (Esta fuente deberá resultar fortalecida con la formación y actualización catastral que se adelantará en el marco de este Acuerdo).
- Tierras provenientes de la actualización, delimitación y fortalecimiento de la Reserva Forestal, con destino a los beneficiarios y beneficiarias del Fondo de Tierras: la sustracción de tierras mediante este mecanismo estará condicionada a la formulación, con la participación de las comunidades, de planes que garanticen sostenibilidad social y ambiental.
- Tierras inexplotadas: tierras recuperadas mediante la aplicación del actual procedimiento de extinción administrativa de dominio, por incumplimiento de la función social y ecológica de la propiedad.
- Tierras adquiridas o expropiadas por motivos de interés social o de utilidad pública, adquiridas para promover el acceso a la propiedad rural, con la correspondiente indemnización.
- Tierras donadas: el Gobierno Nacional adelantará las gestiones necesarias para facilitar los procedimientos de donación de tierras al Fondo de Tierras, en el marco de la terminación del conflicto y de la construcción de la paz.

Los procedimientos de expropiación administrativa por motivos de interés social y utilidad pública y la extinción administrativa del derecho de dominio por inexploración (extinción del dominio sobre tierras incultas) se aplicarán de conformidad con la Constitución y siguiendo los criterios establecidos en la leyes vigentes.

1.1.2. Otros mecanismos para promover el acceso a la tierra: como complemento de los mecanismos anteriores, el Gobierno Nacional se compromete a:

- Subsidio integral para compra: se otorgará un subsidio integral para la compra de tierras por parte de las personas beneficiarias (ver 1.1.3.), en las zonas priorizadas y como herramienta alternativa que contribuya a solucionar problemas puntuales de acceso, y que cuente con medidas específicas para facilitar el acceso de las mujeres al subsidio.
- Crédito especial para compra: se abrirá una nueva línea de crédito especial subsidiada de largo plazo para la compra de tierras por parte de la población beneficiaria con medidas especiales para las mujeres rurales (ver 1.1.3.).
- Sin perjuicio de lo establecido en el punto 1.1.1 Fondo de Tierras, el Gobierno tramitará una ley con el fin de promover otras formas de acceso a tierras del Estado como la asignación de derechos de uso, en particular para pequeños y medianos productores en forma individual o asociativa solidaria.

1.1.3. Personas beneficiarias: los beneficiarios y las beneficiarias del plan de adjudicación gratuita y del subsidio integral y el crédito especial, serán trabajadores y trabajadoras con vocación agraria sin tierra o con tierra insuficiente, priorizando a la población rural victimizada, incluyendo sus asociaciones de víctimas, las mujeres rurales, mujeres cabeza de familia y a la población desplazada. También podrán ser beneficiarias asociaciones de trabajadores y trabajadoras con vocación agraria sin tierra o con tierra insuficiente, así como personas y comunidades que participen en programas de asentamiento y reasentamiento con el fin, entre otros, de proteger el medio ambiente, sustituir cultivos ilícitos y fortalecer la producción alimentaria.

Las personas beneficiarias del plan de adjudicación gratuita y del subsidio integral serán seleccionadas por la autoridad administrativa competente, con la participación de las comunidades locales —hombres y mujeres—, como garantía de transparencia y eficacia, a través de un procedimiento expresamente definido por la ley que incluya requisitos y criterios objetivos y que atienda a la priorización antes señalada. Gobierno y comunidades velarán por evitar la especulación con la tierra en el marco de estos programas.

La autoridad administrativa competente elaborará, un registro único de posibles beneficiarios del plan de adjudicación gratuita y del subsidio integral que será utilizado como insumo para la implementación de éstos mecanismos.

1.1.4. Acceso integral: en desarrollo de los principios de bienestar y buen vivir, y de integralidad, además del acceso a tierra, el Gobierno Nacional pondrá a disposición de los hombres y mujeres beneficiarios del Fondo de Tierras, planes de acompañamiento en vivienda, asistencia técnica, capacitación, adecuación de tierras y recuperación de suelos donde sea necesario, proyectos productivos, comercialización y acceso a medios de producción que permitan agregar valor, entre otros, y escalará la provisión de bienes públicos en el marco de los Programas de Desarrollo con Enfoque Territorial, en adelante PDET.

Además de las medidas mencionadas en este numeral y las referidas en el 1.1.1 en materia de acceso a tierra, el Gobierno Nacional pondrá en marcha, en el marco de los estímulos a la producción agropecuaria que se detallan en el numeral 1.3.3, medidas para apoyar la generación de ingresos, la superación de la pobreza y fomentar la economía solidaria y el cooperativismo de los campesinos que ocupan predios categorizados como mini o microfundio.

1.1.5. Formalización masiva de la pequeña y mediana propiedad rural: con el propósito de regularizar y proteger los derechos de la pequeña y mediana propiedad rural, es decir, garantizar los derechos de las personas que sean legítimas dueñas y poseedoras de la tierra, de manera que no se vuelva a recurrir a la violencia para resolver los conflictos relacionados con ella y como garantía contra el despojo de cualquier tipo, el Gobierno Nacional formalizará progresivamente, con sujeción al ordenamiento constitucional y legal, todos los predios que ocupa o posee la población campesina en Colombia. Con este propósito, el Gobierno Nacional formalizará 7 millones de hectáreas de pequeña y mediana propiedad rural, priorizando áreas como las relacionadas con los Programas de Desarrollo con Enfoque Territorial (PDET), Zonas de Reserva Campesina, y otras que el Gobierno defina. En desarrollo de este propósito el Gobierno:

- Adecuará un plan de formalización masiva y adelantará las reformas normativas y operativas pertinentes, garantizando la participación de las comunidades y sus organizaciones. El plan deberá contar con medidas específicas que permitan superar los obstáculos que afrontan las mujeres rurales para la formalización de la propiedad.
- Garantizará la gratuidad de la formalización de la pequeña propiedad rural, acompañando tanto el proceso de adjudicación de baldíos, como el de saneamiento de la propiedad.
- En el marco de la jurisdicción agraria que se cree, el Gobierno se asegurará de la existencia de un recurso ágil y expedito para la protección de los derechos de propiedad.
- En caso de que la propiedad formalizada sea inferior a una Unidad Agrícola Familiar (UAF)², el pequeño propietario y propietaria formalizados podrán también beneficiarse del plan de acceso del Fondo de Tierras y de los mecanismos alternativos como crédito y subsidio para compra para contribuir a superar la proliferación de minifundios improductivos.

Hacer el tránsito hacia un sociedad que cuente con reglas claras para transar y acceder a la propiedad sobre la tierra requiere una adecuada definición y protección de los derechos de propiedad. Considerando que actualmente existen distintas situaciones que afectan la seguridad jurídica sobre la tenencia o la propiedad de la tierra en Colombia y

² Se entiende por Unidad Agrícola Familiar (UAF), lo establecido en el art. 38 de la ley 160 de 1994.

la necesidad de encontrar una solución que atienda las realidades del país, sin perjuicio de lo establecido en materia de acceso a la tierra, el Gobierno conformará un grupo 3 expertos/as en el tema de tierras que en un plazo no mayor a 3 meses haga recomendaciones de reformas normativas y de política pública que permitan en un tiempo limitado y cuando sea posible:

- Regularizar los derechos de propiedad de los propietarios, ocupantes y poseedores de buena fe, siempre que no haya despojo o mala fe
- Garantizar la función social y ecológica de la propiedad
- Facilitar el acceso a los trabajadores y trabajadoras sin tierra o con tierra insuficiente
- Promover el uso productivo de la tierra

Las propuestas de ajustes normativos a la legislación sobre tierras y de política pública deberán ser discutidos con los sectores interesados con el fin de buscar los consensos más amplios posibles, previo a su discusión en el Congreso de la República.

1.1.6. Tierras inalienables e inembargables: con el fin de garantizar el bienestar y el buen vivir de las personas beneficiarias y de evitar la concentración de la tierra distribuida mediante la adjudicación gratuita o subsidio integral para compra y los baldíos formalizados, éstos y aquella serán inalienables e inembargables por un período de 7 años. Pasarán al Fondo de Tierras los predios distribuidos y los adquiridos mediante el subsidio integral para compra que hayan recibido apoyo integral y sin embargo caigan durante este período en situación de inexploración por parte de las personas beneficiarias, salvo fuerza mayor o caso fortuito, o que sean usados ilegalmente. En todo tiempo se promoverá y protegerá la función social de la propiedad rural y, en particular, la agricultura familiar.

1.1.7. Restitución: el Gobierno Nacional y las FARC-EP comparten el propósito de que se reviertan los efectos del conflicto, que se restituyan a las víctimas del despojo y del desplazamiento forzado y a las comunidades sus derechos sobre la tierra, y que se produzca el retorno voluntario de mujeres y hombres en situación de desplazamiento. Para ello se pondrán en marcha las medidas acordadas en el Punto 5 “Víctimas”.

1.1.8. Algunos mecanismos de resolución de conflictos de tenencia y uso y de fortalecimiento de la producción alimentaria: con el propósito de contribuir en la regularización y protección de los derechos de propiedad, promover el uso adecuado de la tierra, mejorar su planificación y ordenamiento, prevenir y mitigar los conflictos de uso y tenencia, y en particular solucionar los conflictos que amenacen o limiten la producción de alimentos, el Gobierno Nacional:

- Creará mecanismos ágiles y eficaces de conciliación y resolución de conflictos de uso y tenencia de la tierra, que tengan como propósito garantizar la protección efectiva de los derechos de propiedad en el campo; resolver los conflictos relacionados con los derechos de tenencia y uso de la tierra; y, en general, promover la regularización

de la propiedad rural, incluyendo mecanismos tradicionales y la intervención participativa de las comunidades en la resolución de conflictos. Además, pondrá en marcha con igual propósito, una nueva jurisdicción agraria que tenga una adecuada cobertura y capacidad en el territorio, con énfasis en las zonas priorizadas, y con mecanismos que garanticen un acceso a la justicia que sea ágil y oportuno para la población rural en situación de pobreza, con asesoría legal y formación especial para las mujeres sobre sus derechos y el acceso a la justicia y con medidas específicas para superar las barreras que dificultan el reconocimiento y protección de los derechos de las mujeres sobre la tierra. Se promoverá la participación de las mujeres y sus organizaciones en los diferentes espacios que se creen para la conciliación y resolución de conflictos sobre uso y tenencia de la tierra.

- Creará una instancia de alto nivel en el marco de las competencias del Gobierno Nacional que se encargará de la formulación de lineamientos generales orientados a una planeación indicativa de uso de la tierra para coordinar, articular y armonizar las políticas sectoriales, atendiendo las características de su vocación, el bien común y las visiones territoriales de desarrollo rural construidos en el marco de las instancias de participación que contarán con representación equitativa de hombres y mujeres y de las autoridades territoriales. En el diseño de los lineamientos se tendrá en cuenta: 1) la sostenibilidad socio-ambiental y la conservación de los recursos hídricos y de la biodiversidad; 2) la compatibilidad entre vocación y uso del suelo rural; 3) la prioridad de la producción de alimentos para el desarrollo del país, que permita que coexista con otras actividades económicas y promocionando su progresión hacia la autosuficiencia; 4) las particularidades sociales, culturales y económicas de los territorios. Lo anterior sin perjuicio de las competencias de las autoridades locales para planificar y orientar el desarrollo del territorio de su jurisdicción y regular el uso, transformación y ocupación del espacio en articulación con las autoridades nacionales, en el marco de la formulación y aprobación de los planes y esquemas de ordenamiento territorial.
- Promoverá el uso efectivo de los espacios de participación y decisión en la planificación de los usos del suelo rural y el ordenamiento del territorio.
- Creará mecanismos de concertación y diálogo social entre el Gobierno Nacional, regional y local, los campesinos y las campesinas y las comunidades indígenas, negras, afrodescendientes, raizales y palenqueras, y otras comunidades en donde conviven diferentes etnias y culturas, y las empresas del sector privado que adelanten su actividad económica en los territorios rurales, con el fin de generar espacios formales de interlocución entre actores con diversos intereses, que permitan impulsar una agenda de desarrollo común, orientada hacia la sostenibilidad socio-ambiental, el bienestar de los pobladores rurales y el crecimiento económico con equidad.

1.1.9. Formación y actualización del catastro e impuesto predial rural: con el propósito de propiciar el uso adecuado, productivo y sostenible de la tierra, crear un sistema de información que sirva para la promoción del desarrollo agrario integral, incrementar

el recaudo efectivo de los municipios y la inversión social, estimular la desconcentración de la propiedad rural improductiva, y en general regularizar con transparencia la propiedad de la tierra, el Gobierno Nacional pondrá en marcha:

- Un Sistema General de Información Catastral, integral y multipropósito, que en un plazo máximo de 7 años concrete la formación y actualización del catastro rural, vincule el registro de inmuebles rurales y se ejecute en el marco de la autonomía municipal. En desarrollo de los principios de Priorización y de Bienestar y Buen vivir, este catastro deberá producir resultados tempranos en las zonas priorizadas, en el marco de lo que acuerden el Gobierno Nacional y las FARC-EP. Este sistema tendrá información desagregada por sexo y etnia, que permita, entre otros, contar con información sobre el tamaño y las características de los predios y las formas de titulación. El avalúo catastral se hará por parte de la autoridad competente de conformidad con la ley.
- Apoyo técnico, administrativo y financiero a los municipios para la formación, donde sea necesario, actualización y conservación del catastro rural.
- La garantía de una amplia y efectiva participación ciudadana que vele por la transparencia de la información. En todo caso, los asuntos de orden catastral, que tengan que ver con las comunidades rurales, contarán con la participación de sus integrantes. En ningún caso lo aquí acordado afectará los derechos adquiridos por las comunidades indígenas y afrodescendientes y demás comunidades rurales.
- Un sistema para que los municipios liquiden, cobren y recauden efectivamente el impuesto predial, en desarrollo de la actualización catastral y dentro del marco de su autonomía.
- La adecuación de una normatividad para que los municipios fijen las tarifas del impuesto predial en desarrollo del principio de progresividad: el que más tiene más paga, fundamentado en la equidad y la justicia social.
- Incentivos a los municipios incluyendo, cuando sea necesario, transferencias a las finanzas municipales, para que adopten exenciones al impuesto predial para las personas beneficiarias de los programas de acceso y para los pequeños productores.

Los propósitos de la formación y actualización integral del catastro, como del registro de inmuebles rurales, además de obtener el mejoramiento sostenible de la información y de los procesos catastrales, apuntarán a dar seguridad jurídica y social, especialmente a la pequeña y mediana propiedad rural, en beneficio de la producción alimentaria y del equilibrio ambiental.

- 1.1.10. Cierre de la frontera agrícola y protección de zonas de reserva:** con el propósito de delimitar la frontera agrícola, proteger las áreas de especial interés ambiental y generar para la población que colinda con ellas o las ocupan, alternativas equilibradas

entre medio ambiente y bienestar y buen vivir, bajo los principios de Participación de las comunidades rurales y Desarrollo sostenible, el Gobierno Nacional:

- Desarrollará en un plazo no mayor a 2 años un Plan de zonificación ambiental que delimite la frontera agrícola y que permita actualizar y de ser necesario ampliar el inventario, y caracterizar el uso de las áreas que deben tener un manejo ambiental especial, tales como: zonas de reserva forestal, zonas de alta biodiversidad, ecosistemas frágiles y estratégicos, cuencas, páramos y humedales y demás fuentes y recursos hídricos, con miras a proteger la biodiversidad y el derecho progresivo al agua de la población, propiciando su uso racional.
- Para el desarrollo del Plan, el Gobierno Nacional tendrá en cuenta los propios emprendimientos de convivencia y desarrollo, y la participación de las comunidades y organizaciones rurales —hombres y mujeres— como garantía del cumplimiento de los propósitos de este punto, sin perjuicio de los intereses comunitarios y socio-ambientales y del bien común.
- Apoyará a las comunidades rurales que actualmente colindan con, o están dentro de, las áreas que deben tener un manejo ambiental especial detalladas previamente, en la estructuración de planes para su desarrollo, incluidos programas de reasentamiento o de recuperación comunitaria de bosques y medio ambiente, que sean compatibles y contribuyan con los objetivos de cierre de la frontera agrícola y conservación ambiental, tales como: prestación de servicios ambientales, dando especial reconocimiento y valoración a los intangibles culturales y espirituales y protegiendo el interés social; sistemas de producción alimentaria sostenible y silvopastoriles; reforestación; Zonas de Reserva Campesina (ZRC); y en general, otras formas de organización de la población rural y de la economía campesina sostenibles.
- Con el fin de promover el uso adecuado de la tierra, además de la nueva estructura catastral y de la progresividad del impuesto predial (1.1.9.), el Gobierno adoptará las medidas y creará los incentivos necesarios para prevenir e impulsar soluciones a los conflictos entre la vocación de la tierra y su uso real, teniendo en especial consideración el Plan de zonificación ambiental del que trata este punto y teniendo en cuenta el principio de Bienestar y Buen Vivir. Las sustracciones de las Zonas de Reserva Forestal a las que se refiere este Acuerdo, priorizarán el acceso a la tierra para campesinos y campesinas sin tierra o con tierra insuficiente, a través de diferentes formas de organización o asociación, incluidas las Zonas de Reserva Campesina, que contribuyan al cierre de la frontera agrícola, al fortalecimiento de la economía campesina y a la agricultura familiar.
- Las ZRC son iniciativas agrarias que contribuyen a la construcción de paz, a la garantía de los derechos políticos, económicos, sociales y culturales de los campesinos y campesinas, al desarrollo con sostenibilidad socio-ambiental y alimentaria y a la reconciliación de los colombianos y colombianas. En consecuencia, el Gobierno Nacional, en concertación con las comunidades, y teniendo en cuenta lo planteado en los principios de Bienestar y Buen Vivir y Participación de la Reforma Rural Integral,

promoverá el acceso a la tierra y la planificación de su uso en las ZRC, haciendo efectivo el apoyo a los planes de desarrollo de las zonas constituidas y de las que se constituyan, en respuesta a las iniciativas de las comunidades y organizaciones agrarias que éstas consideren representativas, de manera que cumplan con el propósito de promover la economía campesina, contribuir al cierre de la frontera agrícola, aportar a la producción de alimentos y a la protección de las Zonas de Reserva Forestal. Se promoverá la participación activa de las comunidades — hombres y mujeres— que habitan en las ZRC en la ejecución de sus planes de desarrollo.

- En el marco de los procesos de constitución de ZRC, que se harán por parte de la autoridad competente de conformidad con la normatividad vigente, el Gobierno, como resultado de mecanismos de concertación, definirá con las comunidades interesadas las áreas de cada una de ellas, atendiendo las necesidades de los campesinos que adelantan o quieren adelantar procesos de constitución. La constitución de las ZRC estará acompañada de procesos de formalización de la propiedad.

1.2. Programas de Desarrollo con Enfoque Territorial (PDET)

1.2.1. Objetivo: el objetivo de los PDET es lograr la transformación estructural del campo y el ámbito rural, y un relacionamiento equitativo entre el campo y la ciudad, de manera que se asegure:

- El bienestar y el buen vivir de la población en zonas rurales—niños y niñas, hombres y mujeres— haciendo efectivos sus derechos políticos, económicos, sociales y culturales, y revirtiendo los efectos de la miseria y el conflicto;
- La protección de la riqueza pluriétnica y multicultural para que contribuya al conocimiento, a la organización de la vida, a la economía, a la producción y al relacionamiento con la naturaleza;
- El desarrollo de la economía campesina y familiar (cooperativa, mutual, comunal, micro empresarial y asociativa solidaria) y de formas propias de producción de las comunidades indígenas, negras, afrodescendientes, raizales y palenqueras, mediante el acceso integral a la tierra y a bienes y servicios productivos y sociales. Los PDET intervendrán con igual énfasis en los espacios interétnicos e interculturales para que avancen efectivamente hacia el desarrollo y la convivencia armónica;
- El desarrollo y la integración de las regiones abandonadas y golpeadas por el conflicto, implementando inversiones públicas progresivas, concertadas con las comunidades, con el fin de lograr la convergencia entre la calidad de vida rural y urbana, y fortalecer los encadenamientos entre la ciudad y el campo;

- El reconocimiento y la promoción de las organizaciones de las comunidades, incluyendo a las organizaciones de mujeres rurales, para que sean actores de primera línea de la transformación estructural del campo;
- Hacer del campo colombiano un escenario de reconciliación en el que todos y todas trabajan alrededor de un propósito común, que es la construcción del bien supremo de la paz, derecho y deber de obligatorio cumplimiento.

1.2.2. Criterios de priorización: el proceso de transformación estructural del campo debe cobijar la totalidad de las zonas rurales del país. Se priorizarán las zonas más necesitadas y urgidas con PDET para implementar con mayor celeridad y recursos los planes nacionales que se creen en el marco de este Acuerdo. Los criterios de priorización de las zonas serán:

- Los niveles de pobreza, en particular de pobreza extrema y de necesidades insatisfechas;
- El grado de afectación derivado del conflicto;
- La debilidad de la institucionalidad administrativa y de la capacidad de gestión;
- La presencia de cultivos de uso ilícito y de otras economías ilegítimas.

1.2.3. Planes de acción para la transformación regional: para cumplir con los objetivos de los PDET, en cada zona priorizada es necesario elaborar de manera participativa un plan de acción para la transformación regional, que incluya todos los niveles del ordenamiento territorial, concertado con las autoridades locales y las comunidades. Los planes deben contemplar:

- El enfoque territorial de las comunidades rurales que tenga en cuenta las características socio-históricas, culturales, ambientales y productivas de los territorios y sus habitantes, así como sus necesidades diferenciadas en razón de su pertenencia a grupos en condiciones de vulnerabilidad y la vocación de los suelos, para poder desplegar los recursos de inversión pública de manera suficiente y en armonía con los valores tangibles e intangibles de la nación.
- Un diagnóstico objetivo, elaborado con la participación de las comunidades — hombres y mujeres—, en el que se consideren bajo el enfoque territorial señalado las necesidades en el territorio y las acciones que coordinen los diferentes elementos, y tenga metas claras y precisas que posibiliten la transformación estructural de las condiciones de vida y de producción.

El Plan Nacional de Desarrollo acogerá las prioridades y metas de los PDET.

1.2.4. Mecanismos de participación: la participación activa de las comunidades —hombres y mujeres— en conjunto con las autoridades de las entidades territoriales, es la base de los PDET. Para ello se establecerán instancias en los distintos niveles territoriales, para garantizar la participación ciudadana en el proceso de toma de decisiones por parte de las autoridades competentes, en desarrollo de lo acordado en la RRI en las

que se incluya la presencia representativa de las comunidades, incluyendo la de las mujeres rurales y sus organizaciones, y el acompañamiento de los órganos de control, para:

- Definir las prioridades en la implementación de los planes nacionales (vías, riego, infraestructura, servicios, etc.) en el territorio, de acuerdo con las necesidades de la población;
- Asegurar la participación comunitaria en la ejecución de las obras y su mantenimiento;
- Establecer mecanismos de seguimiento y veeduría de los proyectos.
Los mecanismos de participación que se establezcan para la construcción de los Planes de Desarrollo con Enfoque Territorial buscan fortalecer la participación ciudadana en las decisiones que los afectan en el marco de la Constitución, impulsar la asociatividad solidaria y vigorizar la democracia local; en ningún caso pretenden limitar las competencias de ejecución de los gobernantes, ni las competencias de órganos colegiados (Congreso, concejos y asambleas). En el marco de los PDET se establecerán expresamente las características generales y tiempos para garantizar el buen funcionamiento de estos mecanismos de participación.

1.2.5. Medios: los PDET serán el mecanismo de ejecución en las zonas priorizadas de los diferentes planes nacionales que se deriven del Acuerdo.

El Gobierno nacional destinará los recursos necesarios para garantizar el diseño y ejecución de los planes de acción para la transformación estructural, con el concurso de las entidades territoriales.

1.2.6. Seguimiento y evaluación: los programas y planes de acción para la transformación regional de cada zona priorizada tendrán mecanismos de seguimiento y evaluación local, regional y nacional, como parte de los mecanismos generales de verificación y seguimiento de los que trata el punto 6 para garantizar que lo que se acuerde, se implementa y se cumple.

1.3. Planes Nacionales para la Reforma Rural Integral

El objetivo central de los planes nacionales para la Reforma Rural Integral es, por una parte, la superación de la pobreza y la desigualdad para alcanzar el bienestar de la población rural; y por otra, la integración y el cierre de la brecha entre el campo y la ciudad. De conformidad con el presente Acuerdo, las autoridades competentes deberán elaborar y poner en marcha los Planes Nacionales en el territorio.

La superación de la pobreza no se logra simplemente mejorando el ingreso de las familias, sino asegurando que niños, niñas, mujeres y hombres tengan acceso adecuado a servicios y bienes públicos. Esa es la base de una vida digna. Por eso la superación de la pobreza en el campo

depende, ante todo, de la acción conjunta de los planes nacionales para la Reforma Rural Integral, que en una fase de transición de 15 años, logre la erradicación de la pobreza extrema y la reducción en todas sus dimensiones de la pobreza rural en un 50%, así como la disminución de la desigualdad y la creación de una tendencia hacia la convergencia en mejores niveles de vida en la ciudad y en el campo. En todo caso el plan marco debe garantizar los máximos esfuerzos de cumplimiento de los Planes Nacionales en los próximos 5 años. Para la superación de la pobreza se implementarán medidas específicas y diferenciadas para hacer frente a las necesidades particulares de las mujeres en el campo y lograr la igualdad efectiva de oportunidades entre hombres y mujeres.

1.3.1. Infraestructura y adecuación de tierras

1.3.1.1. Infraestructura vial: con el propósito de lograr la integración regional y el acceso a los servicios sociales y a los mercados, incidir favorablemente sobre el precio de los alimentos como garantía del derecho a la alimentación y mejorar el ingreso de la población campesina, el Gobierno Nacional creará e implementará un Plan Nacional de Vías Terciarias. En su desarrollo, el Plan tendrá en cuenta los siguientes criterios:

- La participación activa de las comunidades —hombres y mujeres— en la priorización, ejecución y seguimiento de las obras.
- La asistencia técnica y la promoción de las capacidades organizativas de las comunidades para garantizar el mantenimiento y la sostenibilidad de las obras.
- El estímulo a la economía local dando prioridad a la contratación de trabajadores y trabajadoras y adquisición de materiales locales.
- La promoción y aplicación de diversas soluciones tecnológicas.
- La importancia de garantizar la sostenibilidad de las condiciones socioambientales.

1.3.1.2. Infraestructura de riego: con el propósito de impulsar la producción agrícola familiar y la economía campesina en general, garantizando el acceso democrático y ambientalmente sostenible al agua, el Gobierno Nacional creará e implementará el Plan Nacional de Riego y Drenaje para la economía campesina, familiar y comunitaria. Para el desarrollo del Plan se tendrán en cuenta los siguientes criterios:

- La promoción y aplicación de soluciones tecnológicas apropiadas de riego y drenaje para la economía campesina, familiar y comunitaria, de acuerdo con las particularidades de las zonas, del proyecto productivo y de las comunidades.

- La recuperación de la infraestructura de riego de la economía campesina, familiar y comunitaria.
- El acompañamiento a las asociaciones de usuarios y usuarias en el diseño y formulación de los proyectos de riego y drenaje.
- La asistencia técnica y la promoción de las capacidades organizativas de las comunidades para garantizar el mantenimiento, la administración y la sostenibilidad económica y ambiental de los proyectos de riego y drenaje.
- La promoción de prácticas adecuadas para el uso del agua en el riego.
- La preparación para mitigar los riesgos originados por el cambio climático.

1.3.1.3. Infraestructura eléctrica y de conectividad: con el propósito de garantizar condiciones de vida digna y mejorar la conectividad, el Gobierno Nacional diseñará e implementará un Plan Nacional de Electrificación Rural y un Plan Nacional de Conectividad Rural, con los siguientes criterios:

- La ampliación de la cobertura eléctrica.
- La promoción y aplicación de soluciones tecnológicas apropiadas de generación eléctrica de acuerdo con las particularidades del medio rural y de las comunidades.
- La asistencia técnica y la promoción de las capacidades organizativas de las comunidades para garantizar el mantenimiento y la sostenibilidad de las obras.
- La capacitación en el uso adecuado de la energía para garantizar su sostenibilidad.
- La instalación de la infraestructura necesaria para garantizar el acceso a internet de alta velocidad en las cabeceras municipales.
- La oferta de soluciones de acceso comunitario a internet para centros poblados.

1.3.2. Desarrollo social: salud, educación, vivienda, erradicación de la pobreza.

1.3.2.1. Salud: con el propósito de acercar la oferta de servicios de salud a las comunidades, en especial los grupos y personas en condiciones de vulnerabilidad, fortalecer la infraestructura y la calidad de la red pública en las zonas rurales y mejorar la oportunidad y la pertinencia de la prestación del

servicio, se creará e implementará el Plan Nacional de Salud Rural. Para el desarrollo del Plan se tendrán en cuenta los siguientes criterios:

- La construcción y el mejoramiento de la infraestructura sobre la base de un diagnóstico amplio y participativo que permita atender al mayor número de usuarios y usuarias en cada región, la dotación de equipos, incluyendo la adopción de nuevas tecnologías para mejorar la atención (ej. Telemedicina), y la disponibilidad y permanencia de personal calificado.
- La adopción de un enfoque diferencial y de género, que tenga en cuenta los requerimientos en salud para las mujeres de acuerdo a su ciclo vital, incluyendo medidas en materia de salud sexual y reproductiva, atención psicosocial y medidas especiales para mujeres gestantes y los niños y niñas, en la prevención, promoción y atención en salud.
- La creación de un modelo especial de salud pública para zonas rurales dispersas, con énfasis en la prevención, que permita brindar atención en los hogares o en los lugares de trabajo.
- Un sistema de seguimiento y evaluación permanente para garantizar la calidad y oportunidad de la atención.

1.3.2.2. Educación rural: con el propósito de brindar atención integral a la primera infancia, garantizar la cobertura, la calidad y la pertinencia de la educación y erradicar el analfabetismo en las áreas rurales, así como promover la permanencia productiva de los y las jóvenes en el campo, y acercar las instituciones académicas regionales a la construcción del desarrollo rural, el Gobierno Nacional creará e implementará el Plan Especial de Educación Rural. Para el desarrollo del Plan se tendrán en cuenta los siguientes criterios:

- La cobertura universal con atención integral a la primera infancia.
- Modelos flexibles de educación preescolar, básica y media, que se adapten a las necesidades de las comunidades y del medio rural, con un enfoque diferencial.
- La construcción, reconstrucción, mejoramiento y adecuación de la infraestructura educativa rural, incluyendo la disponibilidad y permanencia de personal docente calificado y el acceso a tecnologías de información.
- La garantía de la gratuidad educativa para educación preescolar, básica y media.
- El mejoramiento de las condiciones para el acceso y la permanencia en el sistema educativo de niños, niñas y adolescentes a través de un acceso gratuito a útiles, textos, alimentación escolar y transporte.

- La oferta de programas e infraestructura de recreación, cultura y deporte.
- La incorporación de la formación técnica agropecuaria en la educación media (décimo y once).
- La disponibilidad de becas con créditos condonables para el acceso de hombres y mujeres rurales más pobres a servicios de capacitación técnica, tecnológica y universitaria que incluya, cuando sea pertinente, apoyos a la manutención.
- La promoción de la formación profesional de las mujeres en disciplinas no tradicionales para ellas.
- La implementación de un programa especial para la eliminación del analfabetismo rural.
- El fortalecimiento y la promoción de la investigación, la innovación y el desarrollo científico y tecnológico para el sector agropecuario, en áreas como agroecología, biotecnología, suelos, etc.
- Incremento progresivo de los cupos técnicos, tecnológicos y universitarios en las zonas rurales, con acceso equitativo para hombres y mujeres, incluyendo personas en condición de discapacidad. Se tomarán medidas especiales para incentivar el acceso y permanencia de las mujeres rurales.
- Promover la ampliación de oferta y la capacitación técnica, tecnológica y universitaria en áreas relacionadas con el desarrollo rural.

1.3.2.3. Vivienda y agua potable: con el propósito de garantizar condiciones de vida digna a las personas que habitan en el campo, el Gobierno Nacional creará e implementará el Plan Nacional de construcción y mejoramiento de la vivienda social rural. Para el desarrollo del Plan se tendrán en cuenta los siguientes criterios:

- La aplicación de soluciones de vivienda adecuadas, de acuerdo con las particularidades del medio rural y de las comunidades, con enfoque diferencial. El acceso a estas soluciones será equitativo para hombres y mujeres.
- La promoción y aplicación de soluciones tecnológicas apropiadas (acueductos veredales y soluciones individuales) para garantizar el acceso al agua potable y el manejo de aguas residuales.

- El otorgamiento de subsidios para la construcción y para el mejoramiento de vivienda, que prioricen a la población en pobreza extrema, las víctimas, los beneficiarios y las beneficiarias del Plan de distribución de tierras y a la mujer cabeza de familia. Los montos del subsidio no reembolsable, que podrán cubrir hasta la totalidad de la solución de vivienda, se fijarán atendiendo los requerimientos y costos de construcción en cada región, con el fin de garantizar condiciones de vivienda digna.
- La participación activa de las comunidades —hombres y mujeres— en la definición de las soluciones de vivienda y la ejecución de los proyectos.
- La asistencia técnica y la promoción de las capacidades organizativas de las comunidades para garantizar el mantenimiento, la operación y la sostenibilidad de las soluciones de acceso al agua y manejo de aguas residuales.
- Promover prácticas adecuadas para el uso del agua potable.

1.3.3. Estímulos a la producción agropecuaria y a la economía solidaria y cooperativa. Asistencia Técnica. Subsidios. Crédito. Generación de ingresos. Mercadeo. Formalización laboral.

1.3.3.1. Estímulos a la economía solidaria y cooperativa: con el propósito de estimular diferentes formas asociativas de trabajo de o entre pequeños y medianos productores y productoras, basadas en la solidaridad y la cooperación, y que promuevan la autonomía económica y la capacidad organizativa en especial de las mujeres rurales, y fortalezcan la capacidad de los pequeños productores y productoras de acceder a bienes y servicios, comercializar sus productos y en general mejorar sus condiciones de vida, de trabajo y de producción, el Gobierno Nacional creará e implementará el Plan Nacional de fomento a la economía solidaria y cooperativa rural. Para el desarrollo del Plan se tendrán en cuenta los siguientes criterios:

- El acompañamiento, apoyo técnico y financiero a las comunidades rurales —hombres y mujeres— en la creación y fortalecimiento de cooperativas, asociaciones y organizaciones solidarias y comunitarias, especialmente aquellas vinculadas con la producción y el abastecimiento alimentario, en particular la producción orgánica y agroecológica, y las organizaciones de mujeres.
- El fortalecimiento de las capacidades productivas y de las condiciones de acceso a los instrumentos de desarrollo rural (medios de producción, asistencia técnica, formación y capacitación, crédito y comercialización, entre otros).

- Estimular la economía solidaria y cooperativa como medio para canalizar recursos y servicios a la población rural.
- El apoyo con medidas diferenciales a las organizaciones comunitarias y asociaciones para contribuir a la gestión de proyectos de infraestructura y equipamiento (vías, vivienda, salud, educación, agua y saneamiento básico, riego y drenaje).

1.3.3.2. Asistencia técnica: con el propósito de fortalecer las capacidades productivas de la economía campesina, familiar y comunitaria para desarrollar sus proyectos productivos y estimular procesos de innovación tecnológica, el Gobierno Nacional diseñará e implementará un Plan Nacional de asistencia integral técnica, tecnológica y de impulso a la investigación. Para el desarrollo del Plan se tendrán en cuenta los siguientes criterios:

- La garantía de la provisión del servicio de asistencia integral, técnica y tecnológica (avances en los aspectos técnico-productivos, organizativos y sociales, de gestión, administración, informática, finanzas, mercadeo y capacitación) a la producción de la economía campesina, familiar y comunitaria, de manera descentralizada. La asistencia integral técnica y tecnológica es un servicio público gratuito para los beneficiarios y beneficiarias del Fondo de Tierras y para los pequeños productores y productoras, priorizando a mujeres cabeza de familia, y contará con un subsidio progresivo para los medianos productores y productoras.
- La regulación y supervisión de la calidad del servicio de asistencia técnica y tecnológica, incluyendo un sistema de seguimiento y evaluación participativo y comunitario, que tenga en cuenta la participación de las mujeres.
- La vinculación de la asistencia técnica y tecnológica con los resultados de procesos de investigación e innovación agropecuaria, incluyendo el uso de las tecnologías de la comunicación y la información.
- La promoción y protección de las semillas nativas y los bancos de semillas, sin restringir ni imponer otro tipo de semillas como las mejoradas, híbridos y otras, para que las comunidades —hombres y mujeres— puedan acceder al material de siembra óptimo y, de manera participativa, contribuyan a su mejoramiento, incorporando sus conocimientos propios. Además, la estricta regulación socio-ambiental y sanitaria de los transgénicos, propiciando el bien común. Lo anterior en el marco de la obligación inquebrantable del Estado de tomar las medidas y usar las herramientas necesarias para salvaguardar el patrimonio genético y la biodiversidad como recursos soberanos de la nación.

1.3.3.3. Subsidios, generación de ingresos y crédito: además de los subsidios que el Gobierno Nacional otorgará a la economía campesina, familiar y comunitaria, mediante los planes y programas de distribución de tierras, asistencia técnica, vivienda, infraestructura y, en general, de todos los bienes y servicios sociales que constituyen el acceso integral, el Gobierno Nacional diseñará e implementará un Plan para apoyar y consolidar la generación de ingresos de la economía campesina, familiar y comunitaria, y de los medianos productores y productoras con menores ingresos. Además este Plan debe permitir a las mujeres superar las barreras de acceso al financiamiento. Para el desarrollo del Plan se tendrán en cuenta los siguientes criterios:

- La provisión de recursos de capital semilla no reembolsables que permitan el arranque exitoso de los proyectos productivos de los beneficiarios y beneficiarias de distribución de tierras.
- La promoción de fondos agropecuarios rotatorios de las asociaciones de pequeños productores y productoras y de los medianos productores y productoras con menores ingresos.
- La adopción de un sistema de garantías que facilite el acceso de la economía campesina, familiar y comunitaria al crédito agropecuario.
- A la luz de lo acordado en el punto 1.1.6 sobre inembargabilidad e inalienabilidad, la provisión de líneas de crédito blandas, ágiles, oportunas y subsidiadas para la economía campesina, familiar y comunitaria, y actividades complementarias, y con subsidios progresivos para los medianos productores y productoras con menores ingresos, orientados a apoyar el derecho a la alimentación, la reconversión productiva y la generación de valor agregado. Las líneas de crédito subsidiadas para la compra de tierra se otorgarán exclusivamente a los pequeños productores y productoras.
- La promoción de seguros de cosecha subsidiados para la producción agropecuaria de la economía campesina, familiar y comunitaria en todas sus modalidades.
- El fomento de una cultura de manejo de todo tipo de riesgos.
- Junto con los manuales de crédito subsidiado, se informará ampliamente y se acompañará prioritariamente a los pequeños productores y productoras rurales en el uso de los mecanismos de normalización de cartera, que les permita retomar la producción de la economía campesina, familiar y comunitaria en sus predios para proteger su subsistencia.

1.3.3.4. Mercadeo: con el fin de garantizar condiciones adecuadas para la comercialización de los productos provenientes de la producción de la economía

campesina, familiar y comunitaria, y mejorar su disponibilidad como garantía del derecho a la alimentación, el Gobierno Nacional creará e implementará el Plan Nacional para la promoción de la comercialización de la producción de la economía campesina, familiar y comunitaria, que contará con medidas afirmativas para promover el empoderamiento económico de las mujeres rurales. Para el desarrollo del Plan se tendrán en cuenta los siguientes criterios:

- La promoción de asociaciones solidarias, incluyendo las asociaciones de mujeres rurales, para comercialización que provean información y logística, administren los centros de acopio y promocionen los productos del campo, dando especial atención a las áreas priorizadas, de manera que se minimice progresivamente la intermediación, se reduzca el precio final al consumidor, se propicien relacionamientos directos entre quienes producen y consumen, y se creen condiciones para garantizar mejores ingresos para los productores y productoras.
- Financiación o cofinanciación de centros de acopio para la producción alimentaria de la economía campesina, familiar y comunitaria que atiendan las particularidades y las necesidades de la región así como la promoción de la administración de los centros de acopio por parte de las comunidades organizadas.
- La promoción en los centros urbanos de mercados para la producción de la economía campesina, familiar y comunitaria.
- La promoción de encadenamientos de la pequeña producción rural con otros modelos de producción, que podrán ser verticales u horizontales y en diferente escala, en función de la integración campo-ciudad, en beneficio de las comunidades —mujeres y hombres— y para agregar valor a la producción.
- El diseño e implementación progresiva de un mecanismo de compras públicas para atender la demanda de las entidades y programas institucionales, que de manera descentralizada, fomente la producción local para apoyar la comercialización y absorción de la producción de la economía campesina, familiar y comunitaria.
- La implementación para los productores y las productoras, de un sistema de información de precios regionales que se apoye en las tecnologías de la información y las comunicaciones.

1.3.3.5. Formalización laboral rural y protección social: el Gobierno Nacional fortalecerá al máximo el sistema de protección y seguridad social de la población rural, con un enfoque diferencial y teniendo en cuenta la situación particular de las mujeres. A la luz de las normas de la Organización Internacional del Trabajo (OIT) de las que Colombia es parte y con el propósito de garantizar el trabajo digno y

los derechos de los trabajadores y trabajadoras del campo, y su protección social (protección a la vejez, maternidad y riesgos laborales), el Gobierno Nacional creará e implementará el Plan progresivo de protección social y de garantía de derechos de los trabajadores y trabajadoras rurales.

El Plan habrá de dignificar las condiciones laborales rurales, mediante la aplicación plena, con la inspección del trabajo, de la normatividad sobre relaciones contractuales, la regulación correspondiente sobre jornada, remuneración y subordinación, considerando los desarrollos jurisprudenciales favorables a los trabajadores y trabajadoras, las normas internacionales de la OIT aplicables, sobre el trabajo en general y el trabajo rural en particular, que permitan garantizar de manera efectiva, y en igualdad de condiciones para hombres y mujeres, el derecho fundamental al trabajo. Para el desarrollo del Plan se tendrán en cuenta los siguientes criterios:

- Campañas para la erradicación del trabajo infantil y medidas inmediatas para la erradicación de las peores formas de trabajo infantil.
- La garantía de protección social, mediante un beneficio económico periódico para los trabajadores y trabajadoras del campo en edad de jubilarse y de un subsidio de riesgos laborales, proporcional a un ahorro individual acompañado de un subsidio por parte del Estado.
- La promoción y estímulo de procesos organizativos de los trabajadores y trabajadoras del campo a través de formas asociativas basadas en la solidaridad y la cooperación, de tal forma que se facilite el acceso a servicios del Estado orientados al bienestar de los trabajadores y trabajadoras.
- La promoción de la vinculación laboral de las personas en situación de discapacidad.
- La promoción de la vinculación laboral de las mujeres en áreas productivas no tradicionales.
- La capacitación a los trabajadores y trabajadoras agrarios y a las empresas, en materia de obligaciones y derechos laborales, y el fomento de la cultura de la formalización laboral.
- El fortalecimiento del sistema fijo de inspección laboral y la creación de un sistema móvil de inspección en las áreas rurales que permita que los trabajadores y trabajadoras puedan exigir debidamente sus derechos laborales y tramitar adecuadamente conflictos de carácter laboral.
- Los planes y programas social y ambientalmente sostenibles que se desarrollarán en las zonas rurales, se harán con el concurso de la mano de obra de las comunidades de la zona —hombres y mujeres. Las condiciones

laborales de estos programas se adecuarán a la normativa internacional y nacional, y se regirán por los principios de dignidad y equidad.

- La extensión de programas para la protección eficaz del riesgo económico de la vejez hacia la población rural de tercera edad en extrema pobreza que no está cubierta por el sistema de seguridad social considerando las necesidades especiales de las mujeres adultas mayores.
- Promover esquemas de protección al embarazo, parto, lactancia y atención en salud para el recién nacido, ampliando progresivamente en cobertura y calidad los sistemas de salud y subsidio familiar, con enfoque especial en la mujer trabajadora del campo.

1.3.3.6. Asociatividad: el Gobierno fomentará y promoverá la asociatividad, encadenamientos y alianzas productivas entre pequeños, medianos y grandes productores así como con procesadores, comercializadores y exportadores con el fin de garantizar una producción a escala y competitiva e insertada en cadenas de valor agregado que contribuyan a mejorar las condiciones de vida de los habitantes del campo en general y en particular de los pequeños productores. Para ello brindará asistencia técnica, jurídica y económica (crédito o financiamiento) a los pequeños productores con el fin de garantizar proyectos de economía familiar y asociativos, equilibrados y sostenibles.

1.3.4. Sistema para la garantía progresiva del derecho a la alimentación: en desarrollo de la obligación de garantizar de manera progresiva el derecho humano a la alimentación sana, nutritiva y culturalmente apropiada, con el propósito de erradicar el hambre y en esa medida fomentar la disponibilidad, el acceso y el consumo de alimentos de calidad nutricional en cantidad suficiente, el Gobierno Nacional pondrá en marcha un sistema especial para la garantía progresiva del derecho a la alimentación de la población rural.

La política alimentaria y nutricional en las zonas rurales se basa en el incremento progresivo de la producción de alimentos, la generación de ingresos, y en general la creación de condiciones de bienestar mediante los planes nacionales de acceso a tierras, infraestructura, riego, vivienda y agua potable, asistencia técnica y capacitación, mercadeo, crédito, la promoción de formas asociativas basadas en la solidaridad y la cooperación, y demás planes establecidos en el presente acuerdo. Esta política reconoce el papel fundamental de las mujeres rurales en la contribución a la satisfacción del derecho a la alimentación.

Es necesario asegurar que todos los planes nacionales cumplan de manera transversal con los objetivos de la política alimentaria y nutricional propuestos, mediante un sistema que los articule en los territorios y que tomará en cuenta los siguientes criterios:

- El desarrollo de planes departamentales y locales para la alimentación y

nutrición culturalmente apropiadas, con la participación activa de las comunidades, la sociedad, el Gobierno Nacional y los gobiernos departamentales y municipales, para articular en el territorio las medidas y establecer las metas.

- El establecimiento de consejos departamentales y municipales de alimentación y nutrición, con representación del Gobierno y amplia representación de la sociedad y las comunidades —hombres y mujeres—, con el fin de proponer y participar en la definición de los lineamientos para el diseño y puesta en marcha de las políticas alimentarias y nutricionales a través de los planes departamentales y locales, movilizar recursos de la región, monitorear el riesgo y hacer seguimiento al cumplimiento de las metas.
- El establecimiento de un Consejo nacional de alimentación y nutrición integrado por autoridades nacionales, departamentales y municipales y representantes elegidos y elegidas en el marco de los consejos departamentales y municipales, que proponga y participe en la definición de los lineamientos de la política alimentaria, coordine los planes departamentales y locales, informe y monitoree el riesgo, y haga seguimiento nacional a las metas.
- El desarrollo de programas contra el hambre y la desnutrición con cobertura nacional, especialmente para la población rural en condiciones de miseria, las mujeres gestantes y lactantes, niños y niñas, y para la tercera edad. Estos programas incluirán planes de choque para la población rural más vulnerable y en pobreza extrema.
- La adopción de esquemas de apoyo para fortalecer, desarrollar y afianzar la producción y el mercado interno, que incluyan asistencia técnica-científica, orientados a promover la cualificación de la economía campesina, familiar y comunitaria, ambiental y socialmente sostenible, que contribuyan a su autosuficiencia y al autoconsumo.
- La promoción de mercados locales y regionales que acerquen a quienes producen y consumen y mejoren las condiciones de acceso y disponibilidad de alimentos en las áreas rurales del país.
- La realización de campañas orientadas a promover la producción y el consumo de alimentos con un alto contenido nutricional, el manejo adecuado de los alimentos y la adopción de buenos hábitos alimenticios, que tenga en cuenta las características del territorio y fomente la producción y el consumo de alimentos nacionales.
- Adicionalmente, la provisión de condiciones e incentivos a la producción y a la comercialización, incluyendo, cuando sean necesarios, apoyos directos para el fortalecimiento productivo, con el fin de que en la economía campesina, familiar y comunitaria se eviten o minimicen los impactos negativos que supongan la internacionalización de la economía y la liberalización del comercio.